



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Österreich-Ungarns Beteiligung an der Etablierung der  
*Caisse de la Dette d'Égypte 1876*“

verfasst von / submitted by

Daniel Haidinger, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Walter Sauer



Meinen Eltern  
Herbert und Rosemarie



## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich mich bei den zahlreichen Unterstützern und Helfern bedanken, die meine Forschungsarbeit in den Archiven in Wien und London, und schlussendlich das Gelingen dieser Masterarbeit ermöglichten. Allen voran bedanke ich mich bei meinem Betreuer Walter Sauer, Professor am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, für seine tatkräftige und geduldige Unterstützung, der mich in manch aussichtsloser Situation immer wieder zurück auf den richtigen Weg führte und stets an den Erfolg der Forschung glaubte. Ich habe unsere Zusammenarbeit sehr genossen. Mein weiterer Dank gilt Amadou-Lamine Sarr, Univ.-Lektor an der Universität Wien, der mir nicht nur hilfreich bei der Übersetzung französischsprachiger Quellen zur Seite stand, sondern auch den einen oder anderen Blick in meine Arbeit warf; Daniel Köhler und Carolyn Van De Velde für ihre Anregungen bei der Endredaktion; sowie der Universität Wien, die mich bei meiner Forschungsreise nach London mit einem KWA-Stipendium unterstützt hat.

Die Suche in den zahlreichen besuchten Archiven gestaltete sich nicht immer einfach und ohne die großartige Hilfe der Archivare wäre dieses Ergebnis wohl nicht möglich gewesen. Daher gilt mein Dank Gerhard Gonsa, Referent für u.a. Gesandtschafts- und Konsulatsarchive und des Ministeriums des Äußeren im Haus-, Hof- und Staatsarchiv, meinem wichtigsten Ansprechpartner im Österreichischen Staatsarchiv (OESTA); allen Mitarbeitern des OESTA, die mir bei meinen vielen Besuchen stets hilfreich zur Seite standen; sowie Ulrike Zimmerl und Katja Almberger vom historischen Archiv der Bank Austria.

Meine Forschungsarbeit führte mich allerdings auch nach London. Ich möchte an dieser Stelle einige Namen nennen, die mich nicht nur bei den Recherchen in den Archiven unterstützten, sondern auch meinen Aufenthalt zu einem unvergesslichen Lebensereignis machten. Leider gibt es eine der wichtigsten Institutionen meiner Reise mittlerweile nicht mehr, das Austrian Catholic Center (ACC), das mir in mehr als der Hälfte der Zeit als Unterkunft diente. Dank der Leiterin Anna Ringler war das ACC jedoch nicht nur Unterkunft, sondern auch sozialer Dreh- und Angelpunkt vieler junger Österreicher und Österreicherinnen, die in London zum Beispiel ein Praktikum absolvierten, eine Sprachreise machten oder das ACC als Startpunkt für ihre Migration in die Stadt an der Themse nutzten. Frau Ringler verdanke ich auch den Kontakt zu meiner zweiten Unterkunft bei der Familie McEwan. Ich danke Dorothea McEwan, Honorary Fellow des Warburg Institutes, und ihrer Familie, nicht nur für ihre überaus freundliche Aufnahme in ihrem Haus, die vielen tollen Gespräche, sondern auch für ihre Unterstützung bei meiner Forschung. Ich bedanke mich bei Melanie Aspey und ihrem Team vom Rothschild Archive, Justin Cavernelis-Frost und Natalie

Broad, für die wunderbare Betreuung; bei Sarah Millard und Lorna Williams vom Bank of England Archive; bei den zahlreichen Archivaren und Helfern in The National Archives und der British Library; bei Russel Bryant, University of Oxford, für einige hilfreiche Hinweise zu beteiligten Personen in Ägypten; sowie bei Alison Knight, HCPP.

Ich danke meiner Schwester Marion, meinen Großmüttern Rosa Zehetner und Angela Haidinger, meiner Tante Manuela Haidinger und meinen Freunden, die in all der Zeit für mich da waren und damit einen ebenso entscheidenden Beitrag zum Gelingen dieser Arbeit geleistet haben.

Mein ganz besonderer Dank gilt jedoch meinen Eltern, Herbert und Rosemarie, denen ich diese Arbeit widme. Sie haben mich stets unterstützt und mein Studium überhaupt erst möglich gemacht. Ich danke euch von ganzem Herzen!

Wien, am 18. September 2016

Daniel Haidinger

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>I. Einleitung</b>	<b>9</b>
<b>II. Ägypten in den Fängen der Gläubiger</b>	<b>14</b>
II. 1. Ägyptens Position in der Weltwirtschaft	14
II. 2. Der Suezkanal – eine der „Wurzeln allen Übels“?	16
II. 3. Ismail und der wachsende Schuldenberg	20
II. 4. Auf der Suche nach neuem Kapital	27
II. 5. Entsendung Europäischer Berater	31
II. 6. Spielball der Mächte – von der Errichtung der Caisse de la Dette bis zur Abdankung Ismails	40
<b>III. Österreich-Ungarn und die Caisse de la Dette d'Égypte 1876</b>	<b>49</b>
III. 1. In geheimer Mission – Entsendung eines k. u. k. Sondergesandten	49
III. 2. Im Auftrag seiner k. u. k. Majestät	56
III. 3. Österreich-Ungarns Verbindungen in der ägyptischen Finanzwelt	66
III. 4. Keine Beteiligung an der „Generalprobe“ in Tunis	75
III. 5. Bemühungen um eine Mitgliedschaft in der Caisse	78
III. 6. Die Caisse und die österreich-ungarische Eisenbahnpolitik am Balkan	81
III. 7. 1876: nicht zum ersten Mal – Österreich und die Ägyptenkrise 1839-41	86
III. 8. „Österreichs“ Kommissar: zwischen Gläubiger-, Schuldner- und Großmachtinteressen	89
III. 9. Im Dienste des Khediven: Österreich-Ungarn in der Verwaltung Ägyptens	99
<b>IV. Conclusio</b>	<b>104</b>
<b>Anhang</b>	<b>110</b>
<b>Abstract: English</b>	<b>114</b>
<b>Abstract: Deutsch</b>	<b>115</b>
<b>Bibliographie</b>	<b>116</b>
Quellenverzeichnis	116
Lexika- und Nachschlagewerke	119
Literaturverzeichnis	120



## I. Einleitung

Ägypten war nicht das einzige Land im Nahen Osten, welches sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in eine schwierige finanzielle Lage manövriert hatte und schlussendlich seine Schulden nicht mehr bedienen konnte. Das gesamte Osmanische Reich und viele seiner Provinzen befanden sich in ähnlichen Situationen, die beginnend mit der Regentschaft (Beylik) von Tunis 1869 in einer Reihe von Staatsbankrotten führten. Anfang Oktober 1875 ließ Konstantinopel mit der Weigerung der Hohen Pforte aufhören, für fünf Jahre nicht mehr seinen vollen Schuldendienst leisten zu wollen. Die ausländischen Gläubiger erhielten ab diesem Zeitpunkt nur mehr die Hälfte der Zins- und Tilgungszahlungen. Ein Jahr später im April 1876 folgte die offizielle Erklärung des Staatsbankrottes.<sup>1</sup>

Etwa zeitgleich hatte sich im Oktober 1875 der ägyptische Vizekönig mit der Bitte um Entsendung von Finanzberatern an die Regierung in London gewandt. Allerdings kamen nicht nur britische Berater, sondern in Folge auch aus Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn Sondermissionen, zur Untersuchung der Finanzlage ins Land. Da alle Versuche aus eigenen Mitteln das Problem zu lösen ohne Erfolg geblieben waren, musste Ismail im Mai 1876 die Errichtung einer internationalen Schuldenkommission, der *Caisse de la Dette Publique d’Egypte* bekannt geben. Damit stellte der Vizekönig Ägypten faktisch unter die Kontrolle eines multilateralen europäischen Protektorates, bestehend aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn. Streitigkeiten, Animositäten und gegensätzliche Ansichten zwischen den beiden Hauptkolonialmächten Großbritannien und Frankreich einerseits, sowie zwischen den europäischen Großmächten und den Khediven Ismail andererseits, machten die Entschuldung Ägyptens allerdings zu einem schwierigen Unterfangen, an dessen Ende zunächst die von den Mächten forcierte Abdankung Ismails zu Gunsten seines Sohnes Taufiq Pascha, die nationale Erhebung des Generals Urabi Pascha und schließlich die britische Okkupation von 1882 standen.

Allerdings blieb die von Ismail wohl erhoffte schnelle Lösung des Problems aus. Denn es kam nicht nur eine britische Mission zur Begutachtung der Lage ins Land. Im Jänner 1876 trafen nach und nach – in mehr oder weniger gelungenen geheimen Missionen – hohe Beamte und Funktionäre aus Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn in Kairo ein, um ebenfalls für

---

<sup>1</sup> HEIMBECK Lea, *Die Abwicklung von Staatsbankrotten im Völkerrecht. Verrechtlichung und Rechtsvermeidung zwischen 1824 und 1907*, Studien zur Geschichte des Völkerrechts Band 28 (Baden-Baden, 2013), S. 149. Für ausführliche Informationen zum Staatsbankrott des Osmanischen Reiches siehe CLAY Christopher, *Gold for the Sultan. Western Bankers and Ottoman Finance 1856 – 1881: A Contribution to Ottoman and to International Financial History* (London u.a., 2000).

ihre Regierungen einen genauen Blick auf die Vorkommnisse in Ägypten zu werfen. Allerdings hatten diese „Finanzkontrolleure“ nicht nur die Untersuchung des ägyptischen „Finanzdebakels“ im Sinn. Neben der Aufgabe ihre eigenen nationalen Interessen zu wahren, sollten die entsendeten Sondergesandten vor allem auch ein Auge auf die anderen Großmächte, ganz besonders auf die Aktivitäten Großbritanniens werfen. Auf Grund der starken politischen und kolonialen Interessen Frankreichs und Italiens in Ägypten, beteiligten sich deren Gesandten auch aktiv an der Ausarbeitung von eigenen Plänen. Die Vorstellungen der einzelnen entsprachen jedoch nicht immer, denen der übrigen Kolonialmächten. Doch alle Gemeinsam standen sie Anfang 1876 vor der Herausforderung, zu klären, wie Ägypten und sein Herrscher überhaupt in solche eine schwierige Lage gelangen konnten.

Die Zusammensetzung der internationalen Schuldenkommission, der *Caisse de la Dette*, bestehend aus je einem Vertreter aus Frankreich, Großbritannien, Italien und Österreich-Ungarn, ist in der modernen Forschung hinreichend bekannt. Allerdings waren stets nur die Interessen und die Vorgehensweisen, der in dieser Arbeit auch als „Westmächte“ bezeichneten europäischen Hauptakteure in der ägyptischen Schuldenkrise, Frankreich und Großbritannien, im Zentrum der internationalen Untersuchungen. Die Rollen Italiens und Österreich-Ungarns bei der Etablierung der *Caisse* und der nachfolgenden Ereignisse, bis zur britischen Okkupation und der Konvention von London 1885, blieben bisher von der Forschung weitgehend vernachlässigt.

Für Österreich-Ungarn und die Angelegenheiten rund um die ägyptische Finanzlage gibt es zwei unpublizierte Abschlussarbeiten von der Universität Wien. Eine Diplomarbeit von Beate Marakovits aus dem Jahr 2005, die sich mit den „*Verbindungen zwischen Österreich(-Ungarn) und Ägypten unter der Ära des Generalkonsuls Gustav Franz Freiherr von Schreiner (1858 – 1873)*“ beschäftigt und eine Dissertation von Johann Kurzreiter aus dem Jahr 1994, mit dem Schwerpunkt „*Österreich-Ungarn und die ägyptische Frage von 1881 – 88*“.<sup>2</sup> In ihrem Werk beschäftigt sich Marakovits unter anderem mit der Frage der ökonomischen Beziehungen zwischen der Habsburgermonarchie und Ägypten. Dies beinhaltete auch zahlreiche finanzielle Interessen und Forderungen österreich-ungarischer Wirtschaftstreibender in Ägypten, sowohl gegenüber ägyptischen Bürgern, als auch

---

<sup>2</sup> MARAKOVITS Beate, *Die Verbindungen zwischen Österreich(-Ungarn) und Ägypten unter der Ära des Generalkonsuls Gustav Franz Freiherr von Schreiner (1858 – 1873)*. (unpubl. Diplomarbeit, Wien, 2005). KURZREITER Johann, *Österreich-Ungarn und die ägyptische Frage 1881 – 1888*. (unpubl. Dissertation, Wien, 1994).

gegenüber der Regierung und dem Khediven bis 1873.<sup>3</sup> Kurzreiter wiederum widmete sich in seiner Dissertation der Zeit nach den nationalen Erhebungen in Ägypten und der britischen Okkupation, beginnend im Jahr 1881, bis zur Konvention von Konstantinopel 1888. Diese Arbeit umfasst auch ein Kapitel zu Österreich-Ungarn und die ägyptische Schuldenfrage, die mit der Konvention von London 1885 eine erste wirklich brauchbare Regelung fand.

Für die äußerst wichtige und komplexe Zeit zwischen der Etablierung der europäischen Schuldenverwaltung bis zur britischen Okkupation, respektive der Konvention von 1885, fehlt allerdings bislang eine ausführliche Betrachtung der Rolle Österreich-Ungarns. Somit setzt diese Masterarbeit einen ersten Impuls zum Schließen der noch offenen Lücke. Zudem liefert sie einen wertvollen Beitrag zur Geschichte des österreichischen Imperialismus und Kolonialismus in Afrika, dessen Aufarbeitung durch Walter Sauer einen entscheidenden Antrieb erhalten hat.<sup>4</sup>

Im Zuge dieser Arbeit stellten sich daher primär folgende Fragen: welchen Zweck verfolgte Österreich-Ungarn eigentlich mit seiner Beteiligung an der internationalen Finanzkontrolle von Ägypten ab 1876; welche politischen Interessen hatte die Habsburgermonarchie, sowohl in Ägypten, als auch im Osmanischen Reich; und wie gestaltete sich letzten Endes der Umgang der internationalen Gläubiger beziehungsweise ihrer Regierungen mit einem insolventen Staat.

Da es sich hier aufgrund des bereits angeführten aktuellen Forschungsstandes um ein völlig neues Terrain in der österreichischen Geschichtsforschung und der internationalen Diplomatiegeschichte handelt, beruht diese Arbeit bezüglich Österreich-Ungarn methodisch weitgehend auf Archivarbeit im In- und Ausland. Zu den besuchten Einrichtungen zählen in Wien das Österreichische Staatsarchiv, das Archiv der Bank Austria und die Österreichische Nationalbibliothek mit ihren Datenbanken (ANNO und ALEX); beziehungsweise in London, The National Archives, das Rothschild Archive, die British Library, das Bank of England Archive, sowie die Onlinedatenbanken der House of Commons Parliamentary Papers (HCPP)<sup>5</sup> und des Times Digital Archives.

---

<sup>3</sup> Leider gaben die im Zuge dieser Arbeit betrachteten Archivquellen keine Auskunft über die Höhe der finanziellen Interessen österreich-ungarischer Bürger und Schutzgenossen. Es konnte damit auch keine Aussage darüber getroffen werden, ob die bei Marakovits erwähnten Verhandlungen über finanzielle Forderungen gegenüber Ägypten, 1876 noch immer ausständig waren.

<sup>4</sup> SAUER Walter, *k. u. k. Kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika*, 2. unveränderte Auflage (Wien, 2007).

<sup>5</sup> Leider sind die HCPP aus Österreich nicht online zugänglich. Im Zuge dieser Arbeit wurde jedoch die nicht unerhebliche Bedeutung dieser Dokumente auch für die österreichische Geschichtsforschung erkannt. Es kann daher für die Zukunft nur empfohlen werden, österreichischen Historikern und Historikerinnen einen Zugang aus Österreich zu ermöglichen.

Die vorliegende Masterarbeit gliedert sich in zwei große Abschnitte. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der allgemeinen Entwicklung der ägyptischen Wirtschaft und Finanzen, sowie mit Etablierung und den Problemen der europäischen Kontrolle. Es behandelt nicht nur die Frage nach den Ursprüngen der gravierenden Verschuldung, sondern auch die anfängliche Reaktion der Großmächte, durch die Entsendung europäischer Sonderermittler, den Briten Sir Stephen Cave, den Franzosen Maxime Outrey und den in der Forschung bislang weitgehend unbeachteten Italiener Antonio Scialoja. Den Abschluss bildet ein Einblick in die Machtkämpfe zwischen den Europäern untereinander und mit Ägypten, als das Land am Nil zu einem „Spielball“ der Großmächte wurde. Obwohl die italienische Beteiligung und Entsendung eines Sondergesandten nicht direkt Gegenstand dieser Arbeit war, wurde zur Vervollständigung des Gesamtbildes auch auf die Entsendung der Sondergesandten aller beteiligten Mächte eingegangen. Allerdings soll an dieser Stelle angemerkt werden, dass hier auf Grund zeitlicher und finanzieller Ressourcen lediglich die Sichtweise der österreichischen Diplomaten wiedergegeben werden konnte. Darüberhinaus fand die italienische und österreichische Beteiligung an der ägyptischen Schuldenkrise in der englisch-sprachigen Literatur bislang – sieht man von einigen Erwähnungen ab, die beide Mächte eine Beteiligung in der Schuldenkommission bescheinigen – kaum Beachtung. Eine genau diplomatiegeschichtliche Aufarbeitung der Etablierung der Schuldenkrise aus Sicht aller beteiligten Mächte scheint ebenfalls noch ausständig. In diesem Fall stand daher auch keine Sekundärliteratur zur Verfügung. Lediglich in den Fällen von Outrey und Cave konnte, zusätzlich zu den Berichten und Sichtweisen der österreichischen Diplomaten, zum Teil auf bestehende Literatur zurückgegriffen werden.

Das zweite, in Bezug auf die Forschungsfragen wichtigste Kapitel, widmet sich der Rolle der Habsburgermonarchie bei der Etablierung der *Caisse* und seinen politischen Interessen, die den Ballhausplatz zu einer aktiven Teilnahme in der Schuldenfrage veranlassten. Auch aus Wien reiste ein diplomatischer Sondergesandter, der in St. Petersburg tätige Botschaftsrat Ernst von Mayr, in geheimer Mission nach Kairo. Ihm verdankt die Regierung in Wien im Grunde die Beteiligung an der ägyptischen Finanzkontrolle. Denn als er seinen ursprünglichen Auftrag nicht erfüllen konnte, empfahl er dem Ministerium des Äußeren den Khediven Ismail um die Entsendung eines österreich-ungarischen Delegierten in die *Caisse de la Dette* zu bitten. Der Vizekönig war von dieser Idee jedoch nicht von Anfang an begeistert. Verständlich, wollte er sich doch nicht allzu sehr in die Abhängigkeit von zu vielen europäischen Großmächten begeben. Als jedoch Großbritannien sich lange Zeit weigerte

einen Kommissar in die *Caisse* zu entsenden, gab Ismail schließlich nach. Insgesamt verrichteten von 1876 bis 1914 fünf österreich-ungarische Diplomaten ihren Dienst in der ägyptischen Schuldenkommission: Alfred von Kremer (1876 – 1880)<sup>6</sup>, Albin Freiherr von Vetsera (1880 – 1887)<sup>7</sup>, Karl Bernhard Graf Zaluski von Zaluskie (1888 – 1899), Constantin Freiherr von Trauttenberg (1899 – 1909) und Gilbert Graf Hohenwart (1909 – 1914)<sup>8</sup>. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs beendete *de facto* die Mitgliedschaft Österreich-Ungarns in der *Caisse de la Dette*, *de jure* erfolgte der Ausschluss schließlich 1919 mit dem Vertrag von Saint-Germain-en-Laye.<sup>9</sup>

Aufgrund der Komplexität der Situation rund um die ägyptische Finanzlage, die sich nicht zuletzt wegen des großen Kreises an beteiligten Akteuren zu einem äußerst schwierig zu lösenden Problem entwickelte, kann diese Masterarbeit nur als ein erster Versuch und als eine Anregung, die Lücke zwischen der Forschung von Marakovits und Kurzreiter zu schließen angesehen werden. Für eine weiterführende Forschung wären nicht nur weitere Akten aus Wien und London, sondern auch Recherchen in Ägypten, Frankreich, Deutschland, Italien und der Türkei durchzuführen. Die Fülle des Archivmaterials in Wien und London machte für diese Arbeit jedoch eine thematische Einschränkung auf die Etablierung der *Caisse de la Dette*, in der ersten Hälfte des Jahres 1876 notwendig. Bei den Kapiteln III. 8. und III. 9. wurde zusätzlich mit Hilfe von Dokumenten aus dem National Archives, dem Rothschild Archive, den HCPP und den Personalakten von Kremer und Mayr im HHStA, ein erster Ausblick auf die Zeit nach 1876, vor allem in Bezug auf die Ereignisse rund um die Rothschild Anleihe von 1878/79 und die österreich-ungarischen Bürger und Schutzgenossen im Dienste des Khediven erstellt. Weiterführende Forschungen in den Archiven sind allerdings unbedingt wünschenswert, um das hier erstmals gezeichnete Bild, von der Tätigkeit des ersten österreich-ungarischen Direktors der ägyptischen Schuldenkommission, zu vervollständigen.

---

<sup>6</sup> siehe Kapitel III. 8.

<sup>7</sup> HOLLER Gerd, *Mayerling. Die Lösung des Rätsels, der Tod des Kronprinzen Rudolf und der Baroness Vetsera aus medizinischer Sicht*, 1. Auflage (Wien u.a., 1980), S. 88.

<sup>8</sup> Für Zaluski, Trauttenberg und Hohenwart siehe MOHL Ottmar von, *Ägypten, 2. Band von „Fünfzig Jahre Reichsdienst“*. (Leipzig, 1922), S. 9.

<sup>9</sup> Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919, IV. Teil. Außereuropäische Interessen Österreichs. Abschnitt II. Ägypten. Artikel 106. Online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=1000044#header> (18. September 2016).

## II. Ägypten in den Fängen der Gläubiger

### II. 1. Ägyptens Position in der Weltwirtschaft

Die erste Öffnung des Landes unter dem „Gründer des modernen Ägyptens“ Muhammed Ali Pascha war noch unter Ausnutzung der vielfach brach liegenden landeseigenen Ressourcen erfolgt. Das für seine Modernisierungspläne – Industrialisierung des Landes, Zentralisierung der Verwaltung, Ausbau der Häfen, Bau von Eisenbahnen, Bewässerungskanälen, Verbesserung der Kommunikation z.B. durch Telegraphenleitungen – notwendige Kapital verschaffte sich Muhammed Ali durch diverse Reformen: im Agrarsektor durch eine Steigerung des Outputs und der Anbaufläche, bis hin zu einer exportorientierten Landwirtschaft mit *cash crops*; im Handel durch die Schaffung von Monopolen, in deren Rahmen der Staat von seinen Bauern zu niedrigen Preisen einkaufte und wiederum mit großem Gewinn exportierte; durch eine Neuordnung des Steuersystems, weg von der Steuerpacht, hin zur direkten Besteuerung der Fellachen; die so gesteigerten Einnahmen ermöglichten den Aufbau einer Industrie, welche ebenfalls wie der Handel in einem staatlichen Monopol organisiert wurde. Doch nicht alle industriellen Projekte des Vizekönigs waren von finanziellem Erfolg gekrönt und so kam es in manchen Industriebetrieben auch immer wieder zu Verlusten. Darüberhinaus beliefen sich alleine die Investitionen in den Tertiären Sektor bis 1838 auf circa £12 Millionen. Dazu kamen noch ein großer bürokratischer Apparat zur Umsetzung der staatlichen Monopole, des neuen Steuersystems und der Zentralisierung des gesamten Staates, sowie eine sehr große Armee und Marine.<sup>10</sup>

Trotz dieses hohen Kapitalbedarfs war Muhammed Ali nicht auf die Ausgabe von ausländischen Staatsanleihen angewiesen. Möglich machten dies die Einnahmen aus den diversen Monopolen, den Steuern und ein System von Zwanganleihen; ebenso aber auch die Eroberung und Ausbeutung des rohstoffreichen Sudans, der staatsrechtlich nicht Teil des Osmanischen Reiches war.<sup>11</sup> Sein zunehmender wirtschaftlicher und politischer Erfolg rief allerdings die europäischen Großmächte auf den Plan. Einerseits hatte sich Ägypten zu einem ernst zu nehmenden wirtschaftlichen Konkurrenten entwickelt, andererseits bedrohte Muhammed Ali mit seiner militärischen Stärke und seinen politischen Ambitionen, die sich

---

<sup>10</sup> ISSAWI Charles, *Egypt since 1800: A Study in Lop-sided Development*. The Journal of Economic History, Vol. 21, No. 1 (März 1961), S. 1-25, hier S. 4-6. Vgl. auch BATOU Jean, *L'Égypte de Muhammad-'Ali*. Pouvoir politique et développement économique, in *Annales: histoire, sciences sociales*, 46/2 (1991), S. 401 – 428.

<sup>11</sup> IBRAHIM H. A., *The Sudan in the nineteenth century*. With a contribution on the Southern Sudan by B. A. OGOT, in: AJAYI Jacob F. Ade [Hg], *General History of Africa, VI, Africa in the Nineteenth Century until the 1880s* (Oxford, 1995), S. 356-375.

gegen den Sultan wandten, das europäische Kräftegleichgewicht. Das militärische Eingreifen der Großmächte in der Ägyptischen Krise von 1839/41 und die Geltendmachung der *Anglo-Turkish Convention* von 1838 auch in Ägypten, die es ausländischen Kaufleuten erlaubte, ihren Geschäfte ohne Einschränkungen im gesamten Osmanischen Reich nachzugehen, hatte schwerwiegende Auswirkungen auf Ägypten. Muhammed Ali war durch den verlorenen Krieg zu weitgehenden Zugeständnissen gezwungen worden. Sie bewirkten nicht nur den Fall der staatlichen Monopole, sondern durch die erzwungene Reduktion der Streitkräfte und großer Gebietsverluste – Muhammed Ali musste Syrien und Palästina räumen – darüber hinaus einen massiven Rückgang bei der inländischen Nachfrage. Ohne die Protektion durch den Vizekönig war die ägyptische Industrie allerdings nicht mehr mit der europäischen konkurrenzfähig und ihr Niedergang begann. Die Großmächte hatten ihr Ziel erreicht, Ägypten als ungeliebten wirtschaftlichen Konkurrenten ausgeschaltet und das Land auf den Status einer Agrarnation reduziert, als der es ihr fortan erlaubt war, am weltweiten kolonialen Wirtschaftssystem teilzunehmen.<sup>12</sup>

Muhammed Alis Tod 1849 bedeutete auch das Ende der ägyptischen Industrie. Denn sein Enkel und Nachfolger Abbas Hilmi I. (1849 – 1854) teilte nicht im gleichen Maße die Visionen und Ambitionen seines Großvaters. Um Kosten zu sparen, machte er viele Veränderungen seines Vorgängers wieder rückgängig. So schloss er nicht nur viele der Bildungseinrichtungen wieder, sondern reduzierte zudem die Streitkräfte noch weiter. Obwohl er sich auch gegen einige Infrastrukturprojekte aussprach, wie den Delta Damm oder den von Frankreich angeregten Bau des Suezkanals, war er nicht allen Bauplänen gegenüber negativ eingestellt. Unter starker britischer Beteiligung wurde von 1851 – 1856 die erste Eisenbahnstrecke zwischen Alexandrien und Kairo gebaut.<sup>13</sup> Die dafür notwendigen Kredite hielten sich allerdings noch in einem verträglichen Rahmen. Zum Beispiel lieh sich Abbas 1852 von der Peninsular and Orient Steamship Company (P&O) eine Summe von £400,000. Wie alle Herrscher aus dem Hause Muhammed Alis, bereicherte sich auch Abbas auf Kosten des Staates, so erbte sein Sohn später Ländereien im Wert von £ 3,2 Millionen.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> ISSAWI, Egypt since 1800, S. 7f. Zur kolonialistischen Wirtschaftspolitik europäischer Großmächte siehe OSTERHAMMEL Jürgen, JANSEN Jan C., *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*, 7. Auflage (München, 1995), S. 80-83.

<sup>13</sup> RICHARDS Alan R., *Primitive Accumulation in Egypt, 1798 – 1882*, in: İSLAMOĞLU-İNAN Huri [Hg], *The Ottoman Empire and the World-Economy* (Cambridge u.a., 1987), S. 203-244, hier S. 225. FARNIE Douglas A., *East and West of Suez. The Suez Canal in History 1854 – 1956* (Oxford, 1969), S. 38.

<sup>14</sup> OWEN Roger, *The Middle East in the World Economy 1800 – 1914* (London u.a., 1981), S. 123. MANSFIELD Peter, *A History of the Middle East* (London u.a., 1991), S. 61. „Abbas I“. Encyclopædia Britannica Online, 2016, online unter: <https://www.britannica.com/biography/Abbas-I-viceoy-of-Egypt> (11. Juli 2016). ISSAWI, Egypt since 1800, S. 9.

## II. 2. Der Suezkanal – eine der „Wurzeln allen Übels“?

Die ersten Schritte in Richtung desaströser Staatsverschuldung wurden in der Regierungszeit Said Paschas gesetzt. Mit dem Tod von Abbas Hilmi war der Weg frei geworden für das von Frankreich bereits seit langem favorisierte Jahrhundertprojekt, den Bau eines Kanals durch den Isthmus von Suez, zur Verbindung des Mittelmeeres mit dem Roten Meer. Am 30. November 1854 garantierte Said Pascha dem französischen Diplomaten und Unternehmer Ferdinand de Lesseps, mit dem ihn seit seiner Jugend eine persönliche Freundschaft verband<sup>15</sup>, eine Konzession zum Bau des Suezkanals und beauftragte ihn zu diesem Zweck zur Gründung einer Aktien-Gesellschaft, der *Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez*. Die Bauarbeiten konnten allerdings nicht beginnen, solange die Hohe Pforte in Konstantinopel nicht ihre Zustimmung gab, welche erst am 5. Jänner 1856 erteilt wurde.<sup>16</sup> Der Grund für die Verzögerung lag im Widerstand der britischen Regierung, die das Projekt als einen französischen Versuch zur Erlangung einer Vormachtstellung in Ägypten wertete.<sup>17</sup> Dieser Konflikt ging sogar soweit, dass Lord Palmerston 1851 als Außenminister gar von einem möglichen Kriegsgrund sprach, sollte der Kanal gebaut werden: „*It shall not be made, it cannot be made, it will not be made; but if it were made, there would be a war between France and England for the possession of Egypt.*“<sup>18</sup> Palmerston behielt auch als Premierminister bis zu seinem Lebensende seine Opposition gegenüber dem Projekt bei. Nicht nur in Ägypten, sondern auch im übrigen Osmanischen Reich sah die britische Regierung deshalb im Bau „internationaler Eisenbahnlinien“ die bestmögliche Art den Osten mit dem Westen zu verbinden.<sup>19</sup> Auch wenn es durch den Bau des Suezkanals nicht unmittelbar zu einem Krieg kam, so war doch das Land am Nil wie so oft Anlass für diplomatische Verwicklungen zwischen den Großmächten.

Der Suezkanal, von Lesseps als ein französisches Projekt unter multilateraler Beteiligung weiterer Staaten erdacht, welches vorwiegend mit europäischem Kapital erbaut werden sollte, kämpfte jedoch nicht nur auf diplomatischem Wege mit empfindlichem Gegenwind, sondern auch auf den Kapitalmärkten. Laut finanziellem Arrangement gab es drei Arten von Aktien

---

<sup>15</sup> MARLOWE John, *Anglo-Egyptian Relations*. 2. Auflage (London, 1965), S. 62f.

<sup>16</sup> Für die englische Übersetzung der Konzessionen siehe: FITZGERALD Percy Hetherington, *The great canal at Suez: its political, engineering, and financial history. With an account of the struggles of its projector, Ferdinand de Lesseps* (London, 1876), S. 293-296 und 297-306.

<sup>17</sup> MARLOWE, *Anglo-Egyptian Relations*, S. 63f.

<sup>18</sup> zitiert nach FARNIE, *East and West*, S. 29. wiederum zitiert nach GRANT DUFF Mount Stuart Elphinstone, *Notes From a Diary, 1886 – 1888*. Volume I. (London, 1900), S. 81, 20 March 1887.

<sup>19</sup> FARNIE, *East and West*, S. 29-31. Angedachte Projekte zum Bau von „internationalen Eisenbahnlinien“ vor Fertigstellung des Suezkanals waren z.B. Linien von Konstantinopel nach Herat siehe: SWEENEY Stuart, *Financing India's Imperial Railways, 1875 – 1914*. (London u.a., 2011), S. 33.; von Konstantinopel nach Basra, Kalkutta oder Lahore siehe: FARNIE, *East and West*, S. 9, 18, 27.

mit unterschiedlicher Beteiligung am Nettogewinn der Kanalgesellschaft: Vorzugsaktien der ägyptischen Regierung hatten Anspruch auf 15 %, Gründeraktien<sup>20</sup> nach Ermessen der Kompanie auf 10% und Stammaktien auf 75% des Nettogewinns. Bei der Ausgabe der Stammaktien im Zeitraum Oktober und November 1858 betrug das Stammkapital der Kanalgesellschaft 200.000.000 Francs (£8.000.000) aufgeteilt auf 400.000 Aktien zu je 500 Francs. Zu den größten Zeichnern gehörten neben französischen Anlegern, die Anteile im Umfang von 207.111 Aktien erwarben, auch die ägyptische Regierung mit 96.517 Anteilen. Doch ein beträchtlicher Teil der für die übrigen Märkte, wie Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Russland oder auch Österreich, reservierten Stammaktien konnte keinen Absatz finden.<sup>21</sup>

Obwohl es im Kaisertum Österreich rund um den Gründer des Österreichischen Lloyd und Handels- bzw. Finanzminister Karl Ludwig von Bruck von Anfang an eine sehr starke Lobby für den Bau des Kanals gegeben hatte<sup>22</sup>, blieb auch hier das Ergebnis weit hinter den Erwartungen zurück. Von den ursprünglich durch Pasquale Revoltella – Vizepräsident und neben Giuseppe M. von Reali, einer von zwei österreichischen Vertretern im 32-köpfigen Verwaltungsrat der *Compagnie Universelle*<sup>23</sup> – für Österreich in Kommission genommenen 50.000 Aktien wurden jedoch lediglich 1.246 tatsächlich in der Monarchie gezeichnet.<sup>24</sup> Möglicherweise hatte der Ausbruch des Krieges mit Sardinien-Piemont und seinem Verbündeten Frankreich 1859 die Habsburgermonarchie in dem Konflikt um den „illegalen französischen Kanal“ auf die Seite Großbritanniens geführt.<sup>25</sup> Fest steht, der Handelsminister von Toggenburg verweigerte zweimal 1858 und 1859 seine Zustimmung zur Auflage, der von Revoltella übernommenen Anteile. Als schließlich mit der Entlassung des Finanzministers von Bruck aus der Regierung auch noch einer der wichtigsten Führsprecher der

---

<sup>20</sup> Wir wissen bislang von mindestens zwei österreichischen Inhabern von Gründungsaktien, dem ehemaligen Handels- und Finanzminister Karl Ludwig Freiherr von Bruck und dem Ingenieur Alois Negrelli Ritter von Modelbe, österreichischer Vertreter in der *Commission Internationale pour le percement de l'isthme des Suez* und Urheber des Gewinnerprojekts zum Bau des Suezkanals. Siehe SAUER, k. u. k. Kolonial, S. 46.

<sup>21</sup> MARLOWE, *Anglo-Egyptian Relations*, S. 66. Lesseps hatte 20 % der Stammaktien für britische Zeichner und 5 % für die USA bereit gestellt, der für Österreich reservierte Anteil von 50.000 machte 12,5 % aus – siehe dazu: FARNIE, *East and West*, S. 50f.

<sup>22</sup> SAUER, k. u. k. Kolonial, S. 46.

<sup>23</sup> SAUER, k. u. k. Kolonial, S. 46.

<sup>24</sup> FARNIE, *East and West*, S. 50. SAUER, k. u. k. Kolonial, S. 53. Für den Anteil der tatsächlich in Österreich gezeichneten Aktien siehe: RAHIMI Nasser, *Österreich und der Suezkanal* (unpubl. Dissertation, Wien, 1968), S. 139.

<sup>25</sup> FARNIE, *East and West*, S. 56.

österreichischen Überseepläne 1859 verloren ging, war das Projekt Suezkanal endgültig für Österreich-Ungarn zu Ende.<sup>26</sup>

Der fehlende Anklang der Kanal-Aktien außerhalb Frankreichs brachte Lesseps allerdings unter Zugzwang und es galt rasch einen anderen Abnehmer für die verbliebenen 85,506 Anteile zu finden – immerhin etwas mehr als ein Drittel der Stammaktien. In dieser misslichen Lage sprang der Vizekönig seinem Freund zu Seite, ob freiwillig oder durch geschickte Überredungskunst durch Lesseps sei hier nicht Gegenstand dieser Arbeit. Ägypten erwarb nun auch noch einen Großteil des Restpaketes und erhöhte damit seinen ohnehin bereits beträchtlichen Anteil an der Suezkanalgesellschaft mit 177.642<sup>27</sup> auf circa 44 Prozent. Said verfügte allerdings nicht über die notwendigen Mittel in Höhe von £3.640.600<sup>28</sup>, um diesen verhängnisvollen finanziellen Kraftakt zu bewältigen. Auf Lesseps Rat hin griff der Vizekönig zum Instrument der kurzfristigen staatlichen Verschuldung, den so genannten Schatzanweisungen (*Treasury Bonds*). Anders als bei Staatsanleihen bestand für die Aufnahme kurzfristiger Schatzanweisungen keine Pflicht zur Einholung einer Zustimmung durch den Sultan in Konstantiopel, als Suzerän der Provinz Ägypten. Damit war dieser Schritt die Geburtsstunde der *Dette Flottante* (engl. *Floating Debt*, dt. Schwebende Schuld), welche sich schlussendlich für einen Hauptteil der finanziellen Schwierigkeiten Ägyptens und seines Herrschers verantwortlich zeichnen sollte.<sup>29</sup>

Doch die Abnahme dieses enormen Aktienpakets, war bei weitem noch nicht alleine so verhängnisvoll. Gleichzeitig mit der Verleihung der Konzessionen für den Suezkanal versicherte Said zudem die Übernahme weiterer beträchtlicher fiskalischer Belastungen, wie die Nutzung der *corvée*, als unerschöpfliches Reservoir unbezahlter Arbeitskräfte – 1862

---

<sup>26</sup> Sauer, k. u. k. Kolonial, S. 53f.

<sup>27</sup> WYNNE William H., *State Insolvency and Foreign Bondholders. Selected CASE HISTORIES of Governmental Foreign Bond Defaults and Debt Readjustments*, Yale Law School Studies Vol. II (New Haven u.a., 1951), S. 583 Anm. 18: Ursprünglich hatte der Vizekönig im November 1858 nur 64.000 Aktien gezeichnet, doch durch sein Zugeständnis weitere unverkaufte Anteile zu übernehmen, erwarb Said im Mai 1860 weitere 113.642 Aktien. Diese Summe reduzierte sich 1875 vor der Veräußerung durch Ismail an Großbritannien um 1040 Stück.

<sup>28</sup> SCHÖLCH Alexander, *Ägypten den Ägyptern. Die politische und Gesellschaftliche Krise der Jahre 1878 – 1882 in Ägypten* (Zürich u.a., 1972), S. 53, sowie S. 284f, Anm. 3: Da es in der Literatur oder den in dieser Arbeit verwendeten Quellen nicht immer klar ersichtlich ist, ob es sich bei den angegebenen Pfunden um britische Pfund Sterling oder um das Ägyptische Pfund handelte, wird auch in dieser Arbeit, wenn nicht explizit die Herkunftsbezeichnung angegeben ist, nur von „Pfund“ gesprochen. Der Unterschied zwischen englischen und ägyptischen Pfund war ohnedies vernachlässigbar (1 £St. entsprach zu der Zeit 97,5 Piastres au Tarif (P.T.) oder 0,975 L.E.).

<sup>29</sup> SCHÖLCH Alexander, *Wirtschaftliche Durchdringung und politische Kontrolle durch die europäischen Mächte im Osmanischen Reich (Konstantinopel, Kairo, Tunis)*. Geschichte und Gesellschaft, 1. Jahrg., H. 4, Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten (1975), online unter: <http://www.jstor.org/stable/40184996> (5. März 2016), S. 404-446, hier S. 421f. LANDES David S., *Bankers and Pashas. International finance and economic imperialism in Egypt* (London u.a., 1958), S. 106.

immerhin fast 25.000 Männer monatlich und zusätzlich 5.000 Soldaten zur Aufrechterhaltung der Ordnung<sup>30</sup>, oder die Abtretung weitläufiger Ländereien entlang des Kanals zur ausschließlichen wirtschaftlichen Nutzung durch die Suezkanalgesellschaft – Zugeständnisse, die von Saids Nachfolger Ismail nur unter größter zusätzlicher Belastung wieder zurückgenommen werden konnten.<sup>31</sup>

Neben den enormen Kosten für den Suezkanal belasteten eine Mischung aus weiteren vielfältigen Ausgaben den ohnehin stets äußerst defizitären ägyptischen Haushalt: zum Beispiel durch Finanzierung eines extravaganten Lebensstils, teurer Kunstobjekte und Luxusgüter, oder der Selbstbereicherung durch den Kauf ausgedehnter Ländereien auf Kosten des ägyptischen Staates; die Rettung gescheiterter europäischer Firmen; oder die Ausstattung der *Nile Barrages*-Befestigungen mit teurer und unnötiger Artillerie. Mit diversen Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen des Staates versuchte Said vergeblich den ausufernden Kapitalbedarf zu begrenzen. So verkaufte er zuvor teuer erworbene Kunstobjekte, Luxusgüter und militärische Ausrüstung weit unter ihrem Wert, oder entließ Staatsbedienstete, auch Polizisten und Militärs, von denen nicht wenige in Folge kriminell wurden.<sup>32</sup>

Finanziert wurden diese kurzfristigen Schatzanweisungen vorwiegend durch in Ägypten ansässige Kaufleute, Bankiers sowie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts expandierende europäische und neugegründete vielfach (euro-)ägyptische Bankhäuser. Auf Grund der enorm hohen Zinsen bis hin zu 30 Prozent erfreuten sich diese Treasury Bonds größter Beliebtheit und bildeten das ideale Spekulationsobjekt. Da es sich bei Schatzanweisungen allerdings um Anleihen mit kurz- bzw. mittelfristigen Laufzeiten handelte, war der Vizekönig ständig zu neuen Geldbeschaffungen genötigt. Die Hälfte der ab 1862 – die erste von insgesamt acht Anleihen wurde noch unter Said abgeschlossen – folgenden langfristigen Staatsanleihen der *Consolidated Debt* (Umstrukturierten Schuld) dienten daher, wie es der Name schon andeutet, zur Umstrukturierung der Schwebenden Schuld auf längere Laufzeiten.<sup>33</sup>

---

<sup>30</sup> FARNIE, East and West, S. 64.

<sup>31</sup> LANDES, Bankers and Pashas, S. 178-188, 224-226, 255-257. SCHÖLCH, Wirtschaftliche Durchdringung, S. 421f.

<sup>32</sup> LANDES, Bankers and Pashas, S. 107-109, 131.

<sup>33</sup> SCHÖLCH, Wirtschaftliche Durchdringung, S. 420. WYNNE, State Insolvency, S. 579.

### II. 3. Ismail und der wachsende Schuldenberg

Die erste der für den Staatsbankrott von 1876 relevanten Staatsanleihen fiel 1862, wie bereits erwähnt, noch in die Regierungszeit von Said Pascha, der sich nach einem privaten Kredit von französischen Banken (1860) in Höhe von 28 Millionen Francs – von denen er allerdings nur 21 Millionen erhielt<sup>34</sup> – und einer Schwebenden Schuld von £12 Millionen<sup>35</sup>, auf die Suche nach neuen Geldquellen begeben musste. Betrachtet man den Staatshaushalt in diesem Jahr näher, so standen den Ausgaben in Höhe von £E 8,87 Millionen nur £E 3,71 Millionen an Einnahmen gegenüber.<sup>36</sup> Die Ausgabe dieses Anleihens mit einem Nennwert von £3.292.800 zur Konvertierung der Schwebenden Schuld erfolgte in zwei Tranchen, mit unterschiedlichen Emissionskursen von 82,5 und 84,5 per £100. Wie hoch die tatsächlich dem Vizekönig zur Verfügung stehende Summe aus diesem Geschäft war, ist in der Literatur umstritten und reicht in den Schätzungen von £2.140.320 bis 2,5 Millionen Pfund Sterling.<sup>37</sup>

Bei seinem Herrschaftsantritt 1863 übernahm der neue Vizekönig Ismail Pascha von seinem Vorgänger eine *Floating Debt* von circa £9.500.000 – £E 12.500.000<sup>38</sup> und einer im Vergleich dazu beinahe schon bescheidenen *Consolidated Debt* von £3.200.000.<sup>39</sup> Die unterschiedlichen Schätzungen und Angaben in der Literatur zeigen deutlich, welche Schwierigkeiten wir auch heute noch bei der genauen Erfassung der ägyptischen Finanzsituation im 19. Jahrhundert haben.<sup>40</sup> Als sich in Folge von Ismails Regentschaft die Schuldenlast Ägyptens bis zu seiner von den Großmächten – auch unter Beteiligung Österreich-Ungarns – erzwungenen Abdankung 1879 auf beeindruckende £68.000.000 (Consolidated Debt) und £26.000.000 (Floating Debt) erhöhte<sup>41</sup>, versuchten Zeitgenossen, wie beispielsweise der ehemalige ägyptische Außen- und Premierminister Nubar Pascha, rückblickend von Ismails Verantwortung für die finanzpolitischen Probleme abzulenken, die zuerst die Errichtung eines europäischen Finanzprotektorates und schlussendlich die britische Okkupation 1882 ermöglicht hatten. Wohl ganz im Sinne seines Herrschers hatte Nubar

---

<sup>34</sup> OWEN, *The Middle East*, S. 125.

<sup>35</sup> LANDES, *Bankers and Pashas*, S. 131.

<sup>36</sup> WYNNE, *State Insolvency*, S. 579. LANDES, *Bankers and Pashas*, S. 108, 337. OWEN, *The Middle East*, S. 124f.

<sup>37</sup> OWEN, *The Middle East*, S. 126.

<sup>38</sup> OWEN, *The Middle East*, S. 126: Owen erwähnt hier eine Zahl, die von Hamza in seinem Werk HAMZA Abdel-Maksud, *The Public Debt of Egypt, 1854 – 1958* (Kairo, 1944), dort S. 60-64 diskutiert wurde.

<sup>39</sup> WYNNE, *State Insolvency*, S. 579.

<sup>40</sup> OWEN, *The Middle East*, S. 126.

<sup>41</sup> WYNNE, *State Insolvency*, S. 579.

darauf hingewiesen, dass es Said war, der die europäischen „Abenteurer“ zuerst ins Land ließ: „*C'est au temps de Said que le commencement de la débâcle a eu lieu!*“.<sup>42</sup>

Obwohl der Suezkanal als das „umfang-, erfolg- und folgenreichste Projekt europäischer Finanziers und promotors“ gelten kann, wie Schölch es ausdrückte, war es doch nur eines von vielen Projekten im ägyptischen „Eldorado“, mit gravierenden Auswirkungen auf die Verschuldung der osmanischen Provinz.<sup>43</sup> Es ist natürlich richtig, dass Saids äußerst großzügig erteilten Konzessionen, seinen Nachfolger in eine schwierige Ausgangslage gebracht hatten: nicht nur in Bezug auf den Suezkanal – Ende 1862 forderte Lesseps zusätzliche 200 Francs pro Aktien von Ägypten, sondern auch bei diversen Firmen Rettungen, wie zum Beispiel der Nile Navigation Co., der Bank of Egypt oder der Medjidiah Company, in deren Fall Said der Zahlung von 34 Millionen Francs an die Aktionäre zustimmte, waren größere Verbindlichkeiten zusammengekommen. Kurz nach seinem Regierungsantritt bestätigte Ismail im März 1863 seine Verpflichtungen hinsichtlich der von seinem Vorgänger getroffenen Zustimmung zur Zahlung weiterer 200 Francs pro Aktien – immerhin eine Gesamtsumme von 35 Millionen Francs. Zu diesem Zeitpunkt hatte Ismail allerdings noch eine sehr ablehnende Haltung gegenüber Staatsanleihen als Finanzinstrument eingenommen. Dennoch, laut Owen war die finanzielle Situation des Landes bei der Übernahme 1863 zwar gefährlich, aber noch nicht aussichtslos.<sup>44</sup>

Bei der Ausgabe der ersten drei Anleihen spielten neben Altlasten aus der Zeit seines Vorgängers, allerdings auch unvorhergesehene Ausgaben eine Rolle: verheerende Seuchen machten die Erneuerung des Viehbestandes notwendig; den „Schiedsspruch“ des französischen Kaisers Napoleon III. in einem Streit zwischen dem Vizekönig und der Kanalgesellschaft; die Unterstützung ländlicher Grundbesitzer, die durch das plötzliche Ende des Baumwollbooms ihre europäischen Gläubiger nicht mehr bezahlen konnten, denen sie für ihre Darlehen die zukünftigen Einnahmen aus den Baumwollernten als Sicherheiten gegeben hatten (*Bons des Villages*); sowie höhere Zahlungen an die Hohe Pforte im Austausch weiterer Rechte.<sup>45</sup>

---

<sup>42</sup> SCHÖLCH, Ägypten den Ägyptern, S. 53. Für das Zitat siehe: BARING Evelyn (Earl of Cromer), *Modern Egypt*. Part I, Reprint der Ausgabe von 1908 (London, 2000), S. 21.

<sup>43</sup> SCHÖLCH, Wirtschaftliche Durchdringung, S. 422.

<sup>44</sup> OWEN, *The Middle East*, S. 126. LANDES, *Bankers and Pashas*, S. 67f, 107, 112-115.

<sup>45</sup> SCHÖLCH, Wirtschaftliche Durchdringung, S. 422f. Für die *Bons des Villages* siehe LANDES, *Bankers and Pashas*, S. 240f.

ÄGYPTISCHE AUSLANDSANLEIHEN, 1862 – 1873

Name of Loan	Year of Issue	Year of Redemption	Contracted by	Object	Issue Price (per £100 Nominal)	Nominal Amount	Charges on Nominal Amount		Amount Realised	Charges on Amount Realised		Securities	Agents
							In-terest	Sinking Fund		In-terest	Sinking Fund		
					£	£	%	%	£	%	%		
1. Said's Loan	1862	1892	Said, with authority of Porte	Pay floating debt	82,5 and 84,5	3.292.800	7	1	2.500.000	9,2	1,3	Delta	Frühling and Goschen
2. Ismail I	1864	1879	Ismail, with authority of Porte	Pay floating debt	93	5.704.200	7	3,9	4.864.063	8,2	4,6	Dakalieh, Sharkieh, Beheira and general revenues	Frühling and Goschen
3. Anglo-Egyptian	1865 <sup>a</sup>	1881	Ismail	Dairas	90	3.387.300	7	3,3	2.750.000	8,6	4	Daira	Anglo-Egyptian Bank
4. Railroad Loan	1866	1874	Ismail	Railroad Construction	92	3.000.000	7	16,7	2.640.000	8	19	Railroads	Frühling and Goschen
5. Mustapha Pasha Loan	1867	1881	Ismail	Buy estate of Mustapha Pasha	90	2.080.000	9	3,4	1.700.000	11	4,1	New estates and general revenues	Imperial Ottoman-Bank
6. Muffetish Loan	1868	1898	Ismail	Pay floating debt	73	11.980.000	7	1	7.193.334	11,6	1,7	General revenue and certain taxes	Oppenheim
7. Daira Loan	1870	1890	Ismail	Sugar; estates	78,5	7.142.860	7	2,4	5.000.000	10	3,4	Dairas	Bischoffsheim
8. Last Loan	1873-74	1903	Ismail, with authority of Porte	Pay floating debt	65,5	32.000.000	7	1	20.740.077	10,8	1,6	Railroads, customs, Moukabala, etc., and general revenues	Oppenheim
					Total	68.497.160		Total	47.387.474				

Tabelle 1: Quelle: LANDES, Bankers and Pashas, S. 338f und WYNNE, State Insolvency, S. 579.  
<sup>a</sup>Eigentliche Ausgabe erfolgte 1866, siehe LANDES, Bankers and Pashas, S. 339.

Zunächst noch angespornt vom Baumwollboom durch den Amerikanischen Bürgerkrieg, den zahlreichen Banken- und Firmengründungen durch Europäer und der allgemeinen Aussicht auf eine weiterhin prosperierende Weltwirtschaft, hatte Ismail selbst eine Vielzahl teurer Projekte und Ambitionen entwickelt. Bereits kurz nach seinem Regierungsantritt als Vizekönig begann er dem Sultan teure Geschenke zu machen. Weiters versuchte der er im Laufe seiner Herrschaft durchaus – wenn auch erfolglos – einige der von Said abgetretenen souveränen Rechte, die Suezkanalgesellschaft und die ägyptische Rechtsprechung über Ausländer zu Gunsten der europäischen Konsulate betreffend, wieder rückgängig zu machen. Zusätzlich weitete Ismail Investitionen im öffentlichen Sektor und an Unternehmen aus. Allerdings nahm er auch viel Geld für persönliche Angelegenheiten in die Hand, so gab er zum Beispiel für die Renovierung des Abadin Palastes 20 Millionen Francs<sup>46</sup> aus, oder finanzierte den Bau eines Opernhauses, sowie eine opulente Eröffnungsfeier für die Eröffnung des Suezkanals 1869, an der auch Kaiser Franz Joseph I. teilnahm.<sup>47</sup> Neben den zahlreichen zivilen Ausgaben kosteten Ismail allerdings auch militärische Konflikte und kostspielige Abenteuer viel Geld, wie zum Beispiel die ambitionierte Expansion im Sudan (1869 – 1879) oder der Abessinien-Feldzug (1875 – 1884). Darüberhinaus kämpften auch unter Ismail ägyptische Truppen in den Kriegen des Sultans: im Kampf gegen die Revolte auf Kreta (1866 – 1869) und im russisch-türkischen Krieg (1877/78).<sup>48</sup> Für Schölch war der Vizekönig daher eine „den Finanziers in jeder Hinsicht ebenbürtige“ Person, die sich allerdings allzu sehr von persönlichen und politischen Interessen zu langfristig verheerenden Finanzgeschäften verleiten hat lassen.<sup>49</sup>

Seine Entscheidung per Gesetz einige der Konzessionen an die Suezkanalgesellschaft wieder rückgängig zu machen sollte der Khedive und Ägypten in Folge teuer bezahlen. Es kam zu einem Streit zwischen der *Compagnie Universelle*, die auf eine Kompensation pochte, und dem Vizekönig. Die Forderungen der Kanalgesellschaft gingen in die Millionen, von zu

---

<sup>46</sup> HERSHLAG, Zvi Yehuda, *Introduction to the modern economic history of the Middle East* (Leiden, 1964), S. 101 Anm. 3.

<sup>47</sup> OWEN, *The Middle East*, S. 126. SCHÖLCH, *Wirtschaftliche Durchdringung*, S. 422f. LANDES, *Bankers and Pashas*, S. 178. HOBBSAWM Eric, *The Age of Capital 1848 – 1875* (New York, 1996), S. 126. HERSHLAG, *Modern economic History*, S. 101. Für die Reise von Franz Joseph I. siehe Sauer, k. u. k. Kolonial, S. 55 und FISCHER Robert-Tarek, *Österreich im Nahen Osten. Die Großmacht der Habsburgermonarchie im Arabischen Orient 1633 – 1918* (Wien u.a., 2006), S. 209-216. Zur Eröffnung allgemein siehe FARNIE, *East and West*, S. 81-93.

<sup>48</sup> DUNN John P., *Khedive Ismail's Army* (Abingdon, 2013), S. 81-93, 94-154. MCGREGOR Andrew James, *A Military History of Modern Egypt. From the Ottoman Conquest to the Ramadan War* (London u.a., 2006), S. 136-138, 139-156, 157-162. PANKHURST R., *Ethiopia and Somalia. With some notes on Somali history supplied by L. V. CASSANELLI*, in: AJAYI J. F. Ade [Hg], *General History of Africa, VI, Africa and the Nineteenth Century until the 1880s* (Oxford, 1995), S. 376-411, hier S. 404-411.

<sup>49</sup> SCHÖLCH, *Wirtschaftliche Durchdringung*, S. 422.

Anfang £3.750.000, über £4.250.000 zu schlussendlich unglaublichen £5.160.000 – zum Vergleich das gesamte Stammkapital der Gesellschaft betrug bei der Ausgabe im Oktober und November 1858 acht Millionen Pfund Sterling. Für die Rückgabe des umfangreichen Landbesitzes verlangte die Compagnie zunächst eine Entschädigung für 133.000 Hektar, baute diese in Folge des Streites allerdings auf 573.700 Hektar aus.<sup>50</sup> Die ursprünglichen Konzessionen hatten jedoch offensichtlich keinen Disput in Betrachtung gezogen. Trotz einer dadurch fehlenden Arbitrage-Klausel entschieden sich die beiden Streitparteien zur Anrufung einer dritten Instanz für ein Schiedsverfahren.<sup>51</sup> Die Wahl fiel auf den französischen Kaiser Napoleon III., welcher der *Compagnie Universelle* mit seinem Schiedsspruch vom 6. Juli 1864 eine Entschädigung in Höhe von £3.360.000 (84 Millionen Francs) zuerkannte – entsprach in etwa dem Jahreseinkommen der Provinz Ägypten. Von dieser Kompensation entfielen 38.000.000 Francs auf den Widerruf der *corvée*, 30.000.000 Francs auf die Rückgabe des Landes, 10.000.000 Francs auf bereits geleisteter Arbeit am Süßwasserkanal sowie 6.000.000 Francs für die Rücknahme verschiedener Gebührenaussagen. Am Ende hatte sich die Kanalgesellschaft mit einer Entschädigung von „nur“ 60.000 Hektar, was der für den Bau des Süßwasserkanals benötigten Landfläche entsprach, zu Frieden gegeben. Zudem waren für die Entsendung Nubar Paschas zu den Verhandlungen nach Paris Reisekosten in Höhe von £160.000 angefallen und der Khedive wurde angewiesen 1.040 Kanalaktien zum Preis von £20.000 zu veräußern. In Anbetracht der hohen Forderungen hätte das Ergebnis des Schiedsspruches noch viel schlimmer ausfallen können. Zählt man allerdings die verschiedenen Summen zusammen, dann hat der Suezkanal Ägypten rund 202 Millionen Francs gekostet, und damit um 2 Millionen mehr, als das Gründungskapital der *Compagnie Universelle* ausgemacht hatte.<sup>52</sup>

Am 27. Mai 1866 erkaufte sich Ismail gegen Verdopplung des ägyptischen Tributs an die Hohe Pforte vom Sultan den erblichen Titel eines *Khedive*. Damit sollte zumindest symbolisch, die seit Muhammed Ali angestrebte, aber durch die Intervention der europäischen Mächte 1839/41 verhinderte Loslösung aus dem Osmanischen Reich, die Superiorität Ägyptens innerhalb des Reiches hervorgehoben werden. Ironischerweise fällt genau in Ismails Regierungszeit die Errichtung des europäischen „Protectorates“ und der Fall der

---

<sup>50</sup> FARNIE, East and West, S. 68.

<sup>51</sup> NEWCOMBE Andrew Paul, PARADELL Lluís, *Law and Practice of Investment Treaties: Standards of Treatment* (Alphen aan den Rijn, 2009), S. 8.

<sup>52</sup> OWEN, The Middle East, S. 126f. FARNIE, East and West, S.68f. Landes, Bankers and Pashas, S.255-257. Für die 202 Millionen Francs siehe SCHÖLCH, Wirtschaftliche Durchdringung, S. 422.

absoluten Macht des Vizekönigs.<sup>53</sup> Weitere politische Rechte betrafen zum Beispiel auch die Diskussion der Notwendigkeit zur Zustimmung ägyptischer Staatsanleihen seitens des Sultans. Beide Seiten hatten hier eine unterschiedliche Sichtweise. Frühere *Fermane* hatten dem Khedive das Recht zum Abschluss von Staatsanleihen zugestanden. Als es nun aber im Zuge der Titelverleihung zu einer Erhöhung des Tributes kam, verlangte die Hohe Pforte zur Sicherstellung des Tributes eine Zustimmungspflicht Konstantinopels (*Ferman* 1869).<sup>54</sup>

Vier Anleihen betrafen jedoch auch die Steigerung der Produktivität, allerdings in drei Fällen, als Privatanleihen des Khediven, besonders jene der vizeköniglichen Ländereien, der so genannten *Daira Sanieh* (oder kurz *Daira*) und der *Domäne*.<sup>55</sup> Die Ausgabe der ersten dieser Anleihen 1865 erfolgte einerseits zum Erwerb des Besitzes von Halim Pascha, dem jüngsten Sohn Muhammed Alis und Onkel Ismails, andererseits aber auch um die Produktivität der Daira zu erhöhen. 1866 folgte die nächste Anleihe zur Revitalisierung der Eisenbahnlinie Alexandrien-Kairo-Suez, welche äußerst schlecht betrieben worden war. Mit der Anleihe von 1867 finanzierte Ismail wiederum den Ankauf der Güter seines im Exil lebenden Bruders Mustapha Fadil Pascha. Die letzte der drei Daira-Anleihen stammte aus dem Jahr 1870 und diente dem Khediven, unter Bereitstellung der Einnahmen eben dieser Ländereien als Sicherheiten, zur Entwicklung der Zuckerindustrie auf dem vizeköniglichen Besitz. Aus produktivitätssteigernder Sicht können diese Investitionen und Kredite zunächst durchaus als sinnvoll betrachtet werden; allerdings kamen die Verbesserungen und Erwerbungen durch die Daira-Anleihen nicht primär ägyptischen Allgemeinheit zu Gute, sondern der herrschenden Familie. Mit der Konsolidierung der Daira-Schulden wurden die Daira und die Domäne durch die europäischen Gläubigermächte – Großbritannien, Frankreich, Österreich-Ungarn, Italien – 1877 zunächst unter internationale Kontrolle und 1878 mit der Aufnahme einer neuen Anleihe vom Khedive selbst in den ägyptischen Staatsbesitz überführt.<sup>56</sup>

Mit der Anleihe von 1868 trat die erste unwiderrufliche Verschlechterung ein. War bislang schon eine gravierende Diskrepanz zwischen Nominalwert und tatsächlich

---

<sup>53</sup> HUNTER F. Robert, *Egypt under the Khedives 1805 – 1879. From Household Government to Modern Bureaucracy* (Kairo, 1999), S. 35. WYNNE, *State Insolvency*, S. 580, Anm. 9. HERSHLAG, *Modern economic history*, S. 101, Anm. 3. Der Tribut stieg von £337.000 im Jahr 1841 auf £682.000.

<sup>54</sup> WYNNE, *State Insolvency*, S. 581, Anm. 10. *Ferman* 29. November 1869, Einführung der Zustimmungspflicht; *Ferman* 25. September 1872, Rücknahme dieser Restriktion. Dies stimmt allerdings nicht vollkommen mit der Darstellung in der Spalte „Contracted by“ in der von LANDES, *Bankers and Pashas*, S. 338f übernommenen Tabelle überein.

<sup>55</sup> WYNNE, *State Insolvency*, S. 580, Anm. 8 und 9. Daira Sanieh: 481.000 Acres in Oberägypten; Domain: 426.000 Acres in Unterägypten.

<sup>56</sup> WYNNE, *State Insolvency*, S. 580, 593f, 597f. OWEN, *The Middle East*, S. 128.

realisiertem Wert vorhanden, verschlechterte sich dieses Missverhältnis ab diesem Zeitpunkt noch weiter. Im Durchschnitt gelang es Ägypten in den ersten fünf Anleihen von 1862 – 1867 rund 85 Prozent des Nominalbetrages zu realisieren. Allerdings sank dieser Wert zwischen 1868 und 1874 rapide auf durchschnittlich 65 Prozent. Mit einem erzielten Betrag von nur 7.193.334 Millionen Pfund scheiterte die ägyptische Regierung 1868 mit dem ehrgeizigen Ziel sämtliche Anleihen und Schatzanweisungen zu unifizieren und zu konvertieren. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 sorgte zudem für eine Verschlechterung der Situation. Frankreich, das traditionell zu den wichtigsten Geldgebern des Khediven zählte, sah seine finanziellen Kräfte in einem Krieg gegen das Königreich Preußen und seine Verbündeten gebunden. Während es dem Khedive in der letzten privaten Daira-Anleihe von 1870 zumindest noch gelang £5.000.000 zu realisieren, war für den ägyptischen Staat der Zugang zum Pariser Finanzmarkt durch die Auswirkungen des Konfliktes in Europa nicht mehr möglich gewesen. Auf der Suche nach neuen Geldmitteln entschieden sich Ismail und seine Berater für radikale Lösungen, die Ägypten in die Abhängigkeit der Gläubiger trieb.<sup>57</sup>

---

<sup>57</sup> SCHÖLCH, Wirtschaftliche Durchdringung, S. 423. WYNNE, State Insolvency, S. 581.

## II. 4. Auf der Suche nach neuem Kapital

Ein solcher Versuch war „*das Muqabala-Projekt: ein genialer und kläglicher Plan zugleich, die ägyptischen ‚Staats’schulden vollständig und kurzfristig zu amortisieren.*“<sup>58</sup> In der Annahme die Hälfte der Einnahmen aus der Grundsteuer könnten zur Zahlung der Zinsen der Staatsschuld – zu diesem Zeitpunkt circa 30 Millionen Pfund – herangezogen werden, legte der Finanzminister Ismail Saddiq Pascha am 28. August 1871 zusammen mit dem Kronrat (Maglis Hususi) dem Khedive einen gewagten Plan zur Unterzeichnung vor. Wenn die Hälfte der Grundsteuereinnahmen ausreichen würde, so die Überlegung, dann könnte doch die Staatsschuld, unter einmaliger Mobilisierung der vollständigen Finanzkraft sämtlicher Grundbesitzer, an die europäischen Gläubiger zurückgezahlt werden.<sup>59</sup>

Der Plan mit einem Schlag sämtliche Schulden und im gleichen Atemzug die Europäer loszuwerden war sehr verlockend. Darüberhinaus dachte man durch die Tilgung der Schulden in Zukunft auf die Hälfte der Grundsteuer verzichten zu können. Ob die beteiligten Personen tatsächlich an den Erfolg dieses riskanten Planes geglaubt hatten, wird wohl niemals eindeutig geklärt werden können. Fest steht jedoch, das am 30. August 1871 beschlossene Muqabala-Gesetz brachte durch zu viele Ausnahmen und die Berufung auf die Freiwilligkeit nicht den gewünschten Erfolg. Das Gesetz sollte die Grundbesitzer dazu anregen, innerhalb von sechs Jahren – zwei Jahre später wurde diese Frist bereits auf 12 Jahre erhöht – die sechsfache Jahressteuer an das ägyptische Finanzministerium abzuführen. Dafür versicherte der Khedive eine dauerhafte Reduktion der Grundsteuer auf Basis der Steuerquote von 1871. Da zu diesem Zeitpunkt viele Landbesitzer keine korrekten Titel besaßen, versprach die Regierung im Gegenzug die Verleihung eines unanfechtbaren Besitztitels beziehungsweise im Falle von Haragi-Land<sup>60</sup> den Übergang des Landes in den Besitz des Steuerzahlers. Dies motivierte allerdings nur jene, die in der Gunst des Vizekönigs steigen wollten, Haragi-Land oder unsichere Besitztitel besaßen.<sup>61</sup>

Die Gründe für das Scheitern waren vielfältig, zum Teil durch die Günstlingswirtschaft, denn auf allerhöchste Anweisung durch Ismail selbst profitierten viele Grundbesitzer ohne je selbst einen Anteil geleistet zu haben. Andere wiederum nutzten die Gunst der Stunde, um ausstehende oder laufende Steuern zu begleichen, staatliche Schuldverschreibungen oder

---

<sup>58</sup> SCHÖLCH, Ägypten den Ägyptern, S. 54.

<sup>59</sup> SCHÖLCH, Ägypten den Ägyptern, S. 54.

<sup>60</sup> siehe SCHÖLCH, Ägypten den Ägyptern, S. 39. Haragi-Land (Haragiya) wird hier weitgehend mit Fellachen-Land gleichgesetzt, im Unterschied zum Usuri-Land (Usuriya), das sich beinahe ausschließlich im Besitz des Herrscherhauses befand.

<sup>61</sup> WYNNE, State Insolvency, S. 581f, Anm. 12. SCHÖLCH, Ägypten den Ägyptern, S. 54-56. HERSHLAG, Modern economic history of the Middle East, S. 100f.

Schatzanweisungen unter dem Deckmantel der Muqabala einzulösen. Daneben gab es natürlich auch noch jene Eigentümer von Land, die entweder selbst zu verschuldet waren, oder jene, die lieber ihr Kapital für den Erwerb von zusätzlichem Grundbesitz verwendeten. Im Grunde war die Muqabala für die Mehrheit der Grundbesitzer über Umwege zu einer Art neuen Steuer geworden. Nur eine kleiner Gruppe an Privilegierten gelang es, die Vorzüge des Gesetzes zum eigenen Vorteil zu nutzen, während die Allgemeinheit der Fellachen auch weiterhin zum großen Teil keine Steuererleichterung, noch die eindeutige Klärung der Besitztitel oder dauerhafte Besitzrechte am Haragi-Land für sich in Anspruch nehmen konnte.<sup>62</sup>

Bis zur Abschaffung des Gesetzes am 6. Jänner 1880 nahm die ägyptische Regierung lediglich einen Nominalbetrag von 16,5 Millionen Pfund durch die Muqabala ein und blieb damit weit hinter ihren allzu euphorischen Überlegungen von 1871 zurück. Damals waren der Finanzminister und die Mitglieder des Kronrates noch von jährlich circa 5,15 Millionen Pfund ausgegangen, in den zunächst auf sechs Jahren veranschlagten Zeitraum zur Begleichung der Muqabala, hätte dies Mehreinnahmen in Höhe von etwa 31 Millionen bedeutet. Da im Zuge der Abschaffung aber auch eine Entschädigung der Muqabala-Gläubiger vereinbart wurde, sank die reelle aus diesem radikalen kurzfristigen Lösungsansatz gewonnene Summe auf 9,5 Millionen. Wieder andere Publikationen setzen den tatsächlichen Ertrag der Muqabala-Beiträge sogar noch niedriger an.<sup>63</sup>

Als sich bereits wenige Jahre später die unzufriedene Entwicklung in Bezug auf das Muqabala-Gesetz abzuzeichnen begann, suchten der Khedive und seine Berater nach weiteren dringenden Maßnahmen, um den drohenden Staatsbankrott vielleicht doch noch abwenden zu können. Mit der bis dato größten Auslandsanleihe in Höhe von £32.000.000 versuchte Ismail 1873/74 noch einmal sein Glück auf den internationalen Finanzmärkten. Er scheiterte allerdings auch bei diesem Versuch und es gelang dem Khedive, nur eine Summe von £20.740.000 (65 Prozent des Nominalbetrages) zu realisieren.

Wie verzweifelt die Lage schließlich zu Mitte der 1870er Jahre geworden war, zeigten seine beiden letzten Versuche bevor der Khedive sich im Herbst 1875 an Großbritannien um Unterstützung wandte. Die erste dieser Notlösungen in „letzter Minute“ stellte 1874 die Auflage einer inneren Zwangsanleihe dar, der so genannte *Emprunt Rouznameh*, von dem sich Ismail nominal 5 Millionen Pfund bei einer Verzinsung von 9 Prozent erhoffte.

---

<sup>62</sup> SCHÖLCH, Ägypten den Ägyptern, S. 55f.

<sup>63</sup> SCHÖLCH, Ägypten den Ägyptern, S. 54-56, 285 Anm. 16.

Tatsächlich gelang es mit dieser erzwungenen Anleihe, nur eine Summe von £1.878.000 zu realisieren.<sup>64</sup>

Als absolut letztes Mittel mit ein paar Millionen Pfund doch noch die nötige Liquidität aufrecht zu erhalten, bot der Vizekönig schließlich einen seiner letzten verbliebenen unbelasteten Vermögenswerte an, die 176.602 noch in seinem Besitz befindlichen Anteile an der Suezkanalgesellschaft. Das Angebot richtete sich zunächst an ein Konsortium französischer Banker, entweder zum Kauf oder als Sicherheit für eine Anleihe mit dreimonatiger Laufzeit. Französische Investoren hielten allerdings bereits mehr als die Hälfte der Aktien. Alarmiert von diesem Angebot und der für London schrecklichen Aussicht den Kanal vollständig in französische Hand zu verlieren, entschied sich der britische Premierminister Benjamin Disraeli mit Hilfe des Bankhauses Nathan de Rothschild & Sons das Aktienpaket um £4.000.000 für die britische Regierung zu erwerben. Die rasch durchgeführte Aktion, sorgte in Großbritannien zunächst für große Überraschung, immerhin diente als Sicherheit für den Kredit mit dreimonatiger Laufzeit der Bank Rothschild nicht die ägyptische, sondern die britische Regierung. Allerdings wich die Verwunderung sehr schnell einer weitverbreiteten Begeisterung für das „Bravourstück“ des Premierministers. Für den ägyptischen Aktienmarkt bedeutete der Schritt die lang ersehnte Erholung. In der Öffentlichkeit löste das plötzlich entstandene Bild von einem Großbritannien, das bereit wäre die Schulden Ägyptens zu übernehmen, eine bemerkenswerte Nachfrage nach ägyptischen Aktien aus. Mit einem Schlag war die Kreditwürdigkeit Ägyptens an den Finanzmärkten London, Alexandrien und Kairo wieder hergestellt, allerdings zum Preis des gesteigerten britischen Interesses an den Angelegenheiten des Khediven und seines Landes.<sup>65</sup>

In Frankreich war man alles andere als erfreut, in dem Geschäft nicht zum Zug gekommen zu sein. Der französische Außenminister der Duc de Decazes, wütend über den Kauf der Aktien, versuchte bei den Regierungen in Wien, St. Petersburg, Konstantinopel, Rom und Athen Unterstützung gegen die Regierung in London zu erhalten. Bis zum Ende seiner Amtszeit misstraute er Großbritannien und ließ nichts unversucht britische Bemühungen zu stören. Unter anderem ersetzte er den französischen Generalkonsul und arbeitete aktiv gegen die Pläne der britischen Sondermission zur Unterstützung bei der Reorganisation der ägyptischen Finanzen. Der *Banque de France* gab Decazes mit ihren ans Wucherhafte

---

<sup>64</sup> HERSHLAG, Modern economic history, S. 101: stellt auch die Möglichkeit einer doppelt so hohen Menge in Aussicht. SCHÖLCH, Ägypten den Ägyptern, S. 56. WYNNE, State Insolvency, S. 583. BARING, Modern Egypt I, S. 53.

<sup>65</sup> FARNIE, East and West, S. 229-256, hier 232-235. WYNNE, State Insolvency, S. 583.

grenzende Forderung für die von Ismail gewünschte Anleihe die Schuld am Scheitern des französischen Geschäfts. Als Ersatz für den geplatzten Deal war man in Frankreich daraufhin bereit, dem Vizekönig 30 bis 40 Millionen Francs für die durch die Vorzugsaktien abgedeckten ägyptischen Rechte an 15 Prozent des Nettogewinns der Suezkanalgesellschaft anzubieten, damit dieser die Vorzugsanteile nicht auch noch der britischen Regierung anbieten würde.<sup>66</sup>

---

<sup>66</sup> FARNIE, East and West, S. 242-245. WYNNE, State Insolvency, S. 583.

## II. 5. Entsendung Europäischer Berater

Mit einem Hilferuf an die britische Regierung zur Unterstützung bei der Neuordnung der Finanzverwaltung Ägyptens leitete der Khedive Ismail Pascha 1875 einen Wendepunkt in der Geschichte seines Landes ein. Wie aus britischen Akten hervorgeht, wandte sich der Herrscher Ende Oktober an den britischen Generalkonsul und Bevollmächtigten, Major-General Edward Stanton, mit der Bitte um Entsendung von zwei kundigen Finanzberatern. Die Idee um Bitte zur Entsendung fremder Berater war keine neue. Ismail hatte bereits ein Jahr zuvor zwei Mitarbeiter des *Board of Trade*<sup>67</sup> zur Verwendung ins ägyptische Handelsministerium kommen lassen.<sup>68</sup> In einer Rede vor dem House of Commons verteidigte der Chancellor of the Exchequer gegenüber den Abgeordneten die Rechtmäßigkeit der bereitwillig genehmigten Mission dadurch, dass aus Konstantinopel bereits einige Jahre früher eine ähnliche Bitte um Unterstützung erfolgt sei, woraufhin Großbritannien auch Berater zur Untersuchung der osmanischen Finanzen ausgesandt habe.<sup>69</sup> Tatsächlich waren bereits seit 1858 mit der Errichtung der ersten internationalen Finanzkommission – auch mit einem österreichischen Mitglied – zur Beratung der Hohen Pforte immer wieder europäische Berater nach Konstantinopel entsandt worden.<sup>70</sup>

In einem nun wenige Tage später an Stanton gerichteten Schreiben formulierte der ägyptische Außenminister Nubar Pascha die genauen Wünsche und Anforderungen des Vizekönigs: diese umfassten die Begutachtung sämtlicher Ein- und Ausgaben des ägyptischen Finanzministeriums, eine Hilfestellung bei der Reform der Finanzverwaltung sowie das Verfassen von Finanzberichten. Zudem wünschte der Khedive, die beiden Berater – oder zumindest einer von ihnen – sollten mit den „*principles of political economy*“ vertraut sein, welche, so Nubar weiter, „*in modern times, have been the cause of revealing the true principles which govern the development of the resources and riches of a country*“.<sup>71</sup>

---

<sup>67</sup> Beim *Board of Trade* handelt es sich um ein heute noch – wenn auch nur noch formal – existierendes Komitee des *Privy Council of the United Kingdom* (Kronrat des Vereinigten Königreichs), welches im Grunde bis zur Gründung des *Department of Trade and Industry* im Jahr 1970, als Wirtschafts- und Handelsministerium des Vereinigten Königreichs fungierte. Siehe dazu: The National Archives Government Web Archive, „*The Board of Trade 1621-1970*“ (snapshot 09/06/2009), online unter: <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20090609003228/http://www.berr.gov.uk/aboutus/corporate/history/outlines/BT-1621-1970/page13919.html> (14. März 2016).

<sup>68</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/2-3.

<sup>69</sup> „*House Of Commons, Monday, Feb. 14.*“ The Times [London, England] 15 Feb. 1876: S. 6+. The Times Digital Archive (19. März 2016).

<sup>70</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, S. 47-53.

<sup>71</sup> HCPP, Egypt. No. 4 (1876). Correspondence Respecting Mr. Cave's Special Mission to Egypt. S. 1-5, No. 3, Inclosure in No. 3, No. 9.

Die Regierung in London hatte Ende 1875 rasch auf den erwähnten Hilferuf aus Kairo reagiert und noch im gleichen Jahr eine Spezialmission unter der Leitung von Sir Stephen Cave<sup>72</sup>, *Her Majesty's Paymaster General*, einen Minister im britischen Kabinett nach Ägypten entsendet. Da Cave selbst über keine Kontakte und Erfahrungen in Ägypten verfügte, wurde seinem Team<sup>73</sup> der Offizier Colonel Stokes, britischer Delegierter bei der *Suez Canal Dues Commission* in Konstantinopel<sup>74</sup>, zur Seite gestellt. Die Wahl war allerdings nicht nur wegen seiner Landeskenntnisse auf Stokes gefallen, sondern insbesondere auch wegen seiner Expertise im Zusammenhang mit dem Suezkanal. Denn 1875 hatte sich die britische Regierung unter Benjamin Disraeli gegen den französischen Konkurrenten durchgesetzt und die Anteile des Khediven am Suezkanal erworben. Colonel Stokes erhielt daher im Zuge der Cave'schen Mission die spezielle Aufgabe, sich mit Major-General Stanton, dem britischen Generalkonsul in Ägypten, über die kürzlich getätigte Erwerbung zu beraten und „*in order to secure the full benefit of the purchase*“ einen Bericht über den Zustand des Kanals anzufertigen.<sup>75</sup>

Der Khedive empfing die britische Delegation bei ihrer Ankunft persönlich und stellte Cave und seinem Gefolge den Palast Kasr El Nus, samt Dienerschaft und mehreren Hofwagen zur Verfügung. Das gute Einverständnis zwischen dem ägyptischen Vizekönig und den vermeintlichen Ratgebern seines Finanzministers aus London soll allerdings nur von kurzer Dauer gewesen sein. Bereits beim ersten Arbeitsgespräch mit Ismail, am 20. Dezember 1875, überraschte der britische Sondergesandte diesen mit einer Forderung, den derzeitigen Finanzminister Ismail Sadiq durch einen Briten zu ersetzen, welcher einmal ernannt als unabsetzbar zu gelten hätte. Zusammen mit einem weiteren aus Großbritannien zu stammenden höheren Beamten sollte dieser unabsetzbare Finanzminister dann die

---

<sup>72</sup> Sir Stephen Cave (1820-1880): Anwalt und Politiker. Tory-Mitglied des *House of Commons* (1859-1880), Mitglied des *Privy Council* (ab 1866), Paymaster General und Vizepräsident des Board of Trade (1866-1868), Paymaster General (1874-1880), siehe: BOASE G.C., „*Sir Stephen Cave (1820-1880)*“, Oxford Dictionary of National Biography (Oxford, 2004), online unter: <http://www.oxforddnb.com/view/article/4924> (17. März 2016).

<sup>73</sup> Von Lord Derby als Mitglieder der Cave'schen Mission bestimmt: Victor Buckley, Beamter im *Foreign Office* fungierte als *Diplomatic Secretary*, W. H. White, *Deputy Accountant-General at the War Office*, übernahm die Aufgabe eines *Financial Secretary* und A.C. Tayler, Beamter des Finanzdepartments im *Foreign Office*, die eines Attachés. Egypt. No. 4 (1876), S. 6-7, No. 10 und 13.

<sup>74</sup> Von 1856 – 1871 war Stokes britisches Mitglied in der Europäischen Donaukommission. Siehe FARNIE, East and West, S. 218.

<sup>75</sup> Egypt. No. 4 (1876), S. 7, No. 14. HUNTER, Egypt under the Khedives, S. 181. OWEN, The Middle East, S. 130. Zum Erwerb der Suezkanal Aktien siehe: PORTER Bernard, *The Lion's Share. A History of British Imperialism 1850 to the present*, 5. Auflage (Abingdon, 2013), S. 82. LEE Stephen J., *Aspects of British Political History, 1815 – 1914*. (Abingdon, 1995), S. 202.

Untersuchung des Staatshaushaltes im ägyptischen Finanzministerium durchführen.<sup>76</sup> Diese Forderung zeigt deutlich, die Regierung in London hatte keinesfalls vor sich auf eine rein beratende Funktion, wie vom Khedive gewünscht, zu beschränken, sondern stellte von Anfang an klar, dass sie nun eine aktivere Rolle in der bereits seit Jahren schwellenden ägyptischen Finanzfrage zu spielen gewillt war. Laut einem Bericht des k. u. k. Generalkonsulates war der Khedive über die britische Interpretation seines Ersuchens und dem Gedanken einer Beschneidung seiner Souveränität naturgemäß alles andere als erfreut und brachte seine Entrüstung gegenüber allen in Kairo anwesenden Generalkonsuln – also auch dem Vertreter Österreich-Ungarns – mit dem Wunsch zum Ausdruck, sie mögen ihre Regierungen über das Vorgehen Großbritanniens informieren. Aus diesem Bericht lässt sich jedoch nicht erkennen, wie die europäischen Diplomaten vom Khediven informiert wurden und welche zusätzlichen Informationen auf diesem Weg mit den Vertretern der einzelnen Länder noch ausgetauscht wurden.<sup>77</sup>

Für Frankreich und Italien schien dies nun die ideale Gelegenheit zu sein ebenfalls in der ägyptischen Finanzfrage aktiver werden zu können. Zwar ist unklar, ob es auch bei diesen beiden Mächten, wie im britischen Fall zu einer „offiziellen Einladung“ von Beratern durch den ägyptischen Vizekönig gekommen ist. Die Berichte der österreich-ungarischen Diplomaten zeigen jedoch, dass sowohl Frankreich, als auch Italien ihre Sondermissionen offiziell unter einem anderen Vorwand nach Ägypten entsandten, und sich besonders bemühten jegliche anderslautenden Gerüchte offiziell zu leugnen. Es steht jedenfalls fest, die Einladung der Briten durch den Vizekönig hatte im Frühjahr 1876 die Entsendung weiterer „Sonderberater“ aus Frankreich, Italien und überraschend, auch aus Österreich-Ungarn zur Folge. Im Gegensatz zu den anderen beteiligten Mächten verfolgte allerdings die österreich-ungarische Mission – wie später noch ausführlicher betrachtet wird – ursprünglich nicht primär die ägyptischen Finanzen, sondern die ebenfalls prekäre Finanzfrage des Osmanischen Reiches als Ziel.

Frankreich und französisches Kapital, besonders aus der Handels- und Mittelmeermetropole Marseille, waren bereits seit langem am Nil vertreten und französische Staatsangehörige zählten zu den größten Gläubigern des Khediven und Ägyptens. Italien wiederum galt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als eine aufstrebende Großmacht mit großem Interesse im südlichen Mittelmeer – auch in Bezug auf mögliche koloniale Erwerbungen – und verfolgte wohl auch gerade deswegen, den steigenden Einfluss

---

<sup>76</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/2-3.

<sup>77</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/2-3.

Großbritanniens in Ägypten mit Misstrauen. Darüberhinaus hatte sich im Laufe des Jahrhunderts eine signifikante italienische Kolonie in Ägypten gebildet, nach den Griechen waren sie die zweitgrößte Minderheit in Ägypten.<sup>78</sup> Der junge italienische Nationalstaat war in dieser Zeit gerade dabei seine Stellung im europäischen Konzert zu definieren und zu finden. Graf Wimpffen, der österreich-ungarische Botschafter in Italien stellte hierzu 1876 in einem Bericht die Vermutung an, Italien könnte bei einer Lösung der Orientalischen Frage zur Stärkung seiner Stellung im Mittelmeer ein Augenmerk auf Tunis geworfen haben.<sup>79</sup> Schon 1869/70 hatten Großbritannien, Frankreich und Italien bei der Lösung der tunesischen Schuldenkrise zusammengearbeitet. Es ist anzunehmen, dass die bei den diplomatischen Vertretern geäußerte Entrüstung des Vizekönigs über die britischen Vorstellungen, gerade in diesen europäischen Metropolen die Alarmglocken läuten ließen – das Misstrauen der Mächte untereinander war auf alle Fälle ausreichend vorhanden.<sup>80</sup>

In Frankreich fiel die Wahl auf einen Diplomaten und früheren französischen Generalkonsul in Alexandrien und Gesandten in Jeddo (oder Edo, heute: Tokyo), Maxime Outrey<sup>81</sup>. Der französische Sondergesandte traf am 10. Jänner 1876, in Begleitung des Attachés Vicomte de Voguë<sup>82</sup> in Kairo ein und wurde einen Tag später vom Khediven empfangen.<sup>83</sup> Seine Ernennung sorgte jedoch beim k. u. k. Generalkonsul Ritter von Cischini für Verwunderung, er bezeichnete sie gar als eine „*unglückliche Wahl*“, die vom Khediven nicht gern gesehen wurde. Der Grund hierfür liegt in Outreys erster Stellung in Ägypten, als

---

<sup>78</sup> PALUMBO Patrizia [Hg], *A Place in the Sun. Africa in Italian Colonial Culture from Post-Unification to the Present* (Los Angeles u.a., 2003), S. 135. GOLDSCHMIDT Arthur, *Historical Dictionary of Egypt*. 4. Auflage (Plymouth, 2013), S. 214.

<sup>79</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 176 r4: HP 4-20/1-37.

<sup>80</sup> Für die französischen Interessen in Ägypten siehe: KAIS Firro, *Marseille et les intérêts français en Égypte, 1870 – 1913*. In: *Annales du Midi: revue archéologique, historique et philologique de la France méridionale*, Tome 100, No. 181 (1988), S. 63-80, online unter [http://www.persee.fr/doc/anami\\_0003-4398\\_1988\\_num\\_100\\_181\\_2152](http://www.persee.fr/doc/anami_0003-4398_1988_num_100_181_2152) (14. März 2016).

<sup>81</sup> Ange George Maxime Outrey (1822 – 1888) stammte aus einer großen über mehrere Generationen reichenden französischen Diplomatenfamilie. Maxime Outrey war Konsul in Jeddah (1854) und Damaskus (1855), Generalkonsul in Beirut (1861 – 1865) und in Alexandrien (1865 – 1868), Gesandter in Japan (1868 – 1872) und Botschafter in Washington (1877 – 1882). Siehe: GAULMIER Jean, *Note sur le voyage de Renan en Syrie* (1865), In: GAULMIER Jean, Jean Gaulmier, un orientaliste: Recueil des textes publiés dans le Bulletin d'études orientales (1929-1972). Nouvelle édition (Damaskus, 2006), online unter: <http://books.openedition.org/ifpo/2240> (16. März 2016), Anm. 10; LANDAU Jacob M., *Middle Eastern Themes*. Papers in History and Politics (London, 1973), S. 21, Anm. 21; DETTMER Hans Adalbert, MATHIAS Regine, SCHMIDT Vera [Hg], *Acta Sieboldiana VII*. Alexander von Siebold, Die Tagebücher (Wiesbaden, 1999), S. 48.

<sup>82</sup> „*Tagesbericht*.“ Wiener Abendpost, Beilage der Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 7. Jän. 1876: S.1.

<sup>83</sup> „*News in Brief*.“ The Times [London, England] 11 Jän. 1876: S. 5. The Times Digital Archive (16. März 2016).

dieser in seiner Funktion als französischer Generalkonsul eine eher „*feindliche Haltung*“ eingenommen haben soll.<sup>84</sup>

Offiziell versuchte die französische Regierung die Entsendung Outreys als eine unbedeutende Angelegenheit zu vermitteln, die in keinem Zusammenhang mit der ägyptischen Finanzlage stünde. Sie scheiterte damit allerdings ebenso, wie die italienische Regierung. Keiner der europäischen Vertreter wollte Outrey glauben, als dieser sofort nach seiner Ankunft die verschiedenen Generalkonsulate aufsuchte und sie zu überzeugen versuchte, Frankreich sei lediglich an weiteren Modifikationen der Gemischten Gerichte interessiert. In den diplomatischen Kreisen galt es als zu offensichtlich, dass Paris wenige Tage vor Eröffnung der Gerichte, keine Verzögerung durch eine Revision oder Abänderung in Kauf nehmen würde. Cischini meldete deshalb nach Wien: „[...] *ich war von Anbeginn überzeugt, es möge sich hier nicht um eine Justiz-, wohl aber um eine Finanzfrage handeln.*“<sup>85</sup>

Frankreich übte über eine weite Strecke des 19. Jahrhunderts einen großen Einfluss in Ägypten aus, der seinen Höhepunkt zweifelsohne im Engagement des Suezkanals fand, um danach langsam jenen des Vereinigten Königreichs zu weichen. Der Kauf der Suezkanal Aktien durch Großbritannien 1875 hatte Paris seine schwindende Bedeutung in Ägypten vor Augen geführt. Die ägyptische Schuldenkrise bot somit für Frankreich gewissermaßen eine letzte Gelegenheit, um seine Stellung in Ägypten, wenn auch vergeblich, zu verteidigen; sahen sich die Franzosen doch als Begründer des modernen Ägypten, wie Outrey in einem Gespräch mit dem Khediven kurz nach seiner Ankunft im Jänner 1876 nicht zu unterstreichen verabsäumte: „*Il a terminé en me disant que la France ne pourrait oublier qu'elle avait créé l'Égypte.*“<sup>86</sup> Der französische Diplomat spielt hier ohne Zweifel auf die Eroberung Ägyptens durch Napoleon an, die einen Grundstein für den späteren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einfluss Frankreichs auf das Land am Nil und seine Herrscher legte.<sup>87</sup>

Vergeblich versuchte Outrey in diesen ersten Treffen den Khediven von einer britischen Gefahr zu überzeugen, die durch ihre Operationen einen moralischen und materiellen Einfluss anstrebe. Es lag hier jedoch weniger die Sorge um das Wohlergehen Ägyptens im Raum, als vielmehr die Sorge um die französischen Wirtschaftsinteressen. Ismail wusste das natürlich

---

<sup>84</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP, F 34 S.R., Kt. 195 r13: HP 13-16/5-24. Outrey war bereits vor 1876 in verschiedenste, die ägyptischen Finanzen betreffende, Angelegenheiten aktiv. Siehe LANDES, Bankers and Pashas, S. 299, 312.

<sup>85</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 195 r13: HP 13-16/5-24.

<sup>86</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 195 r13: HP 13-16/5-24.

<sup>87</sup> HUNTER Archie, *Power and Passion in Egypt. A Life of Sir Eldon Gorst, 1861 – 1911* (London, 2007), S. 21-24. HUNTER, Egypt under the Khedives, S. 181.

und wies den französischen Sondergesandten darauf hin, dass sämtliche Finanzpläne, die auch mit britischen Finanziers diskutiert wurden, wie zum Beispiel die Transaktion der ägyptischen Anteile am Suezkanal oder die Nutzung der Eisenbahneinnahmen für ein Finanzprojekt zur Konsolidierung der Schwebenden Schuld, ihren Ursprung eigentlich in Frankreich hatten.<sup>88</sup>

*„Je lui répondais que l'idée de cette vente était venue de France par M. Dervieu ; que le Gouvernement Anglais en ayant eu connaissance avait demandé à faire des propositions à ce sujet ; que les financiers français ayant voulu faire une opération trop avantageuse pour eux et trop onéreuse pour l'Égypte, j'avais accepté l'offre des anglais, non par politique, mais par le soin bien entendu des intérêts de mon pays ; cette offre étant, vous le savez, incomparablement plus avantageuse.“<sup>89</sup>*

Der Khedive war sich der europäischen Rivalitäten durchaus bewusst und versuchte sie auch für seine eigenen Vorteil zu nutzen. Er hoffte sicherlich Anfang Jänner noch durch die Machtkämpfe zwischen Frankreich und Großbritannien, von der einen oder anderen Seite genügend Geld zu erlangen, um einerseits den Schuldendienst zu bedienen und andererseits Ägypten, vor allem aber sich selbst, von der sich abzeichnenden europäischen Entmündigung zu retten. In diesem Zusammenhang kann sicherlich auch der Aufstieg des italienischen Sondergesandte zu einem kurzzeitig sehr wichtigen und einflussreichen Berater des Vizekönigs gesehen werden. Hat es doch das Feld der Mitspieler um einen weiteren europäischen Rivalen erweitert. So lässt sich ebenfalls Österreich-Ungarns willkommene Aufnahme in diesen Kreis der europäischen Mächte erklären, auch wenn die Habsburgermonarchie zunächst weniger in beratender, als vielmehr untersuchender Mission für seine eigenen Interessen in Ägypten aktiv wurde.<sup>90</sup>

Für das Königreich Italien begab sich der frühere Finanzminister und Professor für Volkswirtschaft an der Universität Turin Antonio Scialoja<sup>91</sup> nach Ägypten. Laut seinem Nachruf sei Scialoja einer Ende 1875 ausgesprochenen Einladung des Khediven zur Untersuchung und Ordnung der ägyptischen Finanzen gefolgt.<sup>92</sup> Am 27. Dezember 1875

---

<sup>88</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 195 r13: HP 13-16/5-24

<sup>89</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP, F 34 S.R., Kt. 195 r13: HP 13-16/5-24.

<sup>90</sup> siehe Kapitel III. 2.

<sup>91</sup> Antonio Scialoja (1817-1877): Professor für Volkswirtschaft an der Universität Turin (1846-1848) und für Volkswirtschaft und Wirtschaftsrecht an der Handelskammer von Turin (1852-1860), Präsident des Rechnungshofes (1867-1872), Mitglied des Senats des Königreichs von Italien (ab 1862), Mitglied des Finanzausschuss des Senats (1865-1876) und Vizepräsident des Senats (1871-72 und 1874-76), Finanzminister (1865-1867), Unterrichtsminister (1872-1874). Siehe: „*Scialoja Antonio*“, Archivio Storico, Senato della Repubblica, online unter: <http://notes9.senato.it/Web/senregno.NSF/3b06b7313c966b4dc125711400599aa3/9c72cf43ddf6c77c4125646f00607469?OpenDocument> (20. Dezember 2015).

<sup>92</sup> „*Scialoja Antonio*“, Archivio Storico, Senato della Repubblica. Die Zeitgenössischen österreichischen und britischen Medien, sowie die in dieser Arbeit betrachteten Dokumente der HCPP und des HHStA

vermeldete die Times aus Rom die baldige Abreise des Vizepräsidenten des italienischen Senats, Herrn Scialoja, nach Ägypten, um mit Verhandlungen für ein Handelsabkommen zu beginnen. Die Spekulation die Endsendung des Senators könnte einen anderen Grund – nämlich in der ägyptischen Finanzfrage zu ermitteln – haben, wurde von der italienischen Regierung jedoch zurückgewiesen.<sup>93</sup> Auch wenn sein Engagement in „anderen Angelegenheiten“ offiziell als zufällig dargestellt wurde, wie ein Artikel des Times-Korrespondenten in Kairo vom 7. Jänner 1876 zeigt, so blieb den Zeitgenossen die wahre Bedeutung dennoch nicht verborgen:

*„It is stated that an Italian financier, Signor Scialoja, an ex-Minister of Finance, has also been called in to the Egyptian Councils. It is to be hoped the Khedive will profit by that wisdom which is said to be found in a multitude of counselors. [...] Signor Scialoja, however, comes mainly for the revision of a Treaty of Commerce, and it is only incidentally that his advice will be sought in other matters.“<sup>94</sup>*

Tatsächlich bestätigte später der italienische Außenminister Marchese Visconti-Venosta, dem österreich-ungarischen Botschafter in Rom, Graf Wimpffen, – was ohnedies bereits jeder vermutete – dass die Hauptaufgabe des früheren Finanzministers Scialoja darin bestanden habe, *„die dortigen Zustände und den Einfluss der englischen Politik auf dieselben möglichst genau kennen zu lernen“*.<sup>95</sup> Dafür spräche eine weitere Äußerung von italienischer Seite, welche ein Herr Suzzati gegenüber dem Sektionschef im Ministerium des Äußeren, Freiherrn von Schwegel gemacht hatte: *„[...] , dass bei dem Handelsvertrage, welchen Italien mit England abzuschließen hoffe, es bemüht sein werde, durch Conzessionen an letztere Macht die Schädigung der italienischen Interessen in Ägypten hintanzuhalten.“* Nach außen hin war er allerdings auf einer Mission, welche die italienisch-ägyptischen Handels- und Schifffahrtsverbindungen sowie eine Inspektion der italienischen Bildungseinrichtungen in Ägypten betrafen.<sup>96</sup>

Obwohl Italien anscheinend sehr bemüht war, nicht den Anschein zu erwecken, man würde sich zu sehr in die Frage der ägyptischen Finanzen und die anglo-französische Rivalität einmischen, stieg ihr Sondergesandter in den Finanzangelegenheiten des Khediven rasch zu einem seiner wichtigsten europäischen Berater auf. Scialoja schaffte es innerhalb kurzer Zeit,

---

zeichnen jedoch ein anderes Bild. Eine genauere Forschung zu Scialoja und Ägypten wäre sicherlich noch wünschenswert.

<sup>93</sup> *"News in Brief."* The Times [London, England] 28 Dec. 1875: S. 3. The Times Digital Archive. (23. März 2016).

<sup>94</sup> *"Egypt."* The Times [London, England] 18 Jan. 1876: S. 10. The Times Digital Archive. (23. März 2016).

<sup>95</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 176 r4: HP 4-20/1-37.

<sup>96</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 176 r4: HP 4-20/1-37; *„Tagesbericht.“* Wiener Abendpost, Beilage der Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 30. Dezember 1875: S. 2.

Italien eine wichtige Position in der ägyptischen Finanzfrage zu sichern, was nicht nur bei Großbritannien und Frankreich, sondern auch bei den österreich-ungarischen Diplomaten auf Missfallen stieß. Im November 1876 meldete Kremer, der habsburgische Delegierte bei der *Caisse* mit Genugtuung, dass Scialoja zu Fall gekommen sei, und er einen entscheidenden Anteil am Niedergang des italienischen Beraters hatte.<sup>97</sup>

Im Zuge des Voranschreitens der Projekte zur Reformierung und Konsolidierung der ägyptischen Schulden versuchte Ismail mehrmals seinen neu gewonnen Vertrauten in wichtige Positionen zu bringen – wohl ganz im Sinne seiner Taktik die Europäer gegeneinander auszuspielen und sich deren Rivalitäten zu Nutzen zu machen. Zudem war Italien im Ränkespiel der Kolonialmächte in Ägypten noch ein relativ junger Mitspieler. Als es zum Beispiel darum ging eine Nationalbank zu errichten und es jemanden für die Position des Gouverneurs zu finden galt, war Scialoja die erste Wahl des Vizekönigs, welcher sich diesbezüglich direkt an König Victor Emanuel und seinen Außenminister Visconti-Venosta wandte. Doch diesen Posten wollte Frankreich für sich beanspruchen und so kam es zu einer „*erregten Diskussion*“ zwischen Outrey und dem Khediven, welcher wiederum von seinem Vorhaben nicht abrücken wollte.<sup>98</sup>

Ein anderer Fall betrifft die Reorganisation des ägyptischen Finanzministeriums nach europäischem Muster und die Errichtung eines *Conseil Suprême du Trésor*. Wieder war Scialoja der Wunschkandidat Ismails für den Vorsitz des Obersten Finanzrates. Nur dieses Mal kam der Widerstand nicht vom französischen Sondergesandten, sondern vom britischen Beamten River Wilson, der öffentlich bekundete, „*dass er unter diesen Verhältnissen nach London zurückkehren würde*“. <sup>99</sup> Die Mitglieder der bereits erwähnt französischen Finanzgruppe waren jedoch bemüht, Großbritannien unbedingt zur Teilnahme an der *Caisse* zu bewegen. Auf ihre Bitte hin schlug der Khedive vor, im Austausch für die Zustimmung zu Scialoja als Präsidenten des *Conseil*, Wilson die Präsidentschaft der Schuldenkommission anzutragen. Ungeachtet dessen, dass bereits zuvor allen beteiligten europäischen Mächten die Gleichstellung ihrer Kommissäre in der *Caisse de la Dette* versichert worden war.<sup>100</sup> Sowohl Frankreich, als auch Italien, welches vom österreichischen Sondergesandten von Mayr gar als „*überhaupt dem Khedive gegenüber sehr gefügig*“ bezeichnet wurde, stimmten dieser Änderung zu.<sup>101</sup> Am Ende war jedoch alle Aufregung in diesem Fall umsonst gewesen, da

---

<sup>97</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 176 r4: HP 4-20/1-63, HP 4-20/3-87.

<sup>98</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-16.

<sup>99</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-36.

<sup>100</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-36.

<sup>101</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-36.

sich die britische Regierung, nachdem die Kommission sich bereits mit den Vertretern Frankreichs, Italiens und Österreich-Ungarns konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen hatte, lange weigerte ihren Vertreter zu entsenden.

## II. 6. Spielball der Mächte – von der Errichtung der *Caisse de la Dette* bis zur Abdankung Ismails

Die Bewältigung der ägyptischen Schuldenkrise stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Zu viele verschiedene größere oder kleinere europäische Mächte wollten nicht nur ihre Gläubiger, sondern auch ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen schützen. Die großen Player in Ägypten waren mit Abstand Großbritannien und Frankreich. Beide Großmächte misstrauten einander in der ägyptischen Angelegenheit auf das Höchste. Trotz der massiven Erwerbung von Suezkanal-Aktien durch die britische Regierung war noch immer der größte Anteil am Kanal in französischer Hand verblieben. Obwohl Frankreich noch immer über eine Mehrheit verfügte, schwand doch zunehmend der französische Einfluss in Ägypten zu Gunsten der Briten. Outreys Misstrauen ließ ihn zur Überzeugung gelangen, der politische Gegner strebe ein Protektorat über Ägypten an, wodurch Frankreichs Interessen am Nil gefährdet erschienen. London hingegen betrachtete wiederum, seit der Etablierung der internationalen Finanzkontrolle in Tunis 1869, die Ausweitung der französischen Interessensphäre in Nordafrika und die Vielzahl französischer Aktivitäten in Ägypten mit Argwohn.<sup>102</sup>

Vorbilder für die internationale Schuldenkommission gab es bereits vor der *Caisse de la Dette Publique d'Égypte* von 1876: zum Beispiel in Griechenland 1857<sup>103</sup>, in China mit den 1854 eingerichteten *Chinese Maritime Customs Services (CMCS)*<sup>104</sup> oder mit der für den ägyptischen Fall direkt als Vorbild wirkenden multilateralen Schuldenverwaltung von Tunis. Anders als in Ägypten hatte es in der viel kleineren Regentschaft von Tunis allerdings nur zwei in Frankreich aufgenommener Staatsanleihen bedurft, um das Land unter die Kontrolle der Großmächte zu stellen. Die Grundlage hierfür lieferte die Finanzpolitik von Mustafa Khaznadar, von 1837 – 1873 Regierungschef und mächtigster Mann des Landes, welcher zusammen mit einer Gruppe Vertrauter die Ausbeutung des Landes, sowie die Spekulation durch europäische Geldgeber begünstigte. Wie in Ägypten hatten die kurzfristigen Schatzanweisungen eine Situation geschaffen, welche die Machthaber für die Konvertierung dieser lokalen Schulden in langfristige Anleihen auf den viel größeren französischen Finanzmarkt führten. Zu diesem Zweck wurde 1863 eine erste Anleihe in Paris durch das

---

<sup>102</sup> HUNTER, Egypt under the Khedives, S. 181-184.

<sup>103</sup> HEIMBECK, Abwicklung von Staatsbankrotten, S. 66f.

<sup>104</sup> HEIMBECK, Abwicklung von Staatsbankrotten, S. 64. KROLL Stefan, *Chinas Schulden und internationales Finanzrecht im ausgehenden 19. Jahrhundert. Überlegung zu Weltgesellschaft und Rechtspluralismus*, in: KLUMP Rainer, VEC Miloš [Hg.], *Völkerrecht und Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert*, Studien zur Geschichte des Völkerrechts Band 26 (Baden-Baden, 2012), S. 151-169, hier 158-163.

Bankhaus Erlanger mit einem Nennwert von 40 Millionen Francs organisiert. Schölch spricht hier von einem „*üblen Gaunerstück*“, da in nicht einmal einem Jahr ein Großteil des Geldes einfach verschwand. Die Folge war eine Verdopplung der lokalen kurzfristigen Schuld. Um dennoch an Geld zu kommen, griff man zu einem verhängnisvollen Mittel, der Erhöhung der Kopfsteuer. Die Reaktion der Bevölkerung auf diese Aktion ließ nicht lange auf sich warten und so kam es 1864 zu einer Revolte gegen die Regierung und den Bey. Tunesien musste sich 1865 also wieder an das Bankhaus Erlanger wenden – die zweite Anleihe.<sup>105</sup>

Als ein Jahr später Einnahmen von 20 Millionen Francs, Ausgaben von 62 Millionen gegenüberstanden, sollte eine dritte Anleihe in der Höhe von unglaublichen 100 Millionen Francs die Lösung aller Probleme bringen.<sup>106</sup> Doch niemand wollte mehr ein finanzielles Risiko in Tunesien eingehen. Zu schwerwiegend war der Schaden, den das Zusammenspiel aus europäischem Konkurrenzkampf – ausgetragen durch die europäischen Diplomaten – um die besten Stücke am Kuchen einerseits, und die Verschwendungssucht, Korruption, zu hohen Ausgaben für Militär und die Tatsache einer völlig ungeeigneten Finanzverwaltung andererseits angerichtet hatten.<sup>107</sup> Stattdessen beschloss am 17. Oktober 1867 der französische Ministerrat die Kontrolle– notfalls militärisch – in Tunesien zum Schutze seiner Anleger von 1863 und 1865 zu übernehmen. Allerdings standen die lokalen Geldgeber der kurzfristigen tunesischen Schuldtitel unter britischem und italienischem Schutz. In den Augen dieser beiden Großmächte musste nicht nur ein Alleingang Frankreichs und dessen Vorherrschaft verhindert, sondern auch die Interessen seiner *Protégés* und Staatsangehörigern gesichert werden. Keine Rücksicht wurde dagegen bei den Verhandlungen auf die Tunesier genommen, die ohne den Bey stattfanden. Am 5. Juli 1869 musste dieser per Dekret der Errichtung von zwei Komitees zustimmen: dem *Comité Exécutif*, bestehend aus zwei tunesischen Beamten und dem ehemaligen französischen *Inspecteur des Finances* Victor Villet, der damit praktisch zum Finanzminister der Regentschaft aufstieg; und einer Kontrollinstanz, dem *Comité de Contrôle*, mit je zwei Mitgliedern aus Großbritannien, Frankreich und Italien.<sup>108</sup>

---

<sup>105</sup> SCHÖLCH, *Wirtschaftliche Durchdringung*, S. 415f.

<sup>106</sup> Im Gegensatz zu Schölch spricht Rosenbaum in seinem Buch von Einnahmen in der Höhe von 25 Millionen Francs, denen Verpflichtungen von 61 Millionen Francs gegenüberstanden. Die abweichenden Zahlenangaben in der Literatur sind bezeichnend für den Umstand mit welchen Schwierigkeiten auch heute noch, genaue Zahlen für die Schuldenkrisen in Tunesien, Ägypten oder des Osmanischen Reiches nur äußerst schwierig zu rekonstruieren sind. Siehe ROSENBAUM Jürgen, *Frankreich in Tunesien, Die Anfänge des Protektorates 1881 – 1886* (Freiburg i. Br., 1971), S. 10f.

<sup>107</sup> ROSENBAUM, *Frankreich in Tunesien*, S. 10.

<sup>108</sup> SCHÖLCH, *Wirtschaftliche Durchdringung*, S. 417. Zur tunesischen Finanzlage siehe: BDIRA Mezri, *Relations internationales te sous-développement. La Tunisie 1857 – 1864* (Uppsala, 1978), S. 115-126.

Um wieder zurück auf Ägypten zu kommen, auch dieses Land war im 19. Jahrhundert Schauplatz zahlreicher Interessenskämpfe zwischen den europäischen Großmächten geworden. Vor allem die Konkurrenz der beiden Westmächte – Frankreich und Großbritannien – spiegelte sich auch auf Ebene der Gläubiger wider. Zwei konkurrierende Gruppen, eine britische unter der Führung von Sir George Elliot<sup>109</sup>, und eine französische unter der Führung von Jean-Baptiste Pastré<sup>110</sup>, buhlten in Ägypten um die Gunst des Khediven – unterstützt von den jeweiligen Gesandten Cave und Outrey. Das Ziel der beiden Parteien war die Konsolidierung der Schwebenden Schuld, die Bereitstellung neuer Mittel zur Deckung der nächsten Skadenzen, sowie die Errichtung einer Nationalbank zur Abwicklung des Schuldenberges.<sup>111</sup>

Damit der ägyptische Staat während der Verhandlungen auch weiterhin seinen Verpflichtungen nachkommen konnte, benötigte er noch einmal einen kurzfristigen Kredit zur Überbrückung. Die von Pastré und Elliot geführten Fraktionen sahen jeweils einen Vorschuss in der Höhe von 2 Millionen Pfund Sterling, zu 14 % und 2 % Kommission auf drei Monate vor. Allerdings konnte nur eine Gruppe das Rennen für sich entscheiden, womit sie auch in der Lage war, ihren Einfluss für das weitere Vorgehen im Konsolidierungsprozess geltend zu machen. Sehr zur Freude des Khediven war jedoch die englische Gruppe nicht in der Lage gewesen die Summe aufzubringen. Obwohl die beiden Pläne sich in nur wenigen Punkten unterschieden, hatte doch der britische Vorschlag zur Verpfändung der Eisenbahn ein zu großes Misstrauen beim Herrscher hervorgerufen. Da die schlussendlich gewählte und von Pastré geführte Anglo-Egyptian Banking Company auch über Verbindungen nach London verfügte, konnte sich Ismail nun getrost der französischen Seite zuwenden. Der österreichische Sondergesandte von Mayr äußerte in seinem Bericht daher für die Habsburgermonarchie keine Bedenken über eine mögliche Bevorzugung französischer Interessen und französischem Kapitals. Fast die Hälfte der schwebenden Schuld, circa 8 Millionen £ St., befand sich im Portefeuille französischer Geldinstitute. Schon alleine

---

<sup>109</sup> Sir George Elliot, 1st Baronet: britischer Geschäftsmann und Politiker, Aufenthalte in Ägypten 1874 und 1875-76 zur Planung von Eisenbahnen und als „Finanzberater“ des Khediven, siehe: DAVIES, David Leslie, „*Elliot, Sir George (1815-1893)*“, in: The Dictionary of Welsh Biography (The National Library of Wales, 2009), online unter: <http://yba.llgc.org.uk/en/s3-ELLI-GEO-1815.html> (23. Dezember 2015).

<sup>110</sup> Jean-Baptiste Pastré: französischer Banker und Teilhaber von Pastré Frères mit Sitz in Marseilles, Direktor der Anglo Egyptian Bank (gegründet 1864 in Alexandrien) und Ratsmitglied in Marseilles, siehe: SAUL, Samir. *Chapitre premier. Le contexte et la contexture: évolution historique et cadre structurel* In: La France et l'Égypte de 1882 à 1914: Intérêts économiques et implications politiques [en ligne]. (Paris, 1997), online unter: <http://books.openedition.org/igpde/763> (23. Dezember 2015), Anm. 12.

<sup>111</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-6. HUNTER Robert F., *Egypt under the successors of Muhammad 'Ali*, S. 180-197. in: DALY M. W., The Cambridge History of Egypt. Volume 2, Modern Egypt, from 1517 to the end of the twentieth century (Cambridge, 1998), hier S. 195.

deswegen gelangte man zu Überzeugung, mit der französischen Interessensgruppe die richtige Wahl getroffen zu haben.<sup>112</sup>

Am 12. Februar 1876 unterzeichneten in Kairo für die Gläubiger Giovanni Sinadino und Jean Baptiste Pastré, als Direktoren der Anglo Egyptian Banking Company, und für die ägyptische Regierung der Finanzminister Ismail Sadiq einen Präliminarvertrag zur Konstituierung einer ägyptischen Nationalbank.<sup>113</sup> Bis dieses Projekt allerdings endgültig in die Tat umgesetzt wurde, vergingen noch einmal Monate. Besonders die Frage der Befugnisse des Kontrollgremiums der Nationalbank sorgte bei den Beteiligten für Unstimmigkeiten. Nachdem die Unterzeichnung des Präliminarvertrages in Frankreich wohlwollend aufgenommen worden war – die beteiligten Geldinstitute hatten den finanziellen Teil des Vertrages ohne Bedenken angenommen, stellten sie jedoch in Bezug auf die Kontrolle die Forderung, dass der zu schaffende Aufsichtsrat aus je einem englischen, französischen und italienischen Delegierten bestehen sollte, welche von ihren Regierungen zu ernennen seien.<sup>114</sup> Wie bereits weiter oben beschrieben orientierten sich die französischen Kreditgeber bei ihrem Vorschlag nach der 1869 gegründeten tunesischen Finanzkommission.<sup>115</sup>

Eine direkte Ernennung von Delegierten durch fremde Staaten hätte allerdings einen massiven Eingriff in die Souveränität und die Suzeränität des Sultans des Osmanischen Reiches über Ägypten dargestellt, aber auch in die semisouveräne Stellung des Khediven eingegriffen. Aus diesem Grund lehnte der Vizekönig das Ansuchen mit der Begründung ab, dass „*er sich nicht in offizieller Weise unter die Vormundschaft einiger Mächte stellen lassen könne*“. Ismail unterbreitete den Europäern als Gegenvorschlag, die von den Großmächten bestimmten Vertrauenspersonen selbst zu ernennen.<sup>116</sup>

Während Frankreich und Italien sich mit dem Khediven über die Einsetzung einer Kontrollkommission einigen konnten, verhielt sich die britische Regierung lange Zeit ablehnend. Großbritannien stand dem Projekt einer Nationalbank mit internationaler Kontrolle skeptisch gegenüber. In London glaubte man, die Kommission hätte nicht die nötigen Kompetenzen, um eine wirkliche Kontrolle der ägyptischen Finanzen zu ermöglichen. Stattdessen schickte man Sir River Wilson, Generalkontrolleur des *British National Debt*

---

<sup>112</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-6.

<sup>113</sup> Für Sinadino, Pastré und die Anglo-Egyptian Bank siehe LANDES, Bankers and Pashas, S. 205

<sup>114</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-14. HUNTER, Egypt under the Khedives, S. 181.

<sup>115</sup> HCPP. Egypt. No. 8 (1876), Correspondence respecting the finances of Egypt, S. 1. GILLARD David, BOURNE Kenneth, WATT Donald Cameron [Hg], *British Documents on Foreign Affairs – reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print, Volume 9: The Ottoman Empire in North Africa, intervention in Egypt and the Sudan, 1876 – 1885* (Frederick MD, 1984), S. 5-7.

<sup>116</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-14.

*Office*, mit einem Gegenangebot nach Kairo, sowie mit der Absicht diesen als *Mustechar* oder Unterstaatssekretär im Finanzministerium in den Dienst des Khediven treten zu lassen.<sup>117</sup> Der Khedive wiederum wollte Wilson zum Kommissar ernennen. Er trat jedoch weder diese Stelle, noch jene im Finanzministerium an. Erst im Sommer 1878 übernahm Wilson das Amt des Finanzministers von Ägypten, nachdem er bereits einige Monate zuvor als Vorsitzender der neu eingerichteten Untersuchungskommission (Commission of Inquiry) aktiv geworden war.<sup>118</sup>

Frankreich reagierte auf die Entsendung Wilsons aus London, ihrerseits mit einem hochrangigen Finanzbeamten. Auf Druck der Pariser Regierung ernannte der Vizekönig in Folge den bereits in Tunesien aktiven Victor Villet zum Berater des ägyptischen Finanzministeriums. Villet verfügte durch seine Position als stellvertretender Vorsitzender in der tunesischen Finanzkommission von 1869 und *de facto* Co-Machthaber in Tunesien bereits über die nötigen Erfahrungen zur Errichtung einer europäischen Schuldenkontrolle.<sup>119</sup>

Am Ende setzten sich in diesem anglo-französischen Schlagabtausch zunächst die französischen Gläubiger mit ihrem Projekt zur Konsolidierung aller Schulden in Höhe von 91 Millionen Pfund (inklusive Schwebender Schuld) und einer internationalen Kontrolle durch. Nach der einseitigen Erklärung zu einem dreimonatigen Schuldenmoratorium durch den Khediven Anfang April war eine Lösung des Schuldenproblems umso dringender geworden. Ein Ausweg schien gefunden als am 2. Mai 1876 Ismail aufgrund der europäischen Streitigkeiten wiederum unilateral per Dekret die *Caisse de la Dette Publique* gründete – allerdings mit vier statt der ursprünglich drei geplanten Kommissären. Zur Überraschung aller befand sich plötzlich auch Österreich-Ungarn neben Frankreich, Italien und Großbritannien unter den Großmächten der ägyptischen Schuldenkommission.<sup>120</sup>

Der vom Khediven dadurch im Alleingang akzeptierte Vorschlag genoss allerdings nicht die Zustimmung aller Mächte. Zu offensichtlich waren die Interessen der Franzosen, welche einen bedeutenden Anteil an der Schwebenden Schuld hielten, klar bevorzugt worden. Immerhin erhielten die Gläubiger der kurzfristigen Schuldtitel einen Bonus von 25 Prozent

---

<sup>117</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-36. WYNNE, *State Insolvency*, S. 588. HUNTER, *Egypt under the Khedives*, S. 181.

<sup>118</sup> FARNIE D. A., *Wilson, Sir Charles Rivers (1831 – 1916)*, in: *Oxford Dictionary of National Biography* (Oxford, 2004), online unter: <http://www.oxforddnb.com/view/article/36948> (5. September 2016).

<sup>119</sup> WESSELING Hendrik L., *Teile und Herrsche: die Aufteilung Afrikas, 1880 – 1914* (Stuttgart, 1999), S. 27. HUNTER, *Egypt under the Khedives*, S. 181.

<sup>120</sup> HUNTER, *Egypt under the Khedives*, S. 182f. WYNNE, *State Insolvency*, S. 591f. OWEN, *The Middle East*, S. 130f. HERSHLAG, *Modern economic History*, S. 103.

auf die Konversion.<sup>121</sup> Wenige Wochen nach den Dekreten gab der britische Außenminister Lord Derby dem k. u. k. Botschafter in London Graf Beust zu verstehen, dass für Großbritannien die Entsendung eines Kommissars nicht in Frage käme. Aus Sicht Großbritanniens wäre ein solcher Schritt der Anerkennung der französischen Finanzpläne gleich gekommen, welcher nur zu weiteren Spekulationen mit ägyptischen Papieren verleiten würde.<sup>122</sup> Er reagierte damit auf die Proteste aus dem britischen Publikum, dem *Council of Foreign Bondholders (CFB)* und dem Börsenkomitee.<sup>123</sup>

Es bedurfte einer weiteren Beratermission durch Repräsentanten der britischen und französischen Inhaber ägyptischer Schuldtitel, der so genannten Goschen-Joubert Mission, benannt nach George Goschen, einem früheren Kabinettsminister in London und Präsidenten des CFB sowie Edmond Joubert, Direktor der Banque de Paris. Das von ihnen ausgearbeitete Arrangement war allerdings alles andere als im Sinne des Khediven, der eine Insolvenz anstrebte. Mittels diplomatischen Druckes und der Androhung auch notfalls Ismail als Vizekönig abzusetzen, stimmte dieser schließlich zu. Mit dem Abkommen vom 18. November 1876 wurde die Schuldenkommission zu einer dauerhaften und unabhängigen Institution erklärt. Doch während die italienischen, französischen und österreich-ungarischen Kommissären von ihren Regierungen vorgeschlagen wurden und ihre Unterstützung genossen, wurde der britische Vertreter nicht offiziell von London, sondern von Goschen nominiert.<sup>124</sup> Viel bedeutender war jedoch, die Etablierung der anglo-französischen Dual Control. Die Goschen-Joubert-Vereinbarung war somit Ausgangspunkt für weitere Machtspiele der Großmächte geworden.<sup>125</sup>

Dies war jedoch nicht die einzige Institution, die auf betreiben der europäischen Mächte im Mai 1876 das Licht der Welt erblickte. Gleichzeitig mit der Gründung der *Caisse* erfolgte die Errichtung eines *Conseil Suprême du Trésor*, bestehend aus drei Sektionen: der *Inspection Générale des Revenues et des Caisses de l'État*, der *Section de Surveillance des Recettes et de Dépenses* und der *Section pour le Jugement des Comptes*. Mit der Errichtung des *Conseil* betraute der Khedive seinen engen Vertrauten Scialoja, den er auch zu seinem ersten Präsidenten ernannte.<sup>126</sup>

---

<sup>121</sup> OWEN, *The Middle East*, S. 131.

<sup>122</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-43.

<sup>123</sup> HUNTER, *Egypt under the Khedives*, S. 183.

<sup>124</sup> MARLOWE, *Cromer in Egypt*, S. 22.

<sup>125</sup> OWEN, *The Middle East*, S. 131. HUNTER, *Egypt under the Khedives*, S. 184. WYNNE, *State Insolvency*, 592. HEIMBECK, *Abwicklung von Staatsbankrotten*, S. 92f. MARLOWE, *Cromer in Egypt*, S. 46-48.

<sup>126</sup> HCPP, *Egypt*. No. 8 (1876), S. 70-76.

Ein weiteres wichtiges Instrument, das von der internationalen Staatengemeinschaft in der ägyptischen Schuldenkrise genutzt wurde, hatte Anfang 1876 seinen Dienst aufgenommen – die *Tribunaux Mixtes d’Egypte*, die Gemischten Gerichtshöfe. Wie der Name bereits sagt, setzten sich diese Gerichte aus den ausländischen Richtern der Kapitulationsmächte und ägyptischen Richtern zusammen.<sup>127</sup> Die Finanzprobleme des Khediven und seines Landes waren nicht erst seit 1875/76 eine wichtige Angelegenheit bei den internationalen Gläubigern und ihren Regierungen gewesen. Bis zur Etablierung der Gemischten Gerichtshöfe lag die Gerichtsbarkeit bei ausländischer Beteiligung jedoch ausschließlich bei den Konsulargerichten. Sie unterlag damit nicht dem ägyptischen Recht, sondern der fremden Jurisdiktion. Mit der Zunahme der Darlehen von fremden Geldgebern stieg dementsprechend auch die Zahl der juristischen Konflikte zwischen Ausländern und Ägyptern. Doch nicht nur die Bürger, auch die ägyptische Regierung selbst wurde vermehrt zur Partei von gemischten Gerichtsverhandlungen. Um dieses juristische Durcheinander zu beenden, griffen die Mächte und Ägypten zu einem neuen Mittel: den Gemischten Gerichtshöfen, die erst 1949 ihre Tätigkeit einstellten.<sup>128</sup>

Die immense Anzahl verschiedenster politischer und ökonomischer Interessen der großen und kleineren europäischen Mächte, sowie des Khediven und seiner Minister, machte es jedoch unmöglich, zu einer raschen Lösung zu kommen. Daran änderten auch die 1876 geschaffenen Institutionen, wie die Gemischten Gerichtshöfe, die *Caisse de la Dette* oder der *Conseil Suprême* nichts. Im Gegenteil es mussten in der Folgezeit erst die genauen Kompetenzen festgelegt werden. Darüberhinaus war man sich lange nicht wirklich über das genaue Ausmaß der finanziellen Not beziehungsweise seiner Lösung im Klaren. Auf besonderem Druck aus Frankreich und Großbritannien kam es daher 1878 zur Einsetzung einer Untersuchungskommission (*Commission of Inquiry*), der auch der österreich-ungarische Delegierte und seine Kollegen in der *Caisse* angehörten. Ziel dieser Kommission war eine bedingungslose und vollständige Untersuchung der Finanzen des Landes. Tatsächlich weitete

---

<sup>127</sup> Die Kapitulationsmächte waren: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Russland, Schweden, Spanien und die Vereinigten Staaten. HOYLE Mark S. W., *The Origins of the Mixed Courts of Egypt*. In: Arab Law Quarterly, Vol. 1, No. 2 (Feb., 1986), S. 220-230, online unter: <http://www.jstor.org/stable/3381481> (5. September 2016), hier S. 228.

<sup>128</sup> HOYLE, *Mixed Courts of Egypt*, S. 220-230. LIEBESNY Herbert J., *The Law of the Near & Middle East. Readings, Cases, & Materials* (Albany NY, 1975), S. 71-76. RUSSELL Mona L., *Egypt* (Santa Barbara CA, 2013), S. 109f. HEIMBECK, *Abwicklung von Staatsbankrotten*, S. 94-96. BROWN Nathan J., *The Precarious Life and Slow Death of the Mixed Courts of Egypt*. International Journal of Middle East Studies, Vol. 25, No. 1 (Feb., 1993), S. 33-52, online unter: <http://www.jstor.org/stable/164157> (12. September 2016).

sie aber ihre Untersuchung auf alle Bereiche der ägyptischen Verwaltung aus. Die Folge war eine weitere Zunahme der europäischen Kontrolle.<sup>129</sup>

Um seine Schulden zurück zu zahlen benötigte Ägypten allerdings weiterhin Geld: eine neue Anleihe musste also aufgenommen werden. Zu diesem Zweck schlug der mittlerweile zum ägyptischen Finanzminister ernannte Wilson eine Anleihe des Bankhauses Rothschild vor. Als Sicherheit sollten die Ländereien des Khediven dienen, deren Transfer in den Besitz des Staates man im Zuge der Untersuchungskommission beschlossen hatte. Im Gegenzug erhielt Ismail durch seinen Verzicht auf die Kontrolle und den Besitz der Daira Länder eine jährliche Zivilliste. Die Aufnahme des Anleihens gestaltete sich jedoch schwieriger als erwartet. Es stellte sich heraus, die als Sicherheit dienenden Staatsdomänen waren bereits mit früheren Hypotheken belastet.<sup>130</sup> Die übrigen Mächte, Deutschland, Italien, allen voran aber Österreich-Ungarn und Griechenland wollten diese alten Hypotheken ihrer Staatsangehörigen und Schutzgenossen gesichert wissen. Österreich-Ungarn nutzte die Gelegenheit darüberhinaus für eigene Vorschläge und einem kleinen persönlichen „Machtkampf“ mit Frankreich und Großbritannien, der die Emission der Anleihe immerhin für sechs Monate verzögerte.<sup>131</sup> Trotz letzten Endes erfolgreicher Ausgabe der Rothschild Anleihe war der Geldbedarf noch lange nicht gedeckt. Eine weitere Untersuchung wurde daher bereits im Zuge der Verhandlungen zur eben genehmigten Anleihe beschlossen – die Liquidationskommission. Ziel dieses Gremiums war es einerseits endgültig die Höhe der tatsächlichen Schulden festzustellen, sowie eine unwiderruflich bindende Lösung zu finden.<sup>132</sup>

Nach und nach verlor Ismail immer mehr Einfluss auf die Administration seines Landes. Nicht nur, dass er ebenfalls die Vizeköniglichen Domänen an eine internationale Kommission abtreten musste, auch innerhalb seiner Regierung kam es zu Umstrukturierungen, mit dem Ziel den Absolutismus in Ägypten zu beenden. Auf Betreiben des Premierministers Nubar Pascha kam es zur Gründung eines Ministerrates anstelle des Geheimen Rates, in dem der Khedive bisher den Vorsitz führte. Um sich der Unterstützung der Westmächte zu versichern, garantierte der Premierminister Frankreich und Großbritannien je ein Mitglied in dieser neuen

---

<sup>129</sup> WYNNE, *State Insolvency*, S. 595. OWEN, *The Middle East*, S. 133. TUNÇER Ali Coşkun, *Sovereign Debt and international Financial Control* (New York, 2015), S. 40f.

<sup>130</sup> SHAW Caroline, *Egyptian finances in the nineteenth century: a Rothschild perspective*, in: *The Rothschild Archive, Review of the Year April 2005 to March 2006* (London, 2006), S. 34-38, online unter: <https://www.rothschildarchive.org/materials/ar2006.pdf> (6. September 2016), hier S. 35. WYNNE, *State Insolvency*, S. 597f.

<sup>131</sup> MARLOWE, *Cromer in Egypt*, S. 48. Für die Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn siehe Kapitel III. 8. unten.

<sup>132</sup> HEIMBECK, *Abwicklung von Staatsbankrotten*, S. 120f. WYNNE, *State Insolvency*, S. 606f.

Regierung. Nubars Ministerium konnte sich jedoch nicht lange halten. Eine Offiziersrevolte durch ausbleibende Soldzahlungen gab dem Khediven einen willkommenen Anlass, um sich seinen Einfluss wieder zurückzuholen. Mit einem einseitigen Erlass vom 22. April 1879 versuchte Ismail unter Umgehung der Gemischten Gerichtshöfe, der Generalkontrolleure und der Mächten eine Regelung der schwebenden Schuld in seinem Sinne zu erreichen. Der Protest der Großmächte ließ allerdings nicht lange auf sich warten und Ismail wurde zur Abdankung gezwungen. Überraschenderweise kam der schärfste Protest in dieser Angelegenheit vom deutschen Kanzler Bismarck, der auf die Erfüllung der europäischen Forderungen durch den Khediven beharrte und ihn persönlich dafür verantwortlich machte. Von den Großmächten brachte lediglich Rom noch eine gewisse Sympathie gegenüber dem Vizekönig auf. Am Ballhausplatz hatte man sich dagegen voll und ganz der deutschen Protestnote angeschlossen. Aus Sorge vor einem einseitigen Vorgehen der europäischen Mächte schaltete sich schließlich auch der Sultan in Konstantinopel in die Angelegenheit ein. Abdul Hamid II. war bereit, Ismail durch seinen Onkel Mohammed 'Abd al-Halim Pascha zu ersetzen. Auch Frankreich und Großbritannien forderten nun ihrerseits den Rücktritt des Vizekönigs und es gelang ihnen, ihren eigenen Kandidaten Taufiq, den Sohn Ismails gegen den Protegé des Sultans durchzusetzen. Erleichtert wurde dies natürlich durch die von Ismail 1868 erreichte Änderung der Erbfolge zu Gunsten einer Primogenitur innerhalb seiner Familie.<sup>133</sup>

---

<sup>133</sup> KRÖGER Martin, „*Le bâton égyptien*“ – *Der ägyptische Krüppel. Die Rolle der „ägyptischen Frage“ in der deutschen Außenpolitik von 1875/76 bis zur „Entente Cordiale“* (Frankfurt a. M., 1991), S. 45-47. MCGREGOR, A Military History of Modern Egypt, S. 163. TOLEDANO Ehud R., *State and Society in Mid-Nineteenth Century Egypt* (Cambridge, 1990), S.62. HUNTER, Egypt under the Khedives, S. 201-226.

### III. Österreich-Ungarn und die *Caisse de la Dette d'Égypte* 1876

#### III. 1. In geheimer Mission – Entsendung eines k. u. k. Sondergesandten

Am 28. Jänner 1876 verließ Ernst Ritter von Mayr<sup>134</sup> (später Freiherr von Mayr), k. u. k. Botschaftsrat in St. Petersburg, in geheimer Mission die österreichische Hauptstadt Wien in Richtung Kairo. Mayr begann seine diplomatische Karriere 1853 als Dolmetsch-Adjunkt<sup>135</sup> an der k. u. k. Gesandtschaft in Konstantinopel, wo er bis 1861 zum Ersten Dolmetscher<sup>136</sup> aufstieg und 1868 zum Honorar-Legationsrat<sup>137</sup> (Botschaftsrat) ernannt wurde. Anfang der 1870er erfolgte der Wechsel an die Botschaft in St. Petersburg. Seine lange Dienstzeit in Konstantinopel machte ihn zur idealen Wahl für wichtige geheime Missionen ins Osmanische Reich und nach Ägypten, denn er kannte das Land, die Sprache und viele wichtige Persönlichkeiten des Reiches. Diesen Vorteilen und seinen Kenntnissen der ägyptischen und osmanischen Finanzen verdankte Mayr, mittlerweile zum Freiherrn erhoben, wohl auch seine Teilnahme am Berliner Kongress 1878 als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, sowie seine kurze Delegation nach Konstantinopel zur Regelung der türkischen Staatsschuld im Jahr 1882. Seine Entsendung zum Berliner Kongress verdankte Mayr dem Sektionsrat Baron Schwegel. Dieser schrieb in seinen Erinnerungen:

*„Es ist natürlich, dass sich der Minister [Andrassy] mit den Beamten umgab, die mit den orientalischen Angelegenheiten vertraut waren und im Orient gedient hatten. Haymerle, Mayr, Kosjek, Pasetti und ich waren Zöglinge der Orientalischen Akademie, und jeder von uns konnte auf eine längere Dienstzeit im Orient hinweisen.“<sup>138</sup>*

Im Gegensatz zu seinen französischen und italienischen „Kollegen“, Outrey und Scialoja, blieb die wahre Natur seiner Reise der Öffentlichkeit jedoch verborgen. Während die Regierungen in Paris und Rom mit ihren Bemühungen regelrecht scheiterten, die Missionen ihrer Sondergesandten, als harmlos und nicht mit den ägyptischen Finanzen in Zusammenhang stehend darzustellen, wurde von Österreich-Ungarns Mission keine Notiz

---

<sup>134</sup> Personalakt unter: HHSTA, MdÄ, AR, F4 210, Ernst v. Mayr, F6-1-10. Darüberhinaus finden sich in den Erinnerungen und Briefen des Sektionschef der Handelspolitischen Sektion Baron Schwegel einige kurze Hinweise auf Mayr. Die Wege der beiden kreuzten sich bereits seit Anfang ihrer diplomatischen Karriere immer wieder: Schwegel war von 1859 bis 1870 Konsularbeamter in Ägypten und 1870 in Konstantinopel. siehe ROZMAN Franc, *Baron Josef Schwegel – Spomini in Pisma / Erinnerungen und Briefe*. Studia Diplomatica Slovenica – Personae 1 (Ljubljana, 2007), S. 217, 226.

<sup>135</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F4 210, Ernst v. Mayr, 13799.

<sup>136</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F4 210, Ernst v. Mayr, 3909.

<sup>137</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F4 210, Ernst v. Mayr, 18505/II.

<sup>138</sup> zitiert nach ROZMAN, Baron Josef Schwegel, S. 256. Weitere Stationen von Mayrs diplomatischer Karriere, HHSTA, MdÄ, AR, F4 210, Ernst v. Mayr: 1879 Ernennung zum Botschafter in Washington (Signatur: F6-1-33), 1882 Ernennung zum Gesandten in Bukarest (F6-1-39).

genommen – weder international, noch national. Es gab auch nichts zu berichten, denn die Regierung in Wien hüllte sich in Bezug auf ihre Mission in Schweigen. So vermeldete die Wiener Zeitung, als einziges österreichisches Medium, lediglich in einem kleinen Absatz die Abreise des Botschaftsrates von Mayr zum Zwecke einer Erholungsreise nach Ägypten.<sup>139</sup> Seine Rückkehr am 14. Juni und seine Audienz beim Kaiser wenige Tage später am 19. Juni 1876 fanden dagegen nicht mehr nur bei der Wiener Zeitung eine Erwähnung, allerdings auch hier kein Hinweis auf den wahren Charakter seiner doch sehr langen „Erholungsreise“.<sup>140</sup>

Dagegen hatte die Entsendungen von Cave, Outrey und Scialoja eine intensive internationale Berichterstattung bewirkt, die sich auch in den österreichischen Medien wiederfindet. Verständlich, immerhin standen Frankreich, Großbritannien und Italien im Nordosten Afrikas – von Tunis bis zum Suezkanal – in einer offenen Konkurrenz und Rivalität um Einfluss in dieser Region zueinander. Anders als ihre „imperialen Kollegen“ strebte Österreich-Ungarn in Nordostafrika nicht nach kolonialen Besitzungen, was die Arbeit der habsburgischen Diplomaten naturgemäß erleichterte. Dennoch verfügte die Doppelmonarchie durchaus über eigene wirtschaftliche und strategische Interessen in diesem Raum und war als ein Teil des *Concert Européen* an vielen Ereignissen des „kollektiven europäischen Imperialismus“ indirekt, aber auch aktiv beteiligt.<sup>141</sup>

Damit stellt sich die Frage nach den Gründen dieser Geheimhaltung? Die im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich geringeren kolonialen Interessen seitens der Habsburgermonarchie hätten einen solchen Schritt nicht erforderlich gemacht, sie können also nicht die Erklärung sein. Im Gegenteil die Bekanntgabe des Zwecks der Mayr'schen Mission wäre in diesem Fall völlig unverfänglich gewesen. Viel wahrscheinlicher erscheinen dagegen die zwei folgenden Überlegungen: Erstens, dass Wien seine Ägypten-Initiative aus innenbeziehungsweise außenpolitischem Kalkül so diskret wie möglich halten wollte, um die österreich-ungarische Position in der Orientfrage und die Ambitionen am Balkan – speziell in Hinblick auf Bosnien-Herzegowina – nicht zu gefährden. Zweitens verfügte die Habsburgermonarchie, besonders aus der Zeit des Gründerbooms, über ein nicht zu

---

<sup>139</sup> „Kleine Chronik. Wien, 28. Jänner“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 29. Jänner 1876: S. 7. ANNO – AustriaN Newspapers Online, Österreichische Nationalbibliothek anno.onb.ac.at (18. April 2016).

<sup>140</sup> „Kleine Chronik. Wien, 14. Juni“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 15. Juni 1876: S. 2; oder: „Kleine Chronik. Wien, 14. Juni“ Neue Freie Presse [Wien, Österreich] 16. Juni 1876: S. 5. „Kleine Chronik. Wien, 19. Juni“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 20. Juni 1876: S. 2. ANNO – AustriaN Newspapers Online (18. April 2016).

<sup>141</sup> SAUER, k. u. k. Kolonial, S. 17-20.

vernachlässigendes ökonomisches Interesse im Osmanischen Reich und damit auch in Ägypten, welches am Ballhausplatz nicht einfach ignoriert werden konnte.<sup>142</sup>

In diesem Sinne wurde Wien in Hinblick auf die ägyptische Finanzfrage augenscheinlich weder von den europäischen Großmächten, noch von Ägypten, noch von dessen Suzerän, dem Sultan in Konstantinopel, als Bedrohung wahrgenommen. Im Gegenteil, sowohl die osmanische Regierung, als auch die Wiener hatten ein großes Interesse am *status quo*. Dies scheint auch zu erklären, wieso österreich-ungarische Diplomaten sehr gut über die Vorkommnisse in Kairo und Alexandrien informiert waren. Die habsburgischen Gesandten konnten sich in Ägypten scheinbar frei von jeglichem Misstrauen bewegen und erhielten aus erster Hand Einblick in die Geschehnisse in Ägypten. So pflegten der k. u. k. Generalkonsul Cischini und der Sondergesandte Mayr nicht nur enge Verbindungen zu ihren europäischen Konterparten, sondern genossen ein ebenso großes Ansehen bei der vizeköniglichen Regierung. Der Khedive und seine Minister höchstpersönlich versorgten die Vertreter des Kaisers mit den wichtigsten Details und Informationen zur Schuldenkrise und den Verhandlungen zwischen dem Vizekönig und den europäischen Mächten.

Auf diesen Weg fanden nicht nur Entwürfe von Verträgen, Plänen und Berichten, wie jenem von Cave, oft noch vor einer Publikation, sondern manchmal auch persönliche Schreiben des Khediven an Dritte oder persönlich ausgesprochene Meinungen des Herrschers ihren Weg in das Ministerium des Äußeren am Ballhausplatz. Ein solches persönliches Schriftstück war zum Beispiel ein Brief des Vizekönigs an eine Vertrauensperson in Paris, welcher die ersten Unterredungen zwischen Ismail und dem bei ihm in Ungnade gefallenen französischen Gesandten Outrey thematisierte. Der Khedive selbst informierte im Jänner 1876 den österreich-ungarischen Generalkonsul Ritter von Cischini über den Inhalt dieser Gespräche und veranlasste die Übermittlung einer Kopie des oben genannten vertraulichen Schreibens an den k. u. k. Diplomaten.<sup>143</sup> Bei anderen Gelegenheiten wiederum erhielt der Sondergesandte von Mayr Einblick in die Verhandlungen mit den Franzosen und Briten zur Konsolidierung der Staatsschulden. Der ägyptische Finanzminister – laut Bericht ein alter Bekannter – überließ Mayr nicht nur eine Abschrift des Präliminarvertrags mit der französischen Interessensgruppe, welcher die Etablierung einer Nationalbank beabsichtigte und in weiterer Folge die Errichtung einer internationalen Schuldenkommission bedingte, sondern nach Abnahme des Versprechens der Geheimhaltung auch eine Kopie des Cave'schen Missionsberichtes, welcher im Februar 1876 offiziell noch nicht der

---

<sup>142</sup> SAUER, k. u. k. Kolonial, S.

<sup>143</sup> HHSStA, MdÄ, AR, HP F34 S.R. Kt. 195 r13: HP 13-16/5-24.

Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden war.<sup>144</sup> Der ägyptische Vizekönig hatte sich lange gegen die Herausgabe von Teilen des Berichtes ausgesprochen, die die Untersuchung der gegenwärtigen Verwaltung und die Regierungszeit seines Vorgängers Said Pascha betrafen. Gegen die Publikation des rein finanziellen Teils des Berichtes habe er allerdings keine Einwände erhoben.<sup>145</sup> Anfang April gab der Khedive schließlich der britischen Regierung telegraphisch sein Einverständnis zur Veröffentlichung des gesamten *Cave Reports*.<sup>146</sup>

Gleichzeitig genehmigte Ismail allerdings auch die Publikation des Berichtes seines, aus Mayrs Sicht besonderen „Protegés“ Scialoja, der wie sein Kollege Cave die Konversion der auswärtigen Anleihen, der schwebenden Schuld und die Reduzierung des bisherigen Zinsfußes, hingegen bei längerer Amortisationsdauer der konvertierten neuen Schuld, vorgeschlagen habe. Leider war im österreichischen Staatsarchiv keine Kopie des Berichtes des italienischen Sondergesandten beigelegt.<sup>147</sup> Mayr interpretierte diesen Schritt der parallelen Veröffentlichung als eine Präsentation des guten Willens durch den Khediven, der damit beweisen wollte – egal wie groß die Opfer auch seien – die Verpflichtungen Ägyptens einzuhalten.<sup>148</sup>

Wie mit allen europäischen Sondergesandten hatten Ismail und sein Finanzminister auch mit Mayr sofort über die ägyptische Finanzlage gesprochen. Dabei äußerte der österreichische Diplomat seine Verwunderung über das britische Projekt zur Bereitstellung der ägyptischen Eisenbahnen für einen neuen Kredit. Denn der britische Sonderberater Cave habe während der ganzen Verhandlungen mit dem Leiter des britisch dominierten Finanzsyndikates Elliot nie ein Wort über die Involvierung der Eisenbahnen verloren, erst als der Khedive die Verhandlungen platzen ließ und sich der französischen Gruppe zuwandte. Mayr wunderte sich über diesen Vorschlag ganz besonders, da ein vergleichbares Projekt bereits etwas früher mit der Hohen Pforte ausverhandelt worden sei, welches allerdings in der britischen Finanzwelt auf wenig Gegenliebe gestoßen und sogar den türkischen Kredit empfindlich geschädigt hätte.

---

<sup>144</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F34 S.R. Kt. 177 r4: HP 4-20/3-6.

<sup>145</sup> „Kairo, 24. März“ Wiener Abendpost, Beilage der Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 27. März 1876: S. 4.

<sup>146</sup> „Telegraphische Cursberichte.“ Wiener Abendpost 1. April 1876: S. 3.

<sup>147</sup> Es bleibt daher unklar welche Amortisationsdauer Mayr hier zum Vergleich herangezogen hat, denn Cave habe insgesamt zwei Berichte verfasst, einmal mit 14 Jahren Amortisationsdauer und beim zweiten auf 50 Jahre erhöht. HHStA, MdÄ, AR, HP F34 S.R. Kt. 177 r4: HP 4-20/3-6: Mayr erwähnt hier einen ersten Bericht von Cave mit einer Amortisationsdauer von 14 Jahren; es dürfte sich hierbei um einen ersten Entwurf gehandelt haben. Die 50 Jahre Amortisationsdauer – also bis 1926 – entspricht den Angaben in HCPP, Egypt. No. 7 (1876). Report by Mr. Cave on the financial condition of Egypt, S. 11. Zur genauen Darstellung der italienischen Beteiligung an der *Caisse* müssten deshalb auch die Archive der anderen beteiligten Parteien in Rom, Paris, London und Kairo eingesehen werden.

<sup>148</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-7.

Für Mayr stellte sich daher in seinem Bericht an Wien die Frage, welche Beweggründe der offizielle Vertreter Großbritanniens für den Vorschlag einer solchen Maßnahme haben könnte: er mutmaßte, der Nachweis und die Notwendigkeit eines verhüllten Staatsbankrottes sollte den Khediven unter Druck setzen, damit dieser das Angebot Elliots annehme, hinter welchem die britische Regierung vermutet wurde. Allerdings gestand Mayr dem britischen Projekt durchaus eine bessere finanzielle Kondition zu als dem französischen Angebot.<sup>149</sup> Tatsächlich haben die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens sich bei mehreren Gelegenheiten versucht zu übervorteilen.

Wie ernst es dem Khedive mit der Konsolidierung der ägyptischen Schulden gewesen sei, versuchte Mayr in einem weiteren Bericht vom 19. Februar an Andrassy, im Zusammenhang mit der Errichtung der europäischen Kontrolle darzustellen. *„Der Khedive scheint diesmal den ganzen Ernst der gefährlichen Lage zu erkennen, in welche er sich durch seine Finanzwirtschaft versetzt hat, und in der That entschlossen, mit einer von Fehlern und Sünden reichen Vergangenheit zu brechen.“*<sup>150</sup> So habe Ismail gegenüber dem französischen Gesandten<sup>151</sup> und Mayr seine Leistungen in der Justizreform zu den Gemischten Gerichtshöfen als Garantie für die Bereitschaft zur Konsolidierung seiner – Ägyptens – Finanzen gegeben. Zudem versicherte er im Zuge der Gründung einer Nationalbank auf das Verfügungsrecht über das Einkommen des Landes zu Gunsten dieser Einrichtung verzichten zu wollen. Wie ernst es ihm damit war, sollte der Umstand beweisen, dass er einer europäischen Kontrolle durch die *Caisse de la Dette Publique* zugestimmt habe:

*« Le sais que j'abdique une partie de mes pouvoirs, mais il le faut. De même que par la réforme judiciaire j'ai tâché d'assurer au pays la distribution d'une bonne justice, il me reste à établir de l'ordre dans les finances du pays. Dans ce but je me suis dessaisi du droit de disposer des revenus du pays en faveur de la Banque nationale, laquelle de son côté ne pourra assigner les fonds que pour les dépenses prévues dans le budget. Le contrôle que j'ai accepté témoigne du sérieux de mes intentions. »*<sup>152</sup>

Mayr bezweifelte jedoch, dass sich die Geldgeber mit dem vom Khedive zugestandenen Maß an Kontrolle zufrieden geben würden. Wie sich später herausstellen sollte hatte der österreichische Gesandte mit dieser Einschätzung durchaus Recht. Denn wie bereits eingangs erläutert, gelang es Großbritannien und Frankreich im Zuge ihres Wettstreits nicht nur eine gemeinsame Kontrolle – wenn auch nur kurzfristig – zu etablieren, der so genannten *Dual*

<sup>149</sup> HHSStA, MdÄ, AR, HP F34 S.R. Kt. 177, r4: HP 4-20/3-6.

<sup>150</sup> HHSStA, MdÄ, AR, HP F34 S.R. Kt. 177, r4: HP 4-20/3-7.

<sup>151</sup> Um welchen französischen Gesandten es sich hier gehandelt hat, den Sondergesandten Outrey oder den regulären diplomatischen Vertreter Frankreichs, wurde an dieser Stelle nicht näher angegeben.

<sup>152</sup> HHSStA, MdÄ, AR, HP F34 S.R. Kt. 177, r4: HP 4-20/3-7.

*Control*, sondern zusammen mit Italien und Österreich-Ungarn auch den Zugriff auf die privaten vizeköniglichen Daira- und Domäne-Güter durchzusetzen.

Auch die Österreichische Kolonie sprach sich für eine Einsetzung einer internationalen Kommission zur Überwachung der ägyptischen Finanzverwaltung aus, ebenso wie die Vertreter der italienischen, französischen und griechischen Kolonien. Zudem plädierten sie für eine Beteiligung des österreich-ungarischen Wirtschaftstreibenden in Alexandrien, damit diese ihre Interessen wahren konnten. Unter der Federführung der Direktoren der Banque Indo-Egyptienne und der Banque Austro-Egyptienne überreichten einige Vertreter dem österreichischen Generalkonsul Cischini eine entsprechende Petition.<sup>153</sup>

War Mayr kurz nach seiner Ankunft noch überzeugt der Khedive würde den „Ernst der Lage“ erkennen, so musste er zwei Monate später seine Ansicht revidieren:

*„Je länger ich hier weile, je tieferer Einblick in die Verhältnisse des Landes mir geboten wird, desto mehr drängt sich mir die Überzeugung auf, dass jede, und wäre es auch die ingenioseste – finanzielle Combination dem Lande nur über die Schwierigkeiten des Augenblicks hinüberzuhelfen geeignet ist, während sie tatsächlich durch die unvermeidlichen neuen Lasten, die Zukunft nur noch trüber gestaltet.“*<sup>154</sup>

Der österreichische Diplomat sah besonders im unfairen Steuerwesen und dem fehlenden Willen zu Reformen in der Administration die schwerwiegendsten Probleme, die das Land „*unrettbar seinem Ruin*“ entgegen gehen lassen würden. Er kritisierte nicht nur die Willkür mit der die Beamten die Steuern von den Fellachen einhoben, sondern auch das Fehlen jeglicher Rechtssicherheit für die Menschen, deren Leistungen von der Regierung nicht einmal gut geschrieben wurden. Um es mit seinen Worten zu beschreiben, wenn immer die ägyptische Regierung Geld brauchte, sei es regelrecht aus der ackerbautreibenden Bevölkerung heraus gepresst und ihr Vermögen rücksichtslos gepfändet worden. Allerdings berichtete Mayr auch von regionalen Unterschieden bei der Intensität der Steuerbelastung. Denn je besser eine Region durch die Eisenbahn erschlossen und dadurch eine höhere Präsenz von Europäern gegeben war, desto niedriger fielen die Belastungen aus. In den anderen Landesteilen verarmten die Fellachen jedoch zunehmend, wodurch ihre Felder Großteils unbestellt blieben, die Viehbestände gewissermaßen verschwunden waren und sich die Bevölkerung auf der Flucht vor den Steuern befand. Aufgrund dieses düsteren Bildes nahm

---

<sup>153</sup> HHSTA, MdÄ, AR, HP, F 34 S.R., Kt. 177 r4, 4-20/3-23.

<sup>154</sup> HHSTA, MdÄ, AR, HP, F 34 S.R., Kt. 177 r4, 4-20/3-18.

der österreichische Diplomat für die neu annektierten Gebiete im Sudan noch schlimmeres an.<sup>155</sup>

In Mayrs Augen konnte Ägypten nur durch ein strenges Durchgreifen auf den Weg des Wohlstandes gebracht werden. Zu diesem Zweck empfahl er seiner Regierung einen acht Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog:

1. *Vollständige Trennung der Daira von den Staatsfinanzen.*
2. *Organisation des Finanzwesens nach europäischem Muster durch Fachmänner. Einführung des Systems reisender Finanzinspektoren zur Kontrolle der Finanzverwaltung in den Provinzen.*
3. *Reform der Bodensteuer in dem Sinne einer gleichen Heranziehung der dem Vizekönige, den Prinzen und Großgrundbesitzern gehörigen Ländereien – dieselben zahlen gegenwärtig beiläufig 1/3 der dem Boden der Fellah aufgelegten Lasten. Die Durchführung dieser Maßregel würde dem öffentlichen Schatze alleine 1 Million Pfund Sterling mehr jährlich einbringen.*
4. *Beschränkung des Frohndienstes auf die ausschließlich im Staatsinteresse gebotenen Arbeiten für Bewässerung, Reinigung und Erhaltung der Nilcanäle.*
5. *Purification und Reduction des Beamtenpersonals.*
6. *Einstellung allen Luxus und jener öffentlichen Arbeiten, die nicht durch ein dringendes Bedürfnis gerechtfertigt sind.*
7. *Strenge Sparsamkeit in allen Zweigen der Verwaltung, namentlich bei den Eisenbahnen, die bedeutend höhere Erträgnisse, wie die gegenwärtigen zu geben im Stande sind.*
8. *Gänzlicher Bruch mit dem bisherigen System des Anleihen und Schuldenmachens zu wucherischen Zinsen.*<sup>156</sup>

Im Grunde gab er damit nur die Einschätzung seiner europäischen Pendants wieder, denn Mayrs Liste war in vielen Bereichen nur eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des *Cave Report*. Auch der britische Sonderberater spricht dort von einem drohenden Ruin des Landes und von gewaltigen Ausgaben, die durch eine allzu hastige und rücksichtslose Adoption der westlichen Zivilisation hervorgerufen wurde.<sup>157</sup> Ein Umstand den in Europa allerdings jahrzehntelang niemanden zu stören schien, erst als die Spekulationsblase 1876 platzte und die Großmächte gezwungen wurden im Interesse ihrer Gläubiger aktiv zu werden.

---

<sup>155</sup> HHSTA, MdÄ, AR, HP, F 34 S.R., Kt. 177 r4, 4-20/3-18.

<sup>156</sup> zitiert nach: HHSTA, MdÄ, AR, HP, F 34 S.R., Kt. 177 r4, 4-20/3-18.

<sup>157</sup> Egypt. No. 7 (1876).

### III. 2. Im Auftrag seiner k. u. k. Majestät

Im Gegensatz zu den Missionen von Cave, Ouetry und Scialoja erfolgte die Entsendung von Mayr im Frühjahr 1876 ursprünglich nicht in der Absicht zur Untersuchung der ägyptischen Finanzlage zum Zwecke einer Lösung der Schuldenkrise des Landes, sondern um beim Khediven auszuloten welchen Beitrag dieser beim Ausbau der rumelischen Bahnen, als Teil einer Maßnahme zur Förderung der türkischen Wirtschaft, zu leisten im Stande gewesen wäre.<sup>158</sup> Bedingt durch die intensiven politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich am Balkan hatte im Oktober 1875 die einseitige Erklärung des Sultans zur Suspendierung des halben osmanischen Schuldendienstes den Ballhausplatz in Alarm versetzt. Gewiss befürchtete die Regierung in Wien im Falle eines finanziellen Kollapses der Hohen Pforte negative politische und wirtschaftliche Rückkopplungen für die Habsburgermonarchie. Einerseits bedrohten nationale Bewegungen der slawischen Völker, auf beiden Seiten der gemeinsamen Landgrenze, nicht nur das Osmanische Reich, sondern auch Österreich-Ungarn. Die Erwägung eines Zusammenbruches der Autorität der Hohen Pforte im Zuge eines türkischen Staatsbankrott war daher eine ernstzunehmende Komplikation, die in Anbetracht der Balkankrise von 1875/76<sup>159</sup> als umso wahrscheinlicher erscheinen musste. Andererseits hatte sich die Habsburgermonarchie zur Steigerung seines wirtschaftlichen und politischen Einflusses am Balkan in hohem Grade am Ausbau der rumelischen Eisenbahnstrecken beteiligt. Die Geldnot des Sultans brachte nun auch diese Projekte in Gefahr.<sup>160</sup>

Österreichische Investoren zählten zu den Hauptanlegern in zwei von drei osmanischen Anleihen von 1870 bis 1872.<sup>161</sup> Die Auflage der ersten dieser Anleihen erfolgte in zwei Tranchen 1870 und 1872 unter dem Namen *Lottery Loan* oder *Emprunt à primes Lots turcs*, im deutschen Sprachraum auch bekannt als „Türkenlose“<sup>162</sup>, und wurde von Baron von Hirschs Eisenbahnunternehmen *Société Impériale des Chemins de Fer de la Turquie*

---

<sup>158</sup> HHSTA, MdÄ, AR, HP, F 34 S.R., Kt. 177 r4, 4-20/3-5.

<sup>159</sup> BRIDGE Francis Roy, *Österreich (-Ungarn) unter den Großmächten*. In: WANDRUSZKA Adam, URBANITSCH Peter, *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Band VI/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen* (Wien 1989), S. 196-373, hier S. 249-254. VOCELKA Karl, *Das Osmanische Reich und die Habsburgermonarchie 1848 – 1918*, in: WANDRUSZKA Adam, URBANITSCH Peter, *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Band VI/2: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen* (Wien 1989), S. 247-278, hier S. 256-258.

<sup>160</sup> CLAY, Gold for the Sultan, S. 235.

<sup>161</sup> PAMUK Şevket. *The Ottoman Empire and European Capitalism, 1820 – 1913. Trade, investment and production* (Cambridge u.a., 1987), S. 74, Table 4.4.

<sup>162</sup> GRUNWALD Kurt. *Türkenhirsch. A Study of Baron Maurice de Hirsch Entrepreneur and Philanthropist* (Jerusalem, 1966), S. 37.

*d'Europe* mit Hilfe eines Syndikates aus namhaften europäischen Bankhäusern emittiert.<sup>163</sup> Zu den teilnehmenden Banken an diesem multinationalen Syndikat aus französischen, deutschen und österreichischen Finanzinstitutionen zählten die Anglo-Österreichische Bank, der Wiener Bankverein und das Bankhaus Max Springer.<sup>164</sup> Mit einem nominellen Gesamtvolumen von 31.6 Millionen Pfund Sterling, einer nominellen Verzinsung von 3 % und einer Laufzeit von 105 Jahren, war diese Anleihe nicht nur eine der größten sondern auch die am längsten laufende Anleihe des Osmanischen Reiches. Als Sicherheit diente lediglich ein generelles Versprechen der osmanischen Regierung.<sup>165</sup> Die Ausgabe der ersten Tranche erfolgte zuerst an der Wiener Börse. Allerdings nicht gänzlich ohne Widerstand, denn der österreichische Finanzminister Baron von Brestel soll vehement gegen eine Kotierung opponiert haben.<sup>166</sup> Mit seinem Widerstand war der Finanzminister nicht alleine, auch in London und Paris rief der Lotterie Charakter der Anleihe einige bedenken hervor. Doch im Gegensatz zu Wien hatten die *London Stock Exchange* und die Pariser *bourse* den Handel der Lotterielose wirklich verboten.<sup>167</sup> In Österreich ermöglichte dagegen das Einschreiten des Reichskanzlers von Beust, der selbst ein starker Verfechter des Eisenbahnprojekts am Balkan war, die Zulassung der Anleihe an der Börse. Sie wurde schließlich ein voller Erfolg. Als später Beust in Wien in Ungnade fiel, verbreitete sich das Gerücht, er habe für diesen Dienst von Hirsch 800,000 Francs erhalten. Insgesamt wurde der Handel der Anleihe an 28 europäischen Finanzplätzen erlaubt, mit Ausnahme von London und Paris. Weniger erfolgreich war hingegen die zweite Tranche, die auf Grund der schlechten Wirtschaftslage und des Börsenkrachs von 1873 nicht mehr vollständig verkauft werden konnte.<sup>168</sup>

Die zweite realisierte Anleihe mit Österreich-Bezug waren die Schatzanweisung (*Treasury Bonds*) von 1872, auch *Tubini Bonds* genannt, mit einem Grundkapital von 11,126,200 Pfund Sterling, einem Nominalzinssatz von 9 % und einer Amortisierung von 4, 5

---

<sup>163</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, Appendix 1, S. 568f. GRUNWALD, *Türkenhirsch*, S. 37.

<sup>164</sup> GRUNWALD, *Türkenhirsch*, S. 37: Im Falle der genauen Beteiligung des Wiener Bankvereins und des Bankhauses Max Springer seien sich laut Grunwald die Autoren der bei ihm verwendeten Werke, BOUVIER Jean. *Le Crédit Lyonnais, 1863-1882*. 2 vols. (Paris, 1963) und VELAY A. du, *Les Finances de la Turquie* (Paris, 1903), nicht gänzlich einig gewesen. So erwähnt du Velay nur Max Springer und Bouvier, in seiner viel kürzeren und weniger detaillierten Auflistung nur den Wiener Bankverein. Weitere Bankhäuser: Société Générale, Crédit Général Ottomane, Banque de Crédit et de Dépôts des Pays Bas, F. A. Seillière, Sulzbach, Goldschmidt & Co, Sal. Oppenheim, Albertis & Co und Emile Erlanger & Cie.

<sup>165</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, S. 568-571, Appendix 1 und 2.

<sup>166</sup> GRUNWALD, *Türkenhirsch*, S. 37.

<sup>167</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, S. 200, 203.

<sup>168</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, S. 193-204. GRUNWALD, *Türkenhirsch*, S. 30, 37f. Zum Gerücht der Bestechung von Beust, siehe auch: BENEDIKT Heinrich, *Die wirtschaftliche Entwicklung in der Franz-Joseph-Zeit* (Wien u.a., 1958), S. 121.

und 6 Jahren.<sup>169</sup> Das österreichische Interesse an diesem Geschäft war enorm. Zu den wichtigsten beteiligten Bankhäusern zählten *Morpurgo et Parento* in Triest<sup>170</sup>, sowie die beiden austro-osmanischen Banken – die *Banque Austro-Ottomane* und die *Crédit Austro-Turque*<sup>171</sup> konkurrierten in diesem Fall jedoch. Sie erhofften sich mit ihren jeweiligen Syndikaten den ganz großen Deal an Land zu ziehen. Als Sicherheiten strebten die beteiligten Kreditinstitute vergeblich die Einnahmen aus der Tabak *régie*<sup>172</sup> an. Am Ende mussten sie sich bei den Sicherheiten mit Zehent-Einnahmen und einer Schaf-Steuer in verschiedenen Provinzen zufrieden geben.<sup>173</sup> Wie fixiert Österreich-Ungarn auf die Tabakverwaltung als Teillösung der osmanischen Schuldenkrise war zeigte sich wenige Jahre später, als der Sondergesandte Mayr für die Wiener Regierung 1876, die Möglichkeiten des Khediven zur Unterstützung der Hohen Pforte, im Gegenzug zur Kontrolle über die syrische Tabak *régie*, ausloten sollte. Es konnte allerdings nur eine Bankengruppe als Sieger aus diesem Wettstreit hervorgehen. Die Konkurrenz der österreichischen Banken hätte dem Großwesir sicherlich noch den einen oder anderen Vorteil bringen können, vor allem da einige Mitglieder des Ministerrates für eine langfristige und höhere Anleihe optierten. Der osmanische Regierungschef entschied sich jedoch – vielleicht auch um etwaige weitere Absprachen zwischen den Konsortien zu verhindern – für das Syndikat *Crédit Général Ottomane/ Banque Austro-Ottomane*, mit niedriger Laufzeit und niedrigerem Grundkapital. Viel wichtiger für die Entscheidung dürfte allerdings die mit 10 % bedeutend niedrigeren Kosten für die Bedienung des Kredits, sowie der, in der Geschichte der osmanischen Anleihen bis 1875, beste jemals erzielte *credit spread* gewesen sein (bei einem Vertragspreis von 90 pro *bond*, gelang dem Konsortium der Verkauf auf den Märkten zu 98 ½).<sup>174</sup>

Eine dritte Anleihe unter großer österreichischer Beteiligung in der Höhe von 50 Millionen Türkischen Pfund – ebenfalls den Eisenbahnbau betreffend – wurde als *Railway Loan* 1873 mit der *Banque Impériale Ottomane*, der *Crédit Général Ottoman* und der *Banque Austro-Ottomane* vereinbart, allerdings nicht mehr realisiert.<sup>175</sup> Der Zusammenbruch des Wiener Aktienmarktes, auch bekannt als Gründerkrise, versetzte den Anleihen- und Eisenbahnplänen einen empfindlichen Rückschlag. Mit dem Börsencrash standen plötzlich

---

<sup>169</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, S. 568-571, Appendix 1 und 2.

<sup>170</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, S. 171.

<sup>171</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, S. 189f.

<sup>172</sup> Régie bezeichnet hier eine Administration, ein Verwaltungsorgan.

<sup>173</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, S. 171-178, 568-571, Appendix 1 und 2.

<sup>174</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, S. 175f, 165-178, 213-228, 600 Anm. 119.

<sup>175</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, Appendix 1, S. 568f.

nicht nur zahlreiche österreich-ungarischen Banken vor dem Abgrund, sondern er traf besonders auch klein- und mittelständische Sparer und Anleger sehr hart.<sup>176</sup>

Alleine in Wien waren zwischen 1868 und 1873, 70 neue Banken gegründet worden.<sup>177</sup> Der so genannte Gründerboom begünstigte durch seine liberale Wirtschaftspolitik die Gründung zahlreicher Aktiengesellschaften – in Deutschland mehr als 900 zwischen 1871 und 1873<sup>178</sup> – und damit auch die Spekulation. Ein besonders beliebtes Spekulationsobjekt waren neben Immobilien die vielen weltweiten Eisenbahnprojekte, deren Finanzierung in den frühen 1870er Jahren, primär über Anleihen und nicht durch große Einzahlungen der Aktionäre erfolgte. Dieses System funktionierte allerdings nur so lange der Boom anhielt und die Kurse stiegen. Als man schließlich durch steigende Betriebs- und Baukosten gezwungen war von seinen Anlegern das gezeichnete Kapital einzufordern, waren Panikverkäufe und einbrechende Börsen die Folge.<sup>179</sup> In Österreich-Ungarn befeuerte zusätzlich der Bau der Wiener Ringstraße und die Planung für die Wiener Weltausstellung 1873 die Spekulation, die sich quer durch alle Bevölkerungsschichten zog. Verführt von den Verlockungen großer Gewinne hatten auch viele aus der Schicht des „kleinen Mannes“ allzu großzügig ihr Ersparnis und ihre Pensionen in Aktien investiert. Der Slogan „*Enrichissez vous!*“ war Programm.<sup>180</sup>

Bei Wiederaufnahme des osmanischen Schuldendienstes durch die Hohe Pforte 1881 hielten österreichische Gläubiger mit 6 %, immerhin 7.9 Millionen Pfund Sterling an der noch ausstehenden – wenn auch bereits stark reduzierten – Gesamtschuld von 131 Millionen Pfund Sterling. Österreich-Ungarn zählte damit 1881 zu den vier größten Gläubigernationen des Osmanischen Reiches, nach Frankreich (34.3 %), Großbritannien (33.2 %) und Deutschland (8.3 %). Den geringsten Anteil der europäischen Großmächte an den Schulden der Hohen Pforte hatte in diesem Jahr weit abgeschlagen mit 4.1 % das Königreich Italien.<sup>181</sup> Da im Oktober 1875 der Sultan in Konstantinopel, bis zur Einigung mit den Gläubigern im Dezember 1881, den Schuldendienst suspendiert hatte und die Schuldenlast in Folge des *Muharrem Dekretes* um 106.4 Millionen Türkische Pfund reduziert wurde, erscheint es unter Berücksichtigung der österreich-ungarischen Hauptanteile an den beiden Anleihen von 1870 –

---

<sup>176</sup> PLUMPE Werner, *Wirtschaftskrisen: Geschichte und Gegenwart* (München, 2011), S. 62-69. JUDSON Pieter M., *The Habsburg Empire* (Cambridge, London, 2016), S. 220, 232f

<sup>177</sup> GERDING Erik F., *Law, Bubbles, and Financial Regulation* (London, 2014), S. 82.

<sup>178</sup> PLUMPE, *Wirtschaftskrisen*, S. 63.

<sup>179</sup> PLUMPE, *Wirtschaftskrisen*, S. 64.

<sup>180</sup> VOCELKA Karl, *Geschichte Österreichs. Kultur-Gesellschaft-Politik* 4. Auflage (München, 2006), S. 219f.

<sup>181</sup> PAMUK, *Ottoman Empire and European Capitalism*, S. 75, Table 4.5.

72 beziehungsweise der starken Interessen am Balkan glaubhaft, dass der ursprüngliche Anteil habsburgischer Gläubiger in den Krisenjahren 1875/76 durchaus noch höher lag.

Wenig überraschend avancierte die Habsburgermonarchie infolgedessen zu einem Hauptbefürworter einer Kontrolle der osmanischen Finanzen durch die europäischen Gläubiger.<sup>182</sup> Schließlich galt es auch das Vermögen des Mittelstandes zu schützen, der besonders stark in die *Treasury Bonds* von 1872 involviert war.<sup>183</sup> Im November 1875 schrieb der Chef der handelspolitischen Sektion im Ministerium des Äußeren, Joseph Freiherr von Schwegel, in seinem sehr ausführlichen Exposé zur türkischen Finanzfrage:

*„Die Folgen einer andauernden finanziellen Misere in Constantinopel treffen uns empfindlich. Die Eisenbahnen sind ohne Inanspruchnahme des Credits nicht auszubauen. [...] Nur wenn diese Consolidierung [der türkischen Finanzen] unter unserer Mitwirkung erfolgt, können wir daraus einen entsprechenden Nutzen ziehen.“*<sup>184</sup>

Damit die Konsolidierung der Finanzen allerdings durchgeführt werden konnte bedurfte es der Auflage neuer Anleihen durch die Hohe Pforte. Hier kommen nun der Khedive und der österreichische Sondergesandte Mayr ins Spiel. Denn Schwegel wollte den ägyptischen Vizekönig nicht nur für eine Beteiligung zur Wiederherstellung der türkischen Kreditwürdigkeit, welche er durch die Reorganisation der *Imperial Ottoman Bank*, sowie durch die Verpachtung der Zolleinnahmen und des Tabakmonopols – der Tabak *régie* – des Osmanischen Reiches erreichen wollte, sondern auch für die Finanzierung der von Österreich-Ungarn forcierten rumelischen Eisenbahnen gewinnen. Der Chef der handelspolitischen Sektion spekulierte mit einem besonderen Interesse Ismails an der *Imperial Ottoman Bank*, da er an diese jährlich den ägyptischen Tribut abzuführen hätte.<sup>185</sup>

Wie bereits erwähnt hatte der Börsenkrach von 1873 beziehungsweise der damit verbundene Rückzug der österreichischen Banken und Anleger empfindliche Auswirkungen auf das Eisenbahngeschäft am Balkan. Der Ausbau, der für die Habsburgermonarchie wichtigen Bahnverbindung von Wien nach Konstantinopel, geriet ins Stocken. Um dennoch das Projekt wie geplant durchführen zu können, begab sich der Initiator, Unternehmer und Bankier Baron Hirsch auf die Suche nach neuen Unterstützern. Er entschloss sich an den Khediven von Ägypten zu wenden. Hirsch wusste offensichtlich über die finanziellen Schwierigkeiten Ismails bescheid und machte ihm ein Angebot für eine kurzfristige Schatzanweisung in der Höhe von 30 Millionen Francs zu fünf Prozent, mit einer Laufzeit

<sup>182</sup> CLAY, *Gold for the Sultan*, S. 235.

<sup>183</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F4 210, Ernst v. Mayr, F6-1-37, 16476.

<sup>184</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, 176 r.4, HP 4-20/1-33, p. 3v.

<sup>185</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, 176 r.4, HP 4-20/1-33, p. 8r und 9v.

von sechs Monaten. Als Sicherheit sollten die Gründeranteile des Vizekönigs an der Suezkanalgesellschaft dienen. Mit seinem Angebot erhoffte sich Hirsch Ismail als Führungssprecher für sein Eisenbahnprojekt bei der Hohen Pforte zu gewinnen.<sup>186</sup>

Wie aus einem Bericht des österreichischen Sondergesandten Mayr hervorgeht, zeigte sich der Khedive von Hirschs Vorschlag wenig begeistert. Zudem drängte sich der Baron Ismail förmlich auf. Denn als dieser nicht auf sein erstes Telegramm reagierte, wandte sich Hirsch an den Herzog von Grammont, damit dieser über den Vater des Privatsekretärs des Vizekönigs Barrot Bey, Ferdinand Barrot, das Angebot erneuerte. Dieser Schritt veranlasste Ismail schließlich das Angebot dankend abzulehnen. Gegenüber Mayr erklärte der Khedive im Februar 1876:

*„Il paraît que le baron qui travaille beaucoup avec de l'argent et ne me connaît pas s'est mépris sur mon compte. Je n'ai pas répondu à ce télégramme. A ce qu'il paraît mon silence l'a étonné et il s'est adressé au Duc de Grammont je crois pour prier M. Ferdinand Barrot le père de mon secrétaire particulier de me renouveler son offre. Je l'ai fait remercier en lui observant que j'avais déjà trouvé l'argent nécessaire pour faire face à mes engagements. De nos temps rien ne reste secret, à Constantinople on aurait bien vite tout su et j'aurais (en) l'air d'avoir vendu mon appui pour 9% car l'argent qu'il m'a offert à 5%, je l'ai emprunté à 14%. Ceci ne pouvait me convenir. Je ne lui en garde pas rancune et cet incident ne m'empêchera pas de travailler avec vous à la solution des questions des chemins de fer.“<sup>187</sup>*

Doch warum bemühten der Baron, und 1876 die österreich-ungarische Regierung, den ägyptischen Herrscher um eine Beteiligung an einem österreichischen Eisenbahnprojekt? Eine mögliche Erklärung könnte die hohe Bereitschaft Ismails zu Infrastrukturprojekten liefern, immerhin finanzierten die Vizekönige von Ägypten den Bau des Suezkanals, sowie die Eisenbahnlinien im eigenen Land. Darüberhinaus hatten der Khedive und seine Familie – sein Bruder Mustafa Fazil Pascha war zweimal osmanischer Finanzminister<sup>188</sup> – engste Verbindungen nach Konstantinopel und es war nicht selten, dass der Herrscher von Ägypten seinem Suzerän den Sultan militärisch oder finanziell unterstützte. Das nun Schwegel diese Idee 1876 zum Anlass einer geheimen Mission machte und sogar noch einen Schritt weiter ging, in dem er nun den Khediven auch als Finanzier gewinnen wollte, kam sicherlich nicht von ungefähr. Einerseits verfügte Hirsch über beste Kontakte in den höchsten politischen Kreisen der Habsburgermonarchie. So erschien er am Berliner Kongress nicht nur zusammen

---

<sup>186</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, 177, r.4, HP 4-20/3-12.

<sup>187</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, 177, r.4, HP 4-20/3-12.

<sup>188</sup> 1863-64 und 1870-71, CLAY, Gold for the Sultan, S. 165.

mit dem österreichischen Herrenhaus Mitglied Altgraf Franz von Salm-Reifferscheid<sup>189</sup>, zu diesem Zeitpunkt designierter Präsident der Türkisch-Rumelischen Eisenbahn, sondern unterhielt auch engen Kontakt zu Graf Andrassy, der sich erfolgreich für Hirsch und die Eisenbahnen einsetzte.<sup>190</sup> Andererseits hatte Schwegel selbst durch die Beteiligungen an der Verwaltung der Austro-Ägyptischen Bank und der Austro-Ottomanischen Bank, an der er auf Wunsch und Ermächtigung der österreichischen Regierung teilnahm, um die Interessen des Staates zu vertreten, nicht nur ein staatliches, sondern auch ein persönliches Interesse an den Schuldenkrisen in Konstantinopel und Kairo.<sup>191</sup>

Als Gegenleistung für ein ägyptisches Engagement in der Eisenbahnfrage boten die Wiener Diplomaten dem Khediven im speziellen die Ausbeutung und Teilnahme am Tabakmonopol in Syrien an.<sup>192</sup> Anscheinend dachte man im Ministerium des Äußeren, der Vizekönig sei wie sein Vorfahre Muhammed Ali Pascha weiterhin an Syrien interessiert. Österreich-Ungarische Diplomaten waren also 35 Jahre nach der militärischen Intervention, die unter anglo-österreichischer Führung 1841 Muhammed Ali zum Rückzug aus Syrien und Palästina gezwungen hatte, bereit, Ägypten nun doch in gewisser Weise Zugang zu diesen Provinzen zu ermöglichen.

Allerdings reagierte Ismail nicht, wie am Ballhausplatz erhofft, auf das Syrien Angebot. Einerseits lehnte der Khedive eine aktive Beteiligung an der Administration des Tabakmonopols ab, mit der Begründung er könne keine ägyptischen Beamte für das von Schwegel angestrebte Konsortium erübrigen. Er ließ durchblicken, selbst die begrenzten ägyptischen Personalressourcen zur Errichtung einer vergleichbaren Gesellschaft nach dem Vorbild der „*società cointeressata*“ nutzen zu wollen.<sup>193</sup> Ismail bezieht sich hier allem Anschein nach auf die 1868 in Italien gegründete „*società anonima italiana per la regia*

---

<sup>189</sup> „*Mitglieder des Herrenhauses.*“, stand 22. April 1885 in: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Herrenhauses des österreichischen Reichsrathes in den Jahren 1879 bis 1885, IX. Session, II. Band – 61. bis 109. Sitzung (Wien, 1885), Index S. 161-165, online unter: ALEX – Historische Rechts- und Gesetzestexte Online, Österreichische Nationalbibliothek alex.onb.ac.at (22. August 2016), hier S. 161.

<sup>190</sup> GRUNWALD, Türkenhirsch, S. 54f.

<sup>191</sup> ROZMAN, Baron Josef Schwegel, S. 267. Einen genaueren Aufschluss über diese Angelegenheit könnten Akten oder Vorabkorrespondenzen zur Vorbesprechung der geheimen diplomatischen Mission des Botschaftsrates Mayr in Wien liefern – sofern es Material dazu gibt. HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 177 r.4, HP 4-20/3-12. Mayr erwähnt hier eine Vorbesprechung in Wien; eine nähere Recherche war allerdings im Zuge dieser Arbeit nicht möglich.

<sup>192</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 176 r.4, HP 4-20/1-33, p. 8r und 9v.

<sup>193</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 177 r.4, HP 4-20/3-12.

*cointeressata dei tabacchi*<sup>194</sup>, von deren Organisation er sehr wahrscheinlich durch seinen italienischen Berater Scialoja erfahren hat.

Andererseits zeigte sich der Khedive durch die europäischen Unterstellungen gekränkt, er würde nach der Herrschaft in Syrien streben. Mayr berichtete in diesem Zusammenhang, „*dass alle mehr oder minder verhüllten Anspielungen auf Syrien sowie etwaige territoriale Vergrößerungen, die die Lösung der orientalischen Frage eventuell mit sich bringen könnten, eine sehr kühle Aufnahme fanden.*“<sup>195</sup> Ausgerechnet vom österreichischen Botschafter in London Graf Beust – dem ehemaligen Staatskanzler – soll dabei eine besondere Kränkung ausgegangen sein. So habe Ismail von einem Freund von Beusts heftiger Kritik am Verkauf der Suezkanalaktien an die britische Regierung erfahren. Der österreichische Botschafter schien bei dieser Gelegenheit nicht besonders diplomatisch vorgegangen zu sein, denn er beschuldigte den Vizekönig der „Falschheit“, des „Wankelmuts“ und des „maßlosen Ehrgeizes“, und dass er in Syrien offen nach der Herrschaft strebe. Ismail versicherte dem österreichischen Sondergesandte Mayr, dass er keine diesbezüglichen Ambitionen hege. Zwar habe er bei seiner letzten Reise<sup>196</sup> nach Konstantinopel vom Sultan ein Angebot zur Übernahme der Verwaltung Syriens erhalten, mit den gleichen Rechten und Pflichten wie er sie in Ägypten bereits besaß, allerdings hätte er es mit dem Hinweis abgelehnt, keine Doppelbelastung tragen zu können. Als der Sultan das Angebot wenig später erneuerte, zog Ismail seine beiden Minister Cherif Pascha und Nubar Pascha ins Vertrauen. Während ihm Cherif bestätigte, das Angebot lieber abzulehnen, riet Nubar dagegen, es anzunehmen. Der Vizekönig mutmaßte, Nubar wollte zu diesem Zeitpunkt selbst die Statthalterschaft in Syrien übernehmen. Der Khedive lehnte jedoch erneut ab und informierte sicherheitshalber auch die britische Regierung, dass er keine über Afrika – vor allem im Sudan und Abessinien – hinausgehenden Ambitionen anstrebte:

*„Vous reconnaitrez donc avec moi qu’il est bien puéril de me prêter des envies (vous) ambitieuses sur la Syrie après ce que je viens de vous confier. Il me reste encore beaucoup à faire dans mon propre pays qui s’est aggrandi dans les derniers temps, pourrai(ez) que mes forces et mes ressources suffisent à cette tâche. Dans tous les cas soyez persuadé que mon ambition ne s’étend pas au delà de d’Afrique.“*<sup>197</sup>

---

<sup>194</sup> Für das entsprechende Gesetz zur italienischen *società cointeressata* siehe: „*Cessione del monopolio sulla fabbricazione dei tabacchi*“, SBA Sistema Bibliotecario di Ateneo, Università Degli Studi Firenze (2012), online unter: <http://www.sba.unifi.it/CMpro-v-p-578.html> (6. August 2016).

<sup>195</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 177 r.4, HP 4-20/3-12.

<sup>196</sup> Laut dem Dokument HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 177 r.4, HP 4-20/3-15 war die letzte Reise des Khediven nach Konstantinopel bereits drei Jahre her, sie fand also 1873 statt.

<sup>197</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 177 r.4, HP 4-20/3-12.

Mayr sah sich im Zuge der Unterredung mit Ismail bestätigt, mit seinen bereits in der Vorbesprechung in Wien geäußerten Bedenken, die Syrien Frage könnte ein heikler Punkt in den Verhandlungen mit dem Khediven werden, richtig gelegen zu sein. Die Äußerungen des Grafen Beust, vor allem aber das eigenmächtige Handeln des Bankiers und Eisenbahnmagnaten Baron Hirsch hätten der Eisenbahnfrage „entschieden geschadet“. In Bezug auf Beust versicherte der Khedive allerdings, dass er überzeugt sei, die k. u. k. Regierung teile die Ansicht seines Botschafters in London nicht.<sup>198</sup>

Obwohl Ismail selbst mit empfindlichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, signalisierte er gegenüber Mayr zunächst grundsätzlich seine Bereitwilligkeit zur Unterstützung bei der Eisenbahnfrage und den Finanzproblemen der Hohen Pforte.<sup>199</sup> Da der Vizekönig allerdings keine Versprechungen abgeben wollte, die er vielleicht nicht zu halten im Stande gewesen wäre, gab er seinem Vertreter in Konstantinopel Talaat Pascha den Auftrag beim Sultan in Erfahrung zu bringen, wie dieser zu den Plänen zur Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit stünde. In einem Gespräch mit Mayr ließ der Khedive durchblicken, dass er in dieser Angelegenheit nur einen Erfolg sehe, wenn man in Bezug auf die türkischen Staatsschulden die Agenden des Sultans übernehme: „[...] *si on faisait la part du Sultan. Il faudrait lui faire entrevoir qu'on lui arrangerait l'affaire de ses consolidés ou quelque chose dans ce genre, si vous voulez réussir.*“<sup>200</sup>

Im März 1876 erreichte Ismail und Mayr aus Konstantinopel allerdings eine für die österreichischen Pläne alles andere als vielversprechende Antwort Talaats. Der Vertraute des Khediven schätzte die Lage in der Hauptstadt als wenig günstig ein. Zwar gab es durchaus einige Projekte zur Wiederherstellung der türkischen Kreditwürdigkeit, der Hohen Pforte würde allerdings die Zeit zur Prüfung fehlen. Talaat zeichnet in seinen Schilderungen ein düsteres Bild von den Geschehnissen in Konstantinopel. So berichtete er von einer durch Intrigen gelähmten Regierung, deren Auflösungsprozess wohl bald das Einschreiten der Mächte zur Folge haben würde. Aufgrund der ungünstigen Bedingungen in der Hauptstadt des Osmanischen Reiches, welche die Gründung von Konsortien zur Verpachtung der Zölle und des Tabakmonopols immer unwahrscheinlicher erscheinen ließen, erbat sich der österreich-ungarische Sondergesandte Instruktionen für die weitere Vorgehensweise.<sup>201</sup>

---

<sup>198</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 177 r.4, HP 4-20/3-12.

<sup>199</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 177 r.4, HP 4-20/3-5.

<sup>200</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 177 r.4, HP 4-20/3-10.

<sup>201</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 177 r.4, HP 4-20/3-15.

Allerdings war dies das letzte Mal, dass sich Mayr in seinen Berichten mit diesem Thema auseinandersetzte. Die Regierung in Wien hatte sich bis auf weiteres dagegen entschieden, den ursprünglichen Plan weiter zu verfolgen, den Khediven für eine Beteiligung am rumelischen Eisenbahnprojekt und zur Konsolidierung der osmanischen Staatsschulden zu gewinnen. Stattdessen beschloss der Ballhausplatz auf Anregung ihres Gesandten eine aktive Rolle in der projektierten ägyptischen Finanzkommission anzustreben. So führte die Mission von Mayr schließlich anders als geplant und auf dessen Betreiben hin zur Beteiligung an der *Caisse de la Dette Publique d'Égypte*.

### III. 3. Österreich-Ungarns Verbindungen in der ägyptischen Finanzwelt

Wie bereits im Kapitel zur Entsendung des k. u. k. Sondergesandten erwähnt, gewährten Ismail und sein Finanzminister dem Neuankömmling Mayr sofort nach seiner Ankunft Einblick in die ägyptischen Finanzlage. Zu diesem Zeitpunkt befand sich der Khedive bereits in den Verhandlungen zur Errichtung einer Nationalbank, deren Aufsichtsrat, die spätere *Caisse de la Dette*, sich aus je einem britischen, französischen und italienischem Delegierten zusammensetzen sollte.

Im Zuge seiner Untersuchungen der ägyptischen Finanzen erkannte Mayr schnell in welcher schwierigen finanziellen Lage sich Ägypten selbst befand. Noch bevor sich das Scheitern seiner eigentlichen Mission abzuzeichnen begann, den Vizekönig für die österreich-ungarischen Projekte im Osmanischen Reich zu gewinnen, entwickelte der österreichische Gesandte die Idee einer Beteiligung der Habsburgermonarchie an der Aufsicht der Finanzen des Landes. Besonders kritisch sah er die Entsendung eines italienischen Delegierten. Seiner Ansicht nach sei Italien „gar nicht oder in verschwindend geringen Maße an den ägyptischen Finanzen beteiligt“ gewesen.<sup>202</sup> Leider ist die tatsächliche Höhe der Geldbeträge, mit der österreichische oder italienische Gläubiger in Ägypten involviert waren, weiterhin ungeklärt. Mayr zeigte sich jedoch überzeugt, österreich-ungarische Staatsangehörige besaßen durch die Austro-Ägyptische Bank bedeutende Interessen an den ägyptischen Finanzen, weshalb der Habsburgermonarchie unbedingt die gleichen Rechte wie Italien eingeräumt werden sollten. Hinter dem Vorschlag Frankreichs Italien als dritte europäische Macht einen Platz in der Kommission anzubieten vermutete er den Einfluss Scialojas, der als *Conseiller du Gouvernement*<sup>203</sup>, als Vertrauensperson und Finanzberater des Vizekönigs, am Entwurf der Bankstatuten beteiligt war.<sup>204</sup>

Eine Einschätzung mit der Mayr wohl nicht ganz Unrecht hatte. Immerhin war Scialojas Entsendung ursprünglich zur Wahrung der italienischen Interessen gegenüber den anderen Großmächten, vor allem aber in Bezug auf Großbritannien erfolgt. Allerdings darf auch nicht vergessen werden, dass Italien durch seine Teilnahme an der tunesischen Finanzkommission bereits einige Erfahrungen in einem vergleichbaren internationalen Gremium vorweisen konnte. Entscheidender dürfte allerdings die vom Khedive erwähnte Beteiligung zweier italienischer Banken am Nationalbankprojekt gewesen sein.<sup>205</sup> Zusammen mit seinen

---

<sup>202</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, 177, r.4, HP 4-20/3-14.

<sup>203</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, 177, r.4, HP 4-20/3-12.

<sup>204</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, 177, r.4, HP 4-20/3-14.

<sup>205</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, 177, r.4, HP 4-20/3-16.

kolonialen Interessen in Nordostafrika musste daher Italien, neben Großbritannien, als die natürliche Wahl für Frankreich zum Partner in der ägyptischen Schuldenkrise erscheinen. Dagegen hatte Österreich-Ungarn im Falle der Schuldenkrise in Tunesien 1869 noch auf ein Engagement verzichtet.<sup>206</sup>

Sieben Jahre später war die Ausgangslage für Österreich-Ungarn in Ägypten jedoch eine andere. Die ägyptische Schuldenkrise betraf nun in einem stärkeren Ausmaß direkt mit der Habsburgermonarchie assoziierte Bankhäuser, allen voran die k.k. privilegierte österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe (CA). Als eine der größten und wichtigsten Banken der Monarchie war die Creditanstalt an zahlreichen ausländischen Instituten beteiligt. Gemeinsam mit der Anglo-Österreichischen Bank, deren Konstituierung 1863 ebenfalls mit Beteiligung der Creditanstalt erfolgte<sup>207</sup>, und einigen kleineren lokalen Bankhäusern gründete die CA 1869 die Austro-Ägyptische Bank in Alexandrien.<sup>208</sup>

Das Engagement der CA in Ägypten reichte allerdings bereits bis 1863 zurück, als es der Triestiner Filiale erlaubt wurde, eine Agentur für Warenkommissionsgeschäfte in Alexandrien zu errichten. Nach beachtlichen anfänglichen Erfolgen in den ersten beiden Jahren folgte allerdings schnell eine Ernüchterung. In der Hoffnung auf große Gewinne und wichtige Geschäfte mit der ägyptischen Regierung ging die Agentur jedoch ein immer größeres Risiko ein. Offensichtlich verfügten die mit den Geschäften betrauten Persönlichkeiten nicht über das nötige Fachwissen. Die Folge waren beträchtliche Verluste, die sich auch empfindlich auf die Gesamtbilanz der Creditanstalt auswirkten, und schließlich 1868 zur Liquidierung<sup>209</sup> der Agentur führten.<sup>210</sup> Dieser Rückschlag bedeutete allerdings nicht das Ende der Geschäfte in Ägypten. Im Gegenteil die Creditanstalt plante die Verbindung mit Alexandrien aufrecht zu erhalten. So beteiligte sich das Wiener Bankhaus nicht nur mit 40.000 Pfund Sterling an der Muffetish Anleihe von 1868<sup>211</sup>, sondern entschloss sich zur Weiterführung der Geschäfte ein selbstständiges, aber fortan rein auf das Bankgeschäft beschränktes Institut zu gründen. Doch war auch der Austro-Ägyptischen Bank keine lange Geschäftstätigkeit beschieden. Geschwächt vom Wiener Börsenkrach 1873 musste sie im Zuge der ägyptischen

---

<sup>206</sup> siehe ausführlicher III. 4.

<sup>207</sup> STEINER Fritz G., *Die Entwicklung des Mobilbankwesens in Österreich. Von den Anfängen bis zur Krise 1873*. Studien zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte VIII. Heft (Wien 1913), S. 155-162. COTTRELL P.L., *London Financiers and Austria, 1863-1875: The Anglo-Austrian Bank*, Business History 11 (1969).

<sup>208</sup> Geschäfts-Bericht des Verwaltungs-Rathes der k.k. priv. österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe für das Jahr 1869 (Wien, 1870), S. 6f.

<sup>209</sup> Creditanstalt, Geschäftsbericht für das Jahr 1868 (Wien, 1869), S. 10.

<sup>210</sup> MARAKOVITS, Österreich(-Ungarn) und Ägypten, S. 126f.

<sup>211</sup> Creditanstalt, Geschäftsbericht für das Jahr 1868, S. 7.

Schuldenkrise 1876 ebenfalls liquidiert werden. Neben dem regulären Bankgeschäft hatte sie sich in zu großem Ausmaß an den Geschäften mit den Anleihen des Khediven beteiligt.<sup>212</sup> Die Creditanstalt war wiederum mit 220.000 Pfund Sterling<sup>213</sup> an der Austro-Ägyptischen Bank beteiligt, damit hielt sie 22 Prozent des Gründungskapitals.<sup>214</sup>

Eine handschriftliche Notiz in einem Aktenkonvolut der HM Treasury – britisches Finanzministerium – aus dem Jahr 1879 nennt in seiner drei Seiten umfassenden Auflistung „*Detail of dette European*“ neben der Austro-Ägyptischen Bank noch weitere Namen und Zahlen, die eine Beziehung zu Österreich-Ungarn nahe legen. Doch diese Verbindung zur Habsburgermonarchie muss nicht zwingend bedeuten, dass die hier angegebenen Bankhäuser und Bankiers in Österreich-Ungarn ansässig waren, in vielen Fällen war die k. u. k. Regierung auch nur in der einen oder anderen Weise als Schutzmacht in Erscheinung getreten. Für die Austro-Ägyptische Bank erwähnt der unbekannte Autor der Liste einen Betrag von 1.279.498 P.T. (umgerechnet £ 13.123<sup>215</sup>). Darunter folgen die Namen fünf weiterer Bankhäuser: Oppenheim 3.792.701 P.T. (£ 38.899), Cattawi<sup>216</sup> 11.434.269 P.T. (£ 117.275), Menasse<sup>217</sup> 1.165.623 P.T. (£ 11.955), Ismalum – mit einem Verweis „*(compte courant)*“ – 1.041.713 P.T. (£ 10.684) und Caprara 1.093.283 P.T. (£ 11.213). Alle sechs Angaben sind mit dem Hinweis „*compte courant – avant 18. Nov*“ besonders gekennzeichnet.<sup>218</sup>

Die Ausgabe der österreichischen Wochenschrift für Volkswirtschaft und Statistik vom 21. Mai 1866 nennt das Bankhaus H. Oppenheim Neveu & Compagnie als die erste mit privaten Mitteln etablierte Bank, die „*in diesem Lande bisher ohne Widerspruch die erste finanzielle Macht*“ darstellte.<sup>219</sup> Als Eigentümer fungierten Hermann Oppenheim aus Frankfurt a. M., sein in Großbritannien eingebürgerter Neffe Heinrich Oppenheim<sup>220</sup> und Heinrich Schwabacher aus Österreich-Ungarn. Im Jahr 1866 unterstand die Bank dem Schutz des preußischen Generalkonsulats.<sup>221</sup> Schwabacher wiederum galt als Bürger der

---

<sup>212</sup> MARAKOVITS, Österreich(-Ungarn) und Ägypten, S. 127f.

<sup>213</sup> Creditanstalt, Geschäftsbericht für das Jahr 1869, S. 6.

<sup>214</sup> MÄRZ Eduard, *Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josefs I. Am Beispiel der k.k. priv. österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe* (Wien, 1968), S. 158.

<sup>215</sup> 97,5 P.T. (Piastre Tarif) entsprachen £1 (Pfund Sterling).

<sup>216</sup> auch als Cattawi oder Qattawi geschrieben.

<sup>217</sup> auch als Menasse geschrieben.

<sup>218</sup> TNA, T 1/16660, *FOREIGN OFFICE: Egyptian contribution to expenditure: public debt statements; project to regulate debts and expenditure* (1879).

<sup>219</sup> „*Finanzinstitute in Aegypten und Beteiligung des europäischen Capitals am Verkehr dieses Landes*“ Austria. Wochenschrift für Volkswirtschaft und Statistik [Wien, Österreich] 21. Mai 1866: S. 162-164, hier S. 164.

<sup>220</sup> „*Oppenheim, Henry Maurice William*“ in: RUBINSTEIN William D., JOLLES Michael, RUBINSTEIN Hilary L., *The Palgrave Dictionary of Anglo-Jewish History* (London, 2011), S. 731.

<sup>221</sup> *Finanzinstitute in Aegypten, Austria*, S. 164.

Habsburgermonarchie als österreich-ungarischer Schutzgenosse. H. Oppenheim und Neffe waren in zahlreiche ägyptische Anleihen- und Regierungsgeschäfte involviert. So vermittelten sie nicht nur in der ersten Anleihe durch Said die Beteiligung der Sachsen-Meinungen Bank, sondern beteiligten sich darüberhinaus an den Eisenbahn- und Daira-Anleihen.<sup>222</sup>

Auch in den weiteren Fällen waren einer oder mehrere der Eigentümer der Bankhäuser aus der Liste k. u. k. Schutzgenossen. Der ägyptischen Bankier Yacoub de Cattai Bey hatte sich aus eigenem Anlass entschieden ein Spital für die österreich-ungarische Kolonie zu finanzieren, die damit zur ersten ausländischen Kolonie mit eigenem Spital in Kairo wurde. Die Grundsteinlegung des Hauses fand 1881 unter Beisein des Kronprinzen Rudolf statt und erhielt ihm zu Ehren den Namen „Kronprinz Rudolf-Spital“.<sup>223</sup> Die Familie Cattai unterstanden als so genannte „Schutzgenossen“ oder „Untertanen de facto“ – im französischen Sprachgebrauch als *Protegé Autrichien* bezeichnet – dem Schutz der k. u. k. Konsularämter. Sie waren damit in ihren Rechten den österreich-ungarischen Staatsangehörigen gleichgestellt, ohne dafür zwingend die Staatsbürgerschaft haben zu müssen.<sup>224</sup> Es kam aber auch vor, dass einige dieser Schutzgenossen die ungarische Staatsbürgerschaft erwarben. So geschehen im Fall des jüngsten Sohnes Moise de Cattai Pascha, der seit 1883 Präsident des österreichisch-ungarischen Hilfsvereins und ab 1906 Präsident der österreichisch-ungarischen Kolonie war. Franz Joseph I. verlieh ihm 1911 die erbliche ungarische Ritterwürde.<sup>225</sup> Die Familie Cattai spielte über weite Teile der ägyptischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts eine wichtige Rolle im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben des Landes. So waren Mitglieder des Hauses Bankiers der Vizekönige, Präsidenten der jüdischen Gemeinde und hohe Beamte. Unter dem ägyptischen Vizekönig Abbas I. Hilmi fungierte Yacoub Cattai als Privatbankier des Herrschers und *sarraf bashi*, oberster Münzmeister. Er behielt diese Position auch unter Said und Ismail.<sup>226</sup> Zusammen mit Yacoub Levi Menasce gründete er das Bank- und Handelshaus

---

<sup>222</sup> Finanzinstitute in Aegypten, Austria, S. 164. OWEN, *The Middle East*, S. 125-127. LANDES, *Bankers and Pashas*, S. 111-119. Zu Oppenheim und Sachsen-Meinungen Bank (oder auch Mitteldeutsche Creditbank) siehe LANDES, *Bankers and Pashas*, S. 64, 116f, 152, 162.

<sup>223</sup> AGSTNER Rudolf, *Das österreich-ungarische Rudolf-Spital in Kairo*. Schriften des Österreichischen Kulturinstituts Kairo, Band 8 (Kairo, 1995), S. 13-16.

<sup>224</sup> AGSTNER Rudolf, *Die österreich-ungarische Kolonie in Kairo vor dem Ersten Weltkrieg. Das Matrikelbuch des k. u. k. Konsulates Kairo 1908 – 1914*. Schriften des Österreichischen Kulturinstituts Kairo, Band 9 (Kairo, 1994), S. 34-36.

<sup>225</sup> GRUNWALD Kurt, *On Cairo's Lombard Street*. in: *Tradition: Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie* 17 (Frankfurt a. M., 1972), S. 8-22, hier S. 17. DREWES Kai, *Jüdischer Adel: Nobilitierungen von Juden im Europa des 19. Jahrhunderts* (Frankfurt a. M., 2013), S. 294f. AGSTNER

<sup>226</sup> GRUNWALD, *On Cairo's Lombard Street*, S. 16-18. für *sarraf bashi* siehe auch: ABDULHAQ Najat, *Jewish and Greek Communities in Egypt. Entrepreneurship and Business before Nasser* (London, 2016), S. 79f. AGSTNER, *Das österreich-ungarische Rudolf-Spital*, S. 9.

J. L. Menasce et Fils mit Niederlassungen in Manchester, Liverpool und Marseille. Diese Geschäftsverbindung war jedoch nicht von Dauer. Cattai trennte sich später von seinem Partner und gründete mit seinen vier Söhnen ein eigenes Bankhaus, J. M. Cattai Figli et Compagnie, mit Niederlassungen in Paris, Kairo und Alexandrien.<sup>227</sup>

Ein weiterer ägyptischer Bankier mit engen Verbindungen zu Österreich-Ungarn war der eben erwähnte Yacoub Levi de Menasce. Unter Yacoub Levi erhielt *J. L. Menasce et Fils*<sup>228</sup> weitere Filialen in London, Paris und Istanbul. Die Niederlassung in London wurde von seinem jüngsten Sohn Felix Behor de Menasce nach seinem Studium in Wien gegründet. Wie schon sein Partner Cattai unter Said wurde Yacoub Menasce von Ismail zum *sarraf bashi* ernannt. Menasce hatte dem Bruder des Vizekönigs Mustafa bei einigen finanziellen Schwierigkeiten geholfen. Ismail revanchierte sich wiederum, in dem er seinem Bankier bei der Gründung der *Banque Turco-Egyptienne* half. Yacoub Menasce erkannte relativ schnell als einer der ersten die Möglichkeiten des Handels mit Europa. Seinen Leistungen im Handel mit Österreich-Ungarn verdankte er vermutlich auch seine beiden Standeserhebungen durch Kaiser Franz Joseph, 1873 und 1875 in den erblich Ritter- und Freiherrenstand mit dem Titel Baron. Gleichzeitig erhielt er für sich und seine Nachfahren die ungarische Staatsbürgerschaft, die sie allerdings 1914 mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs widerriefen, da sie sonst im britischen Protektorat Ägypten als feindliche Ausländer („*enemy alien*“) mit empfindlichen Nachteilen zu rechnen gehabt hätten.<sup>229</sup>

Mit E. Caprara befindet sich ein weiteres Bankhaus aus Alexandrien auf der Notiz des Foreign Office, das sich unter dem Schutz Österreich-Ungarns befand.<sup>230</sup> Gegründet wurde E. Caprara, H. Mondolfo & Comp. in Alexandrien hauptsächlich durch den aus Triest stammenden C. M. Ritter von Morpurgo und den Venetianer Pini-Bey, Geheimsekretär des Khediven.<sup>231</sup> 1869 erfolgte die Eingliederung der Geschäfte von E. Caprara in die ebenfalls

---

<sup>227</sup> AGSTNER, Das österreich-ungarische Rudolf-Spital, S. 9. KRÄMER Gudrun, *The Jews in Modern Egypt, 1914-1952* (London, 1989), S. 76f.

<sup>228</sup> Finanzinstitute in Aegypten, Austria, S. 164 erwähnt eine österreichische Bank mit dem Namen J. B. Menasce. Ob es sich bei diesem Bankhaus um J. L. Menasce et Fils oder um ein eigenständiges Institut handelt konnte nicht bestätigt werden.

<sup>229</sup> KRÄMER, *The Jews in Modern Egypt*, S. 76f. GRUNWALD, *On Cairo's Lombard Street*, S. 17. DREWES Kai, *Jüdischer Adel*, S. 294f.

<sup>230</sup> MARAKOVITS, Österreich(-Ungarn) und Ägypten, S. 129. Finanzinstitute in Aegypten, Austria, S. 164.

<sup>231</sup> Austria. Archiv für Gesetzgebung und Statistik auf den Gebieten der Gewerbe, des Handels und der Schifffahrt, Band 19 (Wien, 1867), online unter: <http://opacplus.bsb-muenchen.de/title/10336941/ft/bsb10358759?page=476> (11. August 2016), S. 480. „*Austro-orientalische Bank*“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 14. März 1869: S. 8. ANNO – AustriaN Newspapers Online (11. August 2016).

von Morpurgo gegründete Austro-Orientalische Bank.<sup>232</sup> Auch diese Bank erhielt wieder die Unterstützung der ägyptischen Regierung, realisiert durch die neuerliche Beteiligung von Pini-Bey. Weitere namhafte Unterstützer in Ägypten waren Alfred von Dumreicher, der dänische Generalkonsul in Kairo und der bereits oben erwähnte Heinrich Schwabacher. Aus Wien finden sich ebenfalls bedeutende Namen der dortigen Finanzwelt im Komitee der Bank wieder, wie zum Beispiel Gustav Ritter von Epstein oder Baron Erlanger.<sup>233</sup> Die Bank hatte ihren Hauptsitz in Triest und eine Agentie bei der Franco-Österreichischen Bank in Wien. Die Leitung in Alexandrien übernahmen die Herren Caprara und Mandolfo, dessen Familie ebenfalls unter dem Schutz Österreich-Ungarns stand.<sup>234</sup>

Österreich-Ungarn erfreute sich im 19. Jahrhundert bis eben 1914 bei den jüdischen Familien in Ägypten größter Beliebtheit als europäische Schutzmacht. Von den in der britischen Liste aufscheinenden Namen gehörte neben Cattai und Menasce auch die Familie Ismalum zu diesem Kreis. Sowie eine Vielzahl weiterer wichtiger Familien, die ebenfalls zu den reichsten des Landes zählten: Adda, Benarojo, Beliolios, Forte, Goldstein, Heffez, Mondolfo, Picciotto, Palacci, Rossano und Romano.<sup>235</sup>

Mayr hatte im Februar 1876 also nicht unrecht, die Interessen der Anglo-Ägyptischen Bank als ein Argument für die Beteiligung Österreich-Ungarns an einer internationalen Kontrolle der ägyptischen Finanzen anzuführen. Darüberhinaus pflegte die Habsburgermonarchie die besten Verbindungen mit den höchsten Kreisen der ägyptischen Finanzwelt. Viele der reichsten und wichtigsten Familien des Landes genossen nicht nur den Schutz der Monarchie, sondern konnten dadurch sicher auch einiges an Gewicht in Wien in die Schale werfen. Auch die Creditanstalt selbst beziehungsweise ihre ägyptische Tochter, die Austro-Ägyptische Bank, dürften bei seiner Urteilsfindung einen nicht zu unterschätzenden Einfluss gehabt haben. Immerhin hatte Mayr durch die Vermittlung von Baron Schwegel bei seinen Untersuchungen Unterstützung durch Julius Blum, den Direktor der Austro-Ägyptischen Bank erhalten.<sup>236</sup> Der österreich-ungarische Bankier Blum sollte allerdings noch eine viel größere Rolle in der Reorganisation der ägyptischen Finanzen spielen.

---

<sup>232</sup> „*Der Economist*“ Neue Freie Presse [Wien, Österreich] 10. März 1869: S. 13. ANNO – AustriaN Newspapers Online (11. August 2016).

<sup>233</sup> „*Austro-orientalische Bank*“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 14. März 1869: S. 8. „*Neue Unternehmungen*“ Die Presse [Wien, Österreich] 16. März 1869: S. 6. ANNO – AustriaN Newspapers Online (11. August 2016).

<sup>234</sup> „*Austro-orientalische Gesellschaft*“ Fremden-Blatt [Wien, Österreich] 16. März 1869: S. 6. ANNO – AustriaN Newspapers Online (11. August 2016).

<sup>235</sup> AGSTNER, Die österreich-ungarische Kolonie in Kairo, S. 37.

<sup>236</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R., 177, r.4, HP 4-20/3-12.

Nachdem das austro-ägyptische Finanzinstitut im Zuge der ägyptischen Schuldenkrise liquidiert werden musste, trat im Jänner 1877 Blum als Kabinettschef des neuen Finanzministers Prinz Hussein, dem zweiten Sohn des Khediven Ismail, erstmals in den ägyptischen Dienst ein. Aufgrund seiner Leistungen stieg er ein Jahr später unter dem Finanzminister River Wilson zum Staatssekretär (*Vakil*) für Finanzen auf. Mit dieser neuen Position und aufgrund seiner Verdienste rund um die ägyptischen Finanzen ernannte der Vizekönig ihn 1878 zum Pascha. Der österreichische Bankier verdankte seine Position als Staatssekretär im ägyptischen Finanzministerium einem politischen Kompromiss. Nachdem Wilson und Blignières beide zu Ministern im Kabinett des Khediven ernannt worden waren, erhoben Italien und Österreich-Ungarn ebenfalls Ansprüche auf Ministerposten. Während Italien ein Auge auf das Justizressort geworfen hatte, wollte das Habsburgerreich das Bildungsministerium für sich beanspruchen. Es kam jedoch ganz anders, weder Rom noch Wien konnten sich mit ihren Wünschen durchsetzen, stattdessen wurde ein Italiener zum Generalauditor und Julius Blum für Österreich-Ungarn ins Finanzministerium berufen.<sup>237</sup>

Mit Blum hatte die Habsburgermonarchie nicht nur einen international sehr angesehenen Bankier, sondern auch einen äußerst fähigen Finanzfachmann in der ägyptischen Regierung installieren können. James Joyce nannte den österreichischen Finanzier in seinem Werk *Ulysses* 1922 gar in einem Atemzug mit den erfolgreichsten Finanzmännern des 19. Jahrhunderts:

*„Given a guarantee equal to the sum sought the support, by deed of gift and transfer vouchers during donor’s lifetime or by bequest after donor’s painless extinction, of eminent financiers (Blum Pasha, Rothschild, Guggenheim, Hirsch, Montefiore, Morgan, Rockefeller) possessing fortunes in 6 figures, amassed during a successful life, and joining capital with opportunity the thing required was done.“*<sup>238</sup>

Die Expertise des Österreichers bei der Regelung der ägyptischen Schuldenkrise wurde von allen Beteiligten sehr geschätzt. So sehr, dass die Briten auch nach ihrer Okkupation von Ägypten nicht auf ihn verzichten wollten. Er blieb bis 1890 auf seinem Posten im ägyptischen Finanzministerium. Sein Vorgesetzter Wilson sprach in einem Brief vom 25. Juli 1878 in den höchsten Tönen von Blum. Darin bezeichnete er ihn als „Leben und Seele“ des ägyptischen

---

<sup>237</sup> RONALL Joachim O., *Julius Blum Pasha (1843 – 1919) an Austro-Hungarian Banker in Egypt*. In: Österreich und Ägypten. Beiträge zur Geschichte der Beziehungen vom 18. Jahrhundert bis 1918 (Kairo, 1993), reprint von: Tradition – Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie, 13. Jahrgang Heft 2 (April 1968), S. 79-108, hier S. 88-91. GIFFORD Don, SEIDMAN Robert J., *Ulysses Annotated, Notes for James Joyce’s Ulysses*. 2. Auflage (Berkeley u.a., 2008), S. 595.

<sup>238</sup> zitiert nach RONALL, Julius Blum Pasha, S. 79.

Finanzministeriums und unterstrich gleichzeitig seine Bedeutung für die europäische Finanzkontrolle:

*„He is acknowledged to be completely honest, and his ability and energy are remarkable. Every one speaks well of him and likes him. The Khedive, the Controllers, the Commissioners, in fact, all of us make use of him and indeed I don't know how we should get on without him.“*<sup>239</sup>

Neben seinen Finanzkenntnissen schätzte man Blum vor allem auch wegen seiner Fähigkeiten und Qualität als Mediator, zwischen den Ägyptern und den Fremden. Dies konnte er bei vielen Gelegenheiten unter Beweis stellen: beispielsweise bei seinen Reisen nach Europa, wo er einerseits als Delegationsmitglied an den Verhandlungen zum Goschen-Joubert Abkommen und der Rothschild Anleihe von 1878/79 teilnahm, oder andererseits selbst erfolgreich als Verhandlungsführer auftrat, wie im Falle eines Umschuldungsprojektes mit der französischen *Credit Foncier*. In Ägypten wiederum agierte Blum Pascha unter anderem als Kommunikationsschnittstelle zwischen der ägyptischen Regierung und der *Caisse de la Dette*. Auch beim Khediven Taufiq hatte Blum einen guten Eindruck hinterlassen. Ein Jahr nach seinem Ausscheiden aus dem ägyptischen Staatsdienst und Rückkehr nach Wien, zeigte sich der Vizekönig in einem Gespräch mit dem österreichischen Diplomaten Heidler von Egeregg beeindruckt von der Ehrlichkeit Blums: *„S'il avait seulement usé sa position, sans en abuser, il aurait pu être l'homme le plus riche d'Égypte.“*<sup>240</sup> Anbetracht der Passage bei Joyce dürfte Blum allerdings während seiner immerhin dreizehnjährigen Dienstzeit in Ägypten, finanziell keinen Nachteil erlitten haben.

Wie groß sein Ansehen in der internationalen Finanzwelt war, zeigte sich im Zuge der Verhandlungen zur eben erwähnten Rothschild Anleihe. Das Anleihen Projekt hatte sich unter anderem durch den Widerstand der österreichischen und griechischen Regierungen als äußerst zäh erwiesen. Am Ende dieses ungeplanten längeren Prozesses erhob das britische Bankhaus den Wunsch, Blum Pascha möge als Vertreter der ägyptischen Regierung bei der Unterzeichnung der Anteilsscheine agieren. Natürlich war man sich bei Rothschild bewusst, dass der vielbeschäftigte Staatssekretär nicht einfach wegen der Unterschrift nach London reisen konnte. Also musste eine andere Lösung gefunden werden, um dennoch den berühmten und vertrauensvollen Namen „Blum“ auf den Papieren verwenden zu können. Wie es der Zufall wollte hielt sich im Herbst 1879 der Bruder von Blum Pascha gerade zum Zweck der Arbeitssuche in London auf. In einem internen Briefwechsel der Bank schlug man deshalb die

---

<sup>239</sup> zitiert nach RONALL, Julius Blum Pasha, S. 94.

<sup>240</sup> zitiert nach RONALL, Julius Blum Pasha, S. 94.

Übertragung einer Vollmacht an den Bruder vor, damit dieser im Auftrag der ägyptischen Regierung die Unterzeichnung durchführen konnte. Es bedurfte einiger Überzeugungsarbeit, um vom ägyptischen Premierminister Riaz Pascha die Zustimmung für das Vorhaben zu erlangen. Offensichtlich mit Erfolg, denn am 9. Jänner 1880 vermeldete man bei Rothschild intern, dass Blum mit der Unterzeichnung fertig sei.<sup>241</sup>

---

<sup>241</sup> RA, Egyptian Letter Book 0 [ELB 0], 20. Oktober 1879, 24. Oktober 1879 zwei Briefe: einen an Lorent und den anderen an Rothschild in Paris, 9. Jänner 1880.

### III. 4. Keine Beteiligung an der „Generalprobe“ in Tunis

Die Idee einer Beteiligung Österreich-Ungarns an der Kontrolle der Finanzen eines fremden Staates war 1876 keine neue. Bereits einige Jahre früher zeigten die k. u. k. Diplomaten durchaus ein reges Interesse an der Schuldenkrise der Regentschaft von Tunis. Im Gegensatz zu den Gläubigern in Frankreich, Großbritannien und Italien machten die finanziellen Interessen österreichisch-ungarischer Untertanen allerdings mit nur 2.000.000 Francs<sup>242</sup> lediglich drei Prozent am Gesamtvolumen der Verbindlichkeiten von 62 Millionen Francs aus. Der k. u. k. Generalkonsul in Tunis Stefan Ritter von Herzfeld erhoffte sich dennoch eine ökonomische und politische Verbesserung für die Habsburgermonarchie. So meldete er an das Außenministerium in Wien voller Zuversicht, welche Chancen sich durch die von den Großmächten angestrebte Unifikation der Schulden für den österreich-ungarischen Handel ergeben würden. Die angestrebte Reduzierung der Ausfuhrzölle, als eines der bedeutendsten Handelshemmnisse, von 40 auf nur noch 10 Prozent und die Neuordnung der Finanzverwaltung in Tunesien sah der österreichische Gesandte als ideale Möglichkeiten für einen Zugewinn beziehungsweise eine Rückholung wichtiger Kunden für die heimischen Häfen. Gleichzeitig prüfte man offensichtlich in Tunis die Frage der rechtlichen Gleichstellung Österreichs mit Frankreich und Italien. Seit dem 16. Jahrhundert bereits regelten die so genannten Kapitulationen<sup>243</sup> die Rechte der einzelnen europäischen Mächte mit dem osmanischen Reich und seinen Provinzen. Die politische Schwäche der Hohen Pforte hatten allerdings zu einer Erodierung seiner ökonomischen Position geführt. Als nun im Zuge der tunesischen Schuldenkrise Frankreich und Italien nur noch eine „*spirituelle Suzeränität*“ des Sultans über die am äußersten Rand seines Reiches gelegene Provinz anzuerkennen dachten, sowie von diesen beiden Mächten die Bemühungen bestanden die tunesische strikt von der orientalischen Frage zu trennen, sah Herzfeld die Gelegenheit gekommen, die Stellung Österreich-Ungarns in Tunesien zu stärken.<sup>244</sup>

Zu diesem Zweck erbat sich der österreichische Gesandte eine Stellungnahme der Regierung in Wien, welche Position sie in dem Vorgehen zur Errichtung einer Finanzkommission durch die drei europäischen Großmächte einnehmen wird. Denn für

---

<sup>242</sup> HHSTA, MdÄ, HP, F 34 S.R., Kt. 84 r. 36 + 37, 49 C: Schreiben von Herzfeld an den Botschafter in Konstantinopel Anton Freiherr (später Graf) Prokesch von Osten vom 8. Juli 1869. Die zwei größten österreichischen Gläubiger, wobei einer von ihnen kein Untertan, sondern Protegé war, waren mit 1,5 Millionen Francs engagiert. Siehe HHSTA, MdÄ, HP, F 34 S.R., Kt. 84 r. 36 + 37, 1138/HP.

<sup>243</sup> Eine erste Kapitulation soll 1536 zwischen Frankreich und der Hohen Pforte zu Stande gekommen sein. Allerdings gibt es hier eine Kontroverse über die tatsächlich gewährten Rechte. Siehe BOOGERT Maurits H., *The Capitulations and the Ottoman Legal System: Qadis, Consuls and Beraths in the 18th Century*. Studies in Islamic Law and Society 21 (Leiden, 2005), S. 10.

<sup>244</sup> HHSTA, MdÄ, HP, F 34 S.R., Kt. 84 r. 36 + 37, 1632/HP.

Herzfeld stand fest, damit die Beschlüsse der „*executiven Finanzcommission*“ in Tunis auch bezüglich österreich-ungarischer Interessen gültig werden konnten, diese der Zustimmung der k. u. k. Regierung bedurften:

*« ...denn entweder bildet die Regentschaft noch einen integrierenden Bestandteil der Pforte, dann ist eine executive Commission welche alle Einkünfte des Landes bezieht, die Staatsschulden reduciert und unificiert, Budgets entwirft, die Zollangelegenheiten und Tariffe regelt, somit eigentlich Tunis regiert und administriert, ein Eingriff in die Rechte der Hohen Pforte, oder aber Tunis ist ein unabhängiger Staat, dann ist dessen Unabhängigkeit, noch vor der Geburt erstickt. »<sup>245</sup>*

Damit traf es der österreichische Diplomat genau: die Errichtung einer europäischen Finanzkontrolle bedeutete die Errichtung eines multinationalen „Finanz-Protectorates“, welches das betroffene Land zwar aus dem Einflussbereich Konstantinopels zu führen vermochte, allerdings zum Preis einer neuen Abhängigkeit von gleich drei neuen Herren. Der direkte Vorgesetzte des österreich-ungarischen Generalkonsuls in Tunis, der Botschafter in Konstantinopel Anton Prokesch von Osten, informierte Wien in der Angelegenheit zur Wahrung der tunesischen Interessen österreich-ungarischer Untertanen bei der Hohen Pforte, keine Schritte unternehmen zu können, denn:

*„Wenn auch Tunis völkerrechtlich einen Bestandteil des türkischen Reiches bildet so hat sich die Pforte in Folge der Haltung Frankreichs doch schon seit langem jeder Einflussnahme auf die Angelegenheiten jener Regentschaft enthalten.“<sup>246</sup>*

Die Ereignisse rund um den Staatsbankrott in der Regentschaft von Tunis waren nicht nur die Geburtsstunde der europäischen Schuldenkommissionen im Osmanischen Reich, sondern auch der Idee einer Beteiligung der Habsburgermonarchie an einer solchen internationalen Institution. Herzfeld machte die Beanspruchung eines Sitzes in der Kommission in diesem Fall allerdings noch von der Teilnahme Preußens abhängig: *„Wenn in der internationalen Commission Preußen einen Platz findet, dürfte angemessen erscheinen Österreich-Ungarn gleichfalls seinen Sitz in derselben vozubehalten.“<sup>247</sup>* Prokesch widersprach dem Generalkonsul in Tunis jedoch, der die Entsendung eines Vertreters in diese Kommission zur Wahrung der Interessen österreich-ungarischer Besitzer tunesischer Schuldtitel, gar als eine „billige Forderung“ bezeichnete. Denn, so Prokesch weiter, beruhten die Dekrete zur Abwicklung der Schuldenkrise auf einer Übereinkunft zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien, die der Bey – ohne Mitspracherecht – unterzeichnen musste. Jede Teilnahme

<sup>245</sup> HHSTA, MdÄ, HP, F 34 S.R., Kt. 84 r. 36 + 37, 49 C.

<sup>246</sup> HHSTA, MdÄ, HP, F 34 S.R., Kt. 84 r. 36 + 37, 49 C: Schreiben Prokeschs an den Außenminister Grafen Beust in Wien. Prokesch bezieht sich hier auf das oben erwähnte schreiben von Herzfeld an ihn.

<sup>247</sup> HHSTA, MdÄ, HP, F 34 S.R., Kt. 84 r. 36 + 37, 1632/HP.

Österreich-Ungarns hätte damit der Zustimmung der europäischen Mächte bedurft.<sup>248</sup> Offensichtlich erwartete man sich in dieser Angelegenheit ein paar Schwierigkeiten. Auf Rückfrage bei den drei Finanzministerien der Habsburgermonarchie empfahlen diese dem gemeinsamen Ministerium des Äußeren schließlich die Annahme eines weiteren Vorschlages des k. u. k. Generalkonsulates in Tunis, welches die Vertretung der österreich-ungarischen Interessen in der Kommission an eine der beteiligten europäischen Mächte zu delegieren angeregt hatte.<sup>249</sup>

---

<sup>248</sup> HHSTA, MdÄ, HP, F 34 S.R., Kt. 84 r. 36 + 37, 49 C: Prokesch an Beust.

<sup>249</sup> HHSTA, MdÄ, HP, F 34 S.R., Kt. 84 r. 36 + 37, 1137/HP und 2106/FP. Zustimmungserklärungen der Finanzministerien der beiden Reichshälften.

### III. 5. Bemühungen um eine Mitgliedschaft in der Caisse

Anfang März 1876 waren die noch wenige Jahre zuvor gehegten Bedenken zur tunesischen Finanzkommission offensichtlich vergessen. Dieses Mal erteilte das Ministerium des Äußeren dem österreichischen Sondergesandten bereitwillig den Auftrag den Khediven um die Ernennung eines österreichischen Mitglieds im Aufsichtsrat der Nationalbank zu ersuchen.<sup>250</sup> Aus mehreren Gründen ein nicht ganz so einfaches Unterfangen. Einerseits hing das Zustandekommen dieser Kommission lange Zeit von der Entscheidung der britischen Regierung ab, ob sie nun bereit sei einen Delegierten zu entsenden, oder nicht. Andererseits musste der ägyptische Vizekönig erst für das österreichische Ansinnen gewonnen werden, der sichtlich bemüht war, sich nicht zu sehr den europäischen Großmächten auszuliefern. Zu diesem Zweck versuchte Mayr mit ein paar Beispielen Ismail von der wohlwollenden Haltung der k. u. k. Regierung gegenüber Ägypten zu überzeugen. Die seiner Meinung nach seitens der Habsburgermonarchie durch die sorgfältige Auswahl der Personen für die neuen Gemischten Tribunale und die stets vermittelnde Rolle in internationalen Kommissionen eindeutig unter Beweis gestellt wurde. Als Vorbild nannte er hier die Beteiligung Österreichs an der osmanischen Finanzkommission von 1858<sup>251</sup>, als die Hohe Pforte zur Regelung seiner Finanzen die Unterstützung durch britische, französische und österreichische Beamte erbat.<sup>252</sup>

Der Khedive gab dem österreichischen Gesandten jedoch zu verstehen, dass es nicht in seinem Ermessen, sondern in dem der drei anderen Großmächte läge, die Zusammensetzung des Aufsichtsrates zu bestimmen. Offensichtlich befürchtete er, durch ein Eingreifen in die Mitgliedschaft des Aufsichtsrates in weiterer Folge zur Konstituierung einer internationalen Kommission gezwungen zu werden, die ihn noch mehr in seiner Souveränität beschnitten hätte. Wie sich herausstellte eine vergebliche Taktik, denn die Schuldenkommission und die europäische Verwaltung kam, ungeachtet ob es der Khedive wollte oder nicht. Zudem ahnte der Vizekönig, dass jede Aktion seinerseits zu Gunsten einer europäischen Macht bei den anderen unweigerlich den Anschein der Bevorzugung erwecken würde. Aus diesem Grunde hatte Ismail nur wenige Tage früher das gleiche Ansuchen des deutschen Generalkonsuls Theodor von Bunsen abgelehnt. Für den österreichischen Gesandten war jedoch das Anliegen der Habsburgermonarchie nicht mit jenem Deutschlands oder Russlands vergleichbar. Mayrs Argument betraf den Fall der Reorganisation der osmanischen Finanzen. Er versuchte den Khediven zu überzeugen, dass eben diese beiden Staaten jede Teilnahme an osmanischen

---

<sup>250</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, Kt. 177 r.4, HP 4-20/3-14, 826.

<sup>251</sup> CLAY, Gold for the Sultan, S. 47f.

<sup>252</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, Kt. 177 r.4, HP 4-20/3-14, 835.

Projekten verweigerten, da sie sich einerseits zu wenig beteiligt fühlten und andererseits keine moralische Verantwortung übernehmen wollten. Wie wir jedoch aus dem britischen Gebaren wissen, entsprach das „moralische“ Argument wohl eher einer Verhandlungstaktik um die eigenen Ziele zu erreichen, als einer ernsten Sorge über die möglichen Auswirkungen einer europäischen Verantwortung. Zudem bemühte sich Mayr dem Khediven zu versichern, dass Deutschland keine Interessen im Orient besaß, und die Regierung in Berlin stets Österreich-Ungarn den Vortritt in der orientalischen Frage gelassen hätte. Schwegel bezeichnete die deutsche Zurückhaltung in der Orientpolitik gar als ein Kompliment Bismarcks an Österreich-Ungarn, der dafür „*keinen Knochen eines märkischen Füsiliers opfern wollte*“.<sup>253</sup> Lange Zeit verfolgte der deutsche Reichskanzler eher den Ansatz: „*Solange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik*“.<sup>254</sup> Darüberhinaus benötigte das Deutsche Kaiserreich nach seiner Gründung 1871 noch eine Weile bis die Transformation zu einem ausreichenden Schwergewicht im *Concert Européen* vollzogen war. Dieser Fall trat erst gegen Ende der 1870er Jahre mit der Ausrichtung zahlreicher internationaler Konferenzen in Berlin ein (z.B. Berliner Kongress 1878, Berliner Konferenz 1880, Kongokonferenz 1884/85, Berliner Samoa-Konferenz 1889). So betrachtet waren Mayrs Zweifel durchaus berechtigt, ob das Ansuchen des deutschen Generalkonsuls tatsächlich im Auftrag der Berliner Regierung erfolgte, oder ob es sich nicht doch vielmehr um eine persönliche Initiative des Diplomaten handelte. Eine Sichtweise, die der Khedive mit dem österreichischen Gesandten teilte, da Bunsen nach dessen Ablehnung seines Begehrens nicht weiter darauf drängte, was in ihren Augen für einen fehlenden Rückhalt durch die deutsche Regierung gesprochen hätte.<sup>255</sup>

Es vergingen fast zwei Monate, von der Entschlussfassung am Ballhausplatz einen österreichischen Sitz zu beanspruchen bis zur Entscheidung des Khediven schlussendlich doch ein entsprechendes Angebot an Österreich-Ungarn zu stellen. Lange Zeit hatte Ismail versucht, den Gesandten von Mayr davon zu überzeugen, dass die zu berufende Kommission nur aus den Mitgliedern aus Frankreich, Großbritannien und Italien bestehen konnte. Jedes andere Zugeständnis an die Habsburgermonarchie hätte ihn in seinen Augen zu gleichlautenden Angeboten an Deutschland und Russland verpflichtet, wodurch er sich selbst den gesamten europäischen Großmächten ausgeliefert hätte.<sup>256</sup> Die Weigerung Londons einen Delegierten zu entsenden und die damit einhergehende Unsicherheit für das Zustandekommen

---

<sup>253</sup> ROZMAN, Baron Josef Schwegel, S. 252f.

<sup>254</sup> zitiert nach BAUMGART Winfried, *Bismarcks Kolonialpolitik* (Berlin, 1992), online unter: <http://ubm.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2011/2660/> (09. August 2016), S. 141-153, hier S. 142.

<sup>255</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, Kt. 177 r.4, HP 4-20/3-16, 2410.

<sup>256</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, Kt. 177 r.4, HP 4-20/3-16, 2410.

des Geschäfts betrachtete der Vizekönig zunächst nicht als einen ausreichenden Grund, um Österreich-Ungarn einen vierten Sitz anzubieten. Notfalls sollten eben Frankreich und Italien alleine die Agenden der Kommission übernehmen.<sup>257</sup> Doch Ismail schien mit diesem Arrangement alles andere als glücklich zu sein. So beschwerte er sich beim britischen Generalkonsul, die britische Regierung würde mit ihrem Widerstand die Regelung der ägyptischen Finanzangelegenheit ausschließlich den beiden anderen Mächten überlassen.<sup>258</sup> Über die genauen Umstände, die es der Habsburgermonarchie schlussendlich doch noch ermöglichten einen Kommissar zu stellen, ist an dieser Stelle nur eine Annahme zu treffen: der Khedive wollte sich offensichtlich doch nicht dem alleinigen Wohlwollen Frankreichs und Italiens ausliefern. Da Großbritannien anfangs nicht zu Verfügung stand, musste ein Ersatz gefunden werden. In der Hoffnung, die britische Regierung würde früher oder später doch noch einen Kommissar nominieren – Ismail wollte nicht auf die Beteiligung Londons bei der Reorganisation der ägyptischen Finanzen verzichten, schuf man kurzerhand einen vierten Posten für Österreich-Ungarn. Hier schien sich nun am Ende doch noch die Hartnäckigkeit des österreichischen Gesandten ausgezahlt zu haben. Die Habsburgermonarchie übernahm gewissermaßen für die Anfangsphase die Rolle Großbritanniens, damit Frankreich und Italien keine zu starke Position in der Schuldenkommission und in weiter Folge gegenüber Ägypten einnehmen konnten.

---

<sup>257</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 34 S.R, Kt. 177 r.4, HP 4-20/3-16, 2277.

<sup>258</sup> TNA, FO 407/9, *Correspondence respecting the Finances of Egypt. March 1876 to December 1877*, S. 9, Nr. 12.

### III. 6. Die Caisse und die österreich-ungarische Eisenbahnpolitik am Balkan

Mit der Beteiligung an der internationalen ägyptischen Schuldenverwaltung verfolgte Österreich-Ungarn im Grunde zwei Ziele: einerseits die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen im gesamten Osmanischen Reich und damit Ägypten eingeschlossen; andererseits den imperialistischen Wettkampf der europäischen Großmächte für seine eigenen politischen Ziele zu nutzen, welche nun einmal vorwiegend in Europa lagen und sich nach den Niederlagen in Italien (1859) und Deutschland (1866) vor allem auf den Balkan konzentrierten.

Im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich waren Financiers und Banken aus der Habsburgermonarchie erst in den frühen 1870ern, also relativ spät im osmanischen Finanz- und Anleihenmarkt mit eigenen Bankengründungen beziehungsweise direkten Investitionen im großen Stile aktiv geworden.<sup>259</sup> Auffallend, der Ein- und Anstieg des österreich-ungarischen Finanzengagements in Konstantinopel fiel genau in eine Zeit, in der bereits seit Mitte der 1860er Jahre aufmerksame Beobachter und Kenner des Osmanischen Reiches immer wieder vor einem Staatsbankrott warnten.<sup>260</sup> In Ägypten war man dagegen bereits etwas früher aktiv geworden. Eine Erklärung für den späten Einstieg in den osmanischen Finanzmarkt bietet die äußerst fragile außen- und innenpolitische Situation der Habsburgermonarchie im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Mehrere kostspielige Kriege zur Wahrung seiner Interessen hatten über viele Jahre hinweg einfach die bescheidenen finanziellen und militärischen Kräfte Österreichs respektive Österreich-Ungarns gebunden.

Europäische Direktinvestitionen im Osmanischen Reich betrafen vor allem den Eisenbahnbau. Eine äußerst profitable Form des Investments für die Europäer, denn die durch „europäisches Kapital“ gebauten und betriebenen Eisenbahnen versprachen nicht nur eine gute Rendite, sondern sicherten darüber hinaus dem Land aus dem das Kapital kam den Einfluss über die Regionen, in der sie die Eisenbahnlinien bauten. Allerdings war es im 19. Jahrhundert üblich kaum die Inhaber von Anteilen an den Eisenbahngesellschaften für die Kosten des Eisenbahnbaus aufkommen zu lassen, wodurch man den Aufbau einer Spekulationsblase regelrecht anheizte.<sup>261</sup> Im Fall des Osmanischen Reiches und Ägypten bedeutete dies, dass man den Auftraggeber mit Eisenbahnanleihen weiter belastete. Die betroffenen Staaten erhielten zwar oftmals Gründeraktien, hatten aber auch den Großteil der

---

<sup>259</sup> PAMUK, *Ottoman Empire and European Capitalism*, S. 73.

<sup>260</sup> CLAY Christopher. *Gold for the Sultan*, S. 297f.

<sup>261</sup> PLUMPE, *Wirtschaftskrisen*, S. 64.

Kosten zu tragen. Auch die Finanzierung des Suezkanals war bekanntlich auf diese Weise erfolgt. Im Idealfall hätten die späteren Einnahmen durch den Betrieb der Infrastrukturprojekte diese Anleihen refinanzieren sollen.<sup>262</sup> Die Wirtschaftskrise von 1873 sowie die daraufhin folgende Great Depression machten diesen Plan jedoch zunichte. Im Osmanischen Reich und seinen Provinzen verschärfte zudem noch eine Schuldenkrise die Situation und trieb diese Länder schlussendlich in die Hände seiner Gläubiger und der europäischen Großmächte.

Der Eisenbahnbau war somit zu einem Schlüsselement in der imperialistischen Aufteilung des Osmanischen Reiches in europäische Einflussphären geworden. Auf diese Weise erhielten die jeweiligen finanzierenden Mächte in ihrem Wirkungsbereich Zugriff auf die Rohstoffe, Lebensmittel und Absatzmärkte für ihre eigenen Erzeugnisse, bei gleichzeitig relativ geringem Kostenaufwand. Auch die europäische Schwerindustrie profitierte von den Exporten notwendiger Baumaschinen und des Baumaterials, wie Eisen und Stahl, sowie Waggons und Lokomotiven in das Osmanische Reich. Die Auswirkungen dieser Investitionen waren enorm. Das Ergebnis war einerseits eine Steigerung der exportorientierten Landwirtschaft, andererseits trug er auch zum rasanten Niedergang des protoindustriellen Handwerks bei, welches sich nicht mehr gegen die Billigprodukte aus Europa behaupten konnte. Die europäischen Großmächte sicherten sich in ihren Einflussphären eine quasi monopolhafte Stellung, die es natürlich ständig gegen die Konkurrenten zu behaupten galt. Dabei waren manche Gebiete stärker umkämpft als andere, wie zum Beispiel Ägypten, wo Großbritannien die Eisenbahnlinien und Frankreich, allerdings nur bis zum Kauf der vizeköniglichen Anteile durch die britische Regierung, den Suezkanal dominierten.<sup>263</sup>

Während Großbritannien und Frankreich ihr Hauptaugenmerk vor allem auf die Levante und Nordafrika konzentrierten, lag Österreich-Ungarns politische Interessensphäre im Osmanischen Reich eindeutig auf dem Balkan. Die Halbinsel im Süden des Habsburgerreiches war ein brodelnder Kessel, der immer wieder Quelle von Unruhen, Grenzeinfällen und nationalistischer Streitigkeiten waren. Immerhin waren beide Reiche als Vielvölkerstaaten durch den aufkommenden Nationalismus besonders betroffen. Sowohl am Ballhausplatz, als auch bei der Hohen Pforte hatte man daher ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung des *status quo*, der Russland vom Balkan fernhielt und die auf beiden Seiten der Grenze lebenden slawischen Völker unter Kontrolle halten sollte. Denn jede national-revolutionäre Bewegung besonders in den Balkanprovinzen des Osmanischen

---

<sup>262</sup> PLUMPE, Wirtschaftskrisen, S. 64.

<sup>263</sup> PAMUK, Ottoman Empire and European Capitalism, S. 68f.

Reiches, so die Befürchtung in Wien, barg immer auch das Gefahrenpotential, auf das Habsburgerreich überzuspringen.<sup>264</sup> Für die Regierung in Wien war daher die Verteidigung der Ordnung des Wiener Kongresses und des „Balance of Power“-Ideals regelrecht zum ultimativen Dogma geworden.<sup>265</sup> In Wien reifte deshalb schon früh der Gedanke sich einige rumelische Provinzen des osmanischen Reiches, namentlich Bosnien und Herzegowina anzueignen.<sup>266</sup> Allerdings wurde die Einverleibung in die Habsburgermonarchie aus politischen Gründen immer wieder hinausgeschoben. Die Annexion erfolgte letzten Endes erst 1908, nachdem man im Rahmen des Berliner Kongresses 1878 Österreich-Ungarn bereits die Verwaltung in Bosnien und Herzegowina übertragen hatte.<sup>267</sup>

Der Bau der Orientbahn durch die rumelischen Provinzen, von Wien nach Konstantinopel, war von Anfang an ein Drahtseilakt zwischen enormen finanziellen Herausforderungen und divergierender politisch-strategischer Interessen. Obwohl die Idee einer Eisenbahnlinie vom internationalen Finanzkapital bereits in den 1850er Jahren ins Auge gefasst wurde, wirkte nicht nur die unsichere finanzielle Lage des Osmanischen Reiches, sondern auch die Vielzahl an Akteuren hemmend. Erst Mitte der sechziger Jahre entschloss sich die Regierung in Konstantinopel, den Bau eines Eisenbahnnetzes in Erwägung zu ziehen. Die politische Lage am Balkan war alles andere als ruhig. Da waren einerseits die nach Autonomie strebenden Provinzen des Osmanischen Reiches, die Hohe Pforte, Russland und andererseits die unterschiedlichen Vorstellungen in Österreich-Ungarn selbst. So bevorzugte Wien aufgrund der blockierenden Haltung Serbiens eine Streckenführung über Bosnien, während Budapest die Trasse über Belgrad präferierte. In Ungarn befürchtete man in dem von der europäischen Öffentlichkeit bereits seit den Fünfzigern als „Weltbahn“<sup>268</sup> propagierten Projekt, keine entsprechende Berücksichtigung zu erhalten, wenn die Linie über Sarajewo geführt würde.

Abseits vom politischen Hin und Her zwischen den beiden Hauptstädten des Habsburgerreiches erhielt schließlich ein Pariser Finanzkonsortium unter der Führung des aus Bayern stammenden belgisch-französischen Bankiers Baron Maurice de Hirsch 1869 den

---

<sup>264</sup> VOCELKA, Das Osmanische Reich und die Habsburgermonarchie, S. 255f.

<sup>265</sup> REID James J., *Crisis of the Ottoman Empire: Prelude to Collapse 1839-1878*. (Stuttgart, 2000), S. 309.

<sup>266</sup> BRIDGE, Österreich (-Ungarn) unter den Großmächten. S. 213.

<sup>267</sup> Artikel 25 des Vertrags von Berlin vom 13. Juli 1878, in: Deutsches Reichsgesetzblatt Band 1878, Nr. 31, S. 326. Allgemein siehe: BRIDGE, Österreich (-Ungarn) unter den Großmächten, S. 249-257.

VOCELKA, Das Osmanische Reich und die Habsburgermonarchie, S. 259-262.

<sup>268</sup> „Die Kaiser Franz Joseph-Orientbahn“ Bremer Handelsblatt [Bremen, Deutschland] 15. November 1856: S. 1166f, in: Bremer Handelsblatt. In Verbindung mit Otto Hübner Nachrichten und Mittheilungen aus der Staats- und Volkswirtschaft und dessen Versicherungszeitung, Jahrgang 1856, Nr. 221 bis 272 (Bremen, 1856) online unter: [https://books.google.at/books?id=A81DAAAacAAJ&dq=editions:xKc0QNth0KsC&hl=de&source=gbs\\_navlinks\\_s](https://books.google.at/books?id=A81DAAAacAAJ&dq=editions:xKc0QNth0KsC&hl=de&source=gbs_navlinks_s) (24. August 2016).

Zuschlag für eine Konzession zum Bau einer Eisenbahnlinie über Bosnien.<sup>269</sup> Andrassy erklärte daraufhin den Bau einer direkten Linie zwischen Budapest und Saloniki – also über Serbien – zur „Existenzfrage“ für Ungarn. Denn er war überzeugt, die Monarchie könnte dadurch die Kontrolle über den gesamten Orientverkehr erhalten. 1871 erzielte Andrassy einen wichtigen politisch-diplomatischen Erfolg, indem sich Vertreter der Monarchie, des Osmanischen Reiches und Serbiens in Wien auf zwei Trassen einigten, eine über Sarajewo und die andere über Belgrad. Allerdings veränderte der steigende Einfluss Russlands in den folgenden Jahren die Situation zu Ungunsten der Habsburgermonarchie. Die Hohe Pforte schloss mit Hirsch einen neuen Vertrag, der die Monarchie aus den angrenzenden Balkanländern vollkommen auszusperrten gedachte.<sup>270</sup>

Alle diese Ereignisse standen in direktem Zusammenhang mit der Orientfrage. Denn im 19. Jahrhundert sah sich der so genannte „schwache Mann am Bosphorus“ nicht nur einer Vielzahl innerer Bedrohungen, sondern auch zunehmend steigender Begehrlichkeiten der Großmächte ausgesetzt. Die ständigen Konflikte mit dem russischen Zarenreich um die Vorherrschaft im Schwarzen Meer sowie dem Zugang zum Bosphorus und den Dardanellen schwächten das Sultanat einerseits militärisch und politisch, andererseits aber auch in finanzieller Hinsicht empfindlich. Darüberhinaus begann zunehmend der Einfluss der Hohen Pforte auf einzelne Provinzen, vorwiegend in Rumelien, dem europäischen Teil des Osmanischen Reiches, und in Nordafrika, zu erodieren.

Angelockt durch diese Schwächen begannen nun auch Großbritannien und Frankreich, sich um lukrative Interessensphären, unter anderem auch als Zwischenstation – als Tor nach Indien – umzusehen. Die Folge waren erhebliche Interessenskonflikte zwischen den beiden Seemächten. Obwohl sie die Kontrolle über einzelne Provinzen des osmanischen Reiches anstrebten, was ihnen bei mehreren Gelegenheiten – Algerien ab 1830, Tunis 1881, Ägypten 1882 – auch gelang, strebten sie nie nach einer Zerschlagung des Osmanischen Reiches. Hier einte sie die Furcht vor dem aggressiven Drang Russlands nach Süden, welcher das Kräftegleichgewicht massiv zu Ungunsten der Westmächte verschoben hätte. Diese Position teilte auch die Regierung in Wien, welche im Laufe des 19. Jahrhunderts immer wieder mit

---

<sup>269</sup> PALOTÁS Emil, C. *Die Außenwirtschaftlichen Beziehungen zum Balkan und zu Russland*. In: WANDRUSZKA Adam, URBANITSCH Peter, *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918*. Band VI/1: *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen* (Wien 1989), S. 584-629, hier S. 595-599. GRUNWALD, Türkenhirsch, S. 28.

<sup>270</sup> PALOTÁS, *Außenwirtschaftliche Beziehungen*, S. 597f.

den russischen Hegemoniebestrebungen am Balkan konfrontiert wurde, was die Beziehungen zwischen Wien und Moskau folgeschwer beschädigen sollte.<sup>271</sup>

Mit der Zuspitzung der Orient- respektive Balkankrise von 1875-1876 erfuhren auch jegliche Eisenbahnpläne am Balkan einen Rückschlag. Die rumelischen Eisenbahnlinien waren damit aus österreich-ungarischer Sicht gewissermaßen zu einem zentralen Punkt der Orientfrage geworden. Denn wer diese kontrollierte, hatte die politische und wirtschaftliche Kontrolle über den Balkan. Als mit der Verschärfung der Krise Mitte der siebziger Jahre die Expansionspläne Richtung Bosnien und Herzegowina wieder in den Mittelpunkt rückten, forderten viele in der Habsburgermonarchie darüberhinaus eine ökonomische Eroberung des gesamten Balkans. Zu diesem Zweck entwarf Schwegel, der bereits erwähnte Chef der handelspolitischen Sektion am Ballhausplatz, ein Aktionsprogramm um die kommerzielle und politische Hegemonie am Balkan zu erlangen. Die wirtschaftliche Emanzipation der Balkanstaaten musste mit allen Mitteln verhindert werden. Eine zentrale Rolle spielten hierbei die Eisenbahn, die Schifffahrt auf der Donau und eine Zollunion.<sup>272</sup> Die Frage der Eisenbahnlinien und der Zollunion finden sich auch in seinen Überlegungen zur Finanzsituation der Türkei wieder, auf dessen Grundlage hin auch die Entsendung eines österreichischen Sondergesandten nach Ägypten erfolgte. Denn Österreich-Ungarn benötigte für seine Balkanpolitik nicht nur ein solventes Osmanisches Reich, sondern auch eine große Menge an Informationen für seine Verhandlungen mit den Großmächten und den betroffenen Kleinstaaten. Auf wirtschaftlicher Ebene hatte sich neben der Eisenbahnfrage auch die Donaufrage zu einem wichtigen Punkt in der Wiener Außenpolitik entwickelt. Als Widersacher traten hier vor allem Großbritannien und Rumänien auf. Der österreich-ungarische Anspruch auf die Führungsrolle in der Kontrolle der Donauschifffahrt belastete besonders die ohnehin schon schweren Beziehungen zu den Balkanstaaten, wodurch sich deren wachsende feindliche Einstellung gegenüber der Habsburgermonarchie noch verstärkte.<sup>273</sup>

---

<sup>271</sup> FISCHER, Österreich im Nahen Osten, S. 57.

<sup>272</sup> PALOTÁS, Außenwirtschaftliche Beziehungen, S. 599f.

<sup>273</sup> PALOTÁS, Außenwirtschaftliche Beziehungen, S. 599-609, besonders 608f.

### III. 7. 1876: nicht zum ersten Mal – Österreich und die Ägyptenkrise 1839-41

Mit seiner Teilnahme an der Errichtung der *Caisse de la Dette Publique Egyptienne* im Jahr 1876 war Österreich-Ungarn nicht zum ersten Mal Teil einer gegen Ägypten gerichteten multilateralen Operation der europäischen Großmächte. Die erste Intervention fand im Zuge der Orientkrise von 1839/41 noch unter bedeutender österreichischer Beteiligung statt. Sie war in den Augen eines Großteils der europäischen Regierungen – mit Ausnahme jener Frankreichs – notwendig geworden, da sich das Land am Nil gegen Ende der 1830er Jahre von einem anfänglichen Hoffungsmarkt für europäische Waren und ägyptische Rohstoffe, vor allem aber sein visionärer Herrscher Muhammed Ali Pascha, zu einem unliebsamen Störfaktor und Konkurrenten entwickelt hatte.<sup>274</sup>

Neben der Federführung durch die Regierung in London engagierte sich bei dieser Gelegenheit auch das Kabinett von Fürst Clemens Metternich in einer für die österreichische Staatsmacht eher seltenen Intensität außerhalb Europas. Natürlich hatte es davor und danach auch direkte Teilnahmen an militärischen Interventionen außerhalb des Kontinent gegeben, man denke zum Beispiel an die verlustreiche und wenig erfolgreiche Beteiligung der kaiserlichen Kriegsmarine am „Kampf gegen Piraten“ in der Maghreb-Region 1828/29<sup>275</sup>, den logistischen Assistenzinsatz österreichischer Handelsschiffe bei der französischen Algerien-Invasion 1831 – 1835 zur Versorgung der Invasionsarmee mit Nachschub<sup>276</sup> oder die Entsendung von Schiffen und Truppen nach China zur Niederschlagung des Boxeraufstandes im Sommer 1900<sup>277</sup>. Kam es dennoch im Zuge von kolonialen Krisen zu einem außereuropäischen Einsatz, wie zum Beispiel bei der Urabi-Bewegung und der anschließenden Okkupation Ägyptens durch Großbritannien 1882, zu Entsendungen von k. u. k. Kriegsschiffen, dann nicht um sich aktiv an den Kampfhandlungen zu beteiligen, sondern um Flagge zu zeigen und um im Falle des Falles die eigene Handelsschiffahrt und Untertanen zu schützen. Darüberhinaus hatten Österreich oder später die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn allerdings über weite Teile des 19. Jahrhunderts schlichtweg einfach nicht das militärische Potential für größere Engagements außerhalb Europas. Seine Hauptkräfte benötigte die Monarchie vielmehr am europäischen Kontinent bei seinen zahlreichen Versuchen ihren sukzessiven Macht- und Einflussverlust aufzuhalten.

---

<sup>274</sup> Zu Österreich und Muhammed Ali siehe: ŠEDIVÝ Miroslav, *Metternich, the Great Powers and the Eastern Question* (Pilsen, 2013).

<sup>275</sup> Sauer, k. u. k. Kolonial, S. 22

<sup>276</sup> ANGERLEHNER Rudolf, *Österreichischer Schiffsverkehr und Seehandel 1815-1838*. Erster Teil (unpubl. Dissertation, Wien, 1968), S. 169f.

<sup>277</sup> SONDHAUS Lawrence, *The Naval Policy of Austria-Hungary, 1867 – 1918. Navalism, Industrial Development, and the Politics of Dualism*. (West Lafayette, Indiana, 1994), S. 140.

Im Falle der Orientkrise von 1839/41 und seiner militärischen Intervention durch europäische Mächte spielte Wien allerdings noch eine wichtige organisatorische und exekutive Rolle. Mit dem Ende der Kriege gegen Napoleon und bei der Reorganisation Europas am Wiener Kongress hatte sich die Habsburgermonarchie 1814/15 eine herausragende Stellung erworben. Eine zentrale Rolle für den österreichischen Staatskanzler spielte dabei stets ein ausgewogenes europäisches Kräftegleichgewicht. Der Verfall des Osmanischen Reiches war zu einem beharrlichen Faktor europäischer Politik geworden und sollte als „Orientalische Frage“ die Kabinette der Großmächte über das gesamte lange 19. Jahrhundert hinweg beschäftigen. Für Österreich stellte die Schwäche des Sultans in Konstantinopel ein besonders Gefährdungspotential dar, denn die Monarchie teilte nicht nur eine Landgrenze, sondern auch seinen inneren Aufbau als Vielvölkerstaat mit dem Osmanischen Reich, mit gemeinsamen Volksgruppen auf beiden Seiten der Grenze. Die zahlreichen Unabhängigkeitsbestrebungen in den rumelischen Provinzen bedeuteten somit auch eine Gefahr für die Integrität der Donaumonarchie, welche verständlicherweise ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung der in ihren Augen legitimen Ordnung Europas hatte.<sup>278</sup>

Der ägyptische Machtzuwachs und die Erhebung Muhammed Alis gegen seinen Suzerän den Sultan in Konstantinopel musste daher unweigerlich von Metternich als Angriff auf eben diese Ordnung eingestuft werden. Die Einschätzung des Staatskanzlers kam nicht von ungefähr, reihte sich die Herausforderung des Sultans durch den ägyptischen Pascha doch in eine umfangreiche Abfolge secessionistischer Konflikte ein, mit denen sich die Hohe Pforte in dieser Zeit konfrontiert sah. Folglich betrachtete Metternich die ägyptische Krise im Nahen Osten auch von Anfang an als „...*une question grave de haute politique européenne...*“.<sup>279</sup>

Doch neben dem besonders für Österreich sehr gefährlichen revolutionären Potential, lag der Ägypten-Krise wie so oft auch eine ausgeprägte wirtschaftliche Komponente zu Grunde. Mit der Ernennung Muhammed Ali Paschas zum *wali* von Ägypten war der Grundstein zur Modernisierung des Landes gelegt worden. Das Land am Nil war zum Hoffungsmarkt für Europa geworden. Auch Österreich gelang es anfangs vom fulminanten Aufschwung des ägyptischen Außenhandels zu profitieren. Das Wachstum des bilateralen Handels war bemerkenswert, wenn auch mit einer ständigen negativen Handelsbilanz für die Donaumonarchie. Laut einer von Anton von Prokesch 1830 veröffentlichten Statistik zählte Österreich in der Zeit längst zu den größten Handelspartnern Ägyptens. Bereits zu Beginn der

---

<sup>278</sup> SAUER, k. u. k. Kolonial, S. 28. ŠEDIVÝ, Metternich, S. 33-58, 751-776.

<sup>279</sup> SAUER, k. u. k. Kolonial, S. 28.

1820er Jahre verfügten österreichische Handelshäuser alleine in Kairo über 28 Niederlassungen, gefolgt von zwei weiteren in Alexandrien und einer in Damiette.<sup>280</sup>

Der österreichische Handel mit Ägypten stieß allerdings von Anfang an auf technische sowie politische Hindernisse. Trotz anfänglicher für die Monarchie wichtige Erfolge im Ausbau des Handelsvolumens konnte der Ägyptenhandel auf lange Sicht jedoch nicht ausreichend erfolgreich und konkurrenzfähig bleiben. Einerseits bedeutete ein selbstbewusstes, seine eigenen politischen und ökonomischen Interessen verfolgendes Ägypten, mit seinen Handelsmonopolen ein Erschwernis für die heimischen Händler vor Ort, welche durch hohe Bezugspreise und hohen Abgaben, wie zum Beispiel dem „*Cottimo*“, ihre Handelsspannen empfindlich geschmälert sahen. Andererseits zeigten sich in Österreich wiederum empfindliche Einschränkungen bei den Kenntnissen des ägyptischen Marktes, wie auch bei den Transportverbindungen zwischen der Levante und den heimischen Häfen an der Adria. Auch wenn das Interesse an der einstigen Hoffungsdestination des österreichischen Außenhandels gegen Ende der 1830er Jahre merklich abnahm, sei es durch die bereits erwähnten Schwierigkeiten oder durch die Verdrängung der oft zu hochpreisigen österreichischen Waren durch billigere europäische Konkurrenz, zog diese kurze florierende Handelsepisode doch einige nachhaltige Entwicklungen nach sich. Die Forderung nach besseren Verbindungen bewirkte mit der Gründung des Österreichischen Lloyd im Jahr 1833 den Aufstieg Triestiner Handelskreise zu einer der wichtigsten Kolonial- und Überseeobbys des Reiches, welche immer wieder durch koloniale und kommerzielle Übersee Gedankenspiele auffiel. So setzten sich später besonders Handels- und Wirtschaftstreibende aus Triest für eine intensive österreichische Beteiligung am Suezkanal-Projekt ein.<sup>281</sup> Die Befriedigung des gesteigerten Informationsbedürfnisses der österreichischen Wirtschaft wiederum war der Regierung in Wien durch den Ausbau des diplomatischen Netzwerks zur verstärkten handelspolitischen Berichterstattung gelungen.<sup>282</sup> Mit diesem Schritt legte der Ballhausplatz einen wichtigen Grundstein für eine verstärkte diplomatische Beziehung mit Ägypten und den oftmals außergewöhnlich guten Zugang zu Informationen, von dem die spätere österreichische Mission im Zuge der ägyptischen Staatsschuldenkrise sehr profitieren konnte.

---

<sup>280</sup> SAUER, k. u. k. Kolonial, S. 23. PROKESCH Anton von, *Erinnerungen von Aegypten und Kleinasien 2* (Wien, 1830), Tafeln S. 153f. Für die wirtschaftlichen Interessen Österreichs siehe ŠEDIVÝ, Metternich, S.437-474.

<sup>281</sup> SAUER, k. u. k. Kolonial S. 31.

<sup>282</sup> SAUER, k. u. k. Kolonial, S. 24-27.

### III. 8. „Österreichs“ Kommissar: zwischen Gläubiger-, Schuldner- und Großmachtinteressen

Am 29. April 1876 war es endlich so weit, Mayr meldete nach Wien das Einverständnis des Khediven zur Entsendung eines österreichischen Delegierten in die Schuldenkommission.<sup>283</sup>

Eine Woche nachdem Ismail per Dekret vom 2. Mai 1876 die Gründung einer Schuldenkommission beschlossen hatte, informierte der Ballhausplatz ihren Sondergesandten in Kairo, dass die Entscheidung für den Posten des österreich-ungarischen Delegierten auf den Hofrat im Ministerium des Äußeren und Mitglied der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, Alfred Ritter von Kremer-Auenrode (später Freiherr) gefallen war.<sup>284</sup>

Laut österreichischen Medien soll Kremer allerdings nicht die erste Wahl gewesen sein. Das Außenministerium habe zuerst den Gesandten Graf Rudolf von Mülinen gefragt, als dieser jedoch ablehnte, wählte man Hofrat Kremer.<sup>285</sup> Eine Entscheidung, die sowohl vom Khediven, der österreich-ungarischen Kolonie, als auch von den Gläubigern mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde.<sup>286</sup> Sein Lebenslauf als ein bedeutender österreichischer Orientalist seiner Zeit und Diplomat in der Levante machten ihn zur idealen Besetzung für den Posten eines Delegierten der Habsburgermonarchie. Die kaiserliche Akademie der Wissenschaften nannte ihn anlässlich seiner Ernennung zum korrespondierenden Mitglied 1876 – wirkliches Mitglied wurde er 1878 – in einem Atemzug mit den Orientalisten Alois Sprenger in Bern und Reinhard Dozy in Lyden. Kremer gilt heute als Begründer der modernen Islamkunde und der islamischen Kulturgeschichte. Seine Bedeutung als Kulturhistoriker verdankt er seinen Beschreibungen der Sitten, Denkweisen und Gewohnheiten, der geistigen beziehungsweise materiellen Leistungen eines Volkes, sowie seinen Beobachtungen zum Fortschritt oder Verfall eines staatlichen Organismus. Für ihn stand fest, der Islam konnte nur im Kontext der gesamten Geschichte und Kultur des

---

<sup>283</sup> HHStA MdÄ AR HP F 34 S.R. Kt. 177 r4: HP 4-20/2-19.

<sup>284</sup> HHStA MdÄ AR HP F 34 S. R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-25. BLASCHEK Angela, *Alfred Ritter von Kremer (13.3.1828 – 27.12.1889). Orientalist – Diplomat – Kulturhistoriker*, in: HOLAUBEK Johanna, NAVRÁTILOVÁ Hana, OERTER Wolf B. [Hg], *Egypt and Austria III. The Danube Monarchy and the Orient Proceedings of the Prague Symposium September 11th to 14th, 2006* (Praha, 2007), S. 27-35, hier S. 29. „*Kremer, Alfred Frh. von (1828-1889), Orientalist und Diplomat*“, Österreichisches Biographisches Lexikon, ÖBL 1815-1950, Bd. 4 (Wien, 1968), S. 253f.

<sup>285</sup> „*Banknachrichten*“ Neue Freie Presse [Wien, Österreich] 16. Mai 1876: S. 10. ANNO – AustriaN Newspapers Online (27. August 2016). Graf Rudolf von Mülinen war unter anderem k. u. k. Gesandter in Schweden (1868-1872) und in den Niederlanden (1877-1888), siehe: MATSCH Erwin, *Der Auswärtige Dienst von Österreich(-Ungarn) 1720 – 1920* (Wien, 1986), S. 116, 133.

<sup>286</sup> HHStA MdÄ AR HP F 34 S.R. Kt. 177 r4: HP 4-20/2-35, HP 4-20/3-54.

arabischen Volkes interpretiert werden, nicht nur die Religion, sondern auch das soziale Umfeld mussten deshalb erforscht werden.<sup>287</sup>

Kremers Karriere im diplomatischen Dienst des Habsburgerreiches begann 1852 als erster Dolmetsch im österreichischen Generalkonsulat in Alexandrien. Sieben Jahre lang war er in Ägypten für die im Zuge des konsularischen Dienstes anfallenden Verhandlungen mit der Bevölkerung und den Behörden des Landes, sowie für die gesamte Korrespondenz in Arabisch und Türkisch verantwortlich. Innerhalb von nicht einmal zwei Jahren wurde er zuerst 1857 zum Vizekonsul und 1859 zum Konsul in Kairo ernannt. Nach drei Jahren folgte 1862 die Versetzung nach Galatz, wo er als Delegierter die österreichischen Interessen in der internationalen Donaukommission vertrat. 1870 übernahm er für kurze Zeit als Generalkonsul die k. u. k. Vertretung in Syrien und Beirut, bevor er mit Jahresende als Leiter der Abteilung für Konsularwesen ins Ministerium des Äußeren nach Wien wechselte.<sup>288</sup>

Mit Kremer wurde von der österreichischen Regierung ein wahrer Experte und „Kenner des Ostens“ zum Delegierten in der ägyptischen Schuldenkommission vorgeschlagen. Seine Kenntnisse über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in Ägypten und Syrien machten ihn durchaus zu einem ebenbürtigen Mitglied in der *Caisse*. Zwar verfügten seine Kollegen der Marquis de Blignières für Frankreich, Baravelli für Italien und später Major Evelyn Baring (Earl of Cromer) für Großbritannien, durch ihre früheren Tätigkeiten als hohe Beamte in der Verwaltung ihrer Herkunftsländer sicherlich über eine vergleichsweise höhere ökonomische Routine, ihr politisches und kulturelles Wissen über Ägypten konnte sich allerdings bestimmt nicht mit jenem des Diplomaten und Kulturhistorikers Kremer messen. Allerdings war auch in wirtschaftlicher Hinsicht der österreich-ungarische *Commissaires-Directeur* nicht zu unterschätzen – dies beweisen auch seine zahlreichen Berichte aus Kairo – immerhin war er bereits ein Jahr früher in der „orientalischen“ Schuldenkrise aktiv geworden, als er auf Betreiben von Baron Hirsch neben Graf Prokesch, den früheren k. u. k. Botschafter in Konstantinopel, zum Mitglied eines bilateralen Schiedsgerichtshofes zur Regelung von Hirschs Ansprüchen gegenüber der Hohen Pforte ernannt wurde. Die Regierung in Konstantinopel hatte im Mai 1875 dem Ansuchen des Eisenbahn-Finanziers Hirsch zu einem Schiedsverfahren stattgegeben und ihrerseits zwei Vertreter ernannt, Server Pascha und Oclian Effendi.<sup>289</sup>

---

<sup>287</sup> BLASCHEK, Alfred Ritter von Kremer, S. 30, 33f.

<sup>288</sup> BLASCHEK, Alfred Ritter von Kremer, S. 29.

<sup>289</sup> „Austria“ The Times [London, England] 26. Mai 1875: S. 5. The Times Digital Archive (27. August 2016).

Obwohl die europäischen Direktoren der *Caisse* für die Dauer ihrer fünfjährigen Amtszeit offiziell eigentlich als ägyptische Staatsbeamte galten<sup>290</sup>, erbat sich Kremer vor Antritt seines Dienstes beim Kaiser und beim Außenminister eine Sondergenehmigung, um auch weiterhin als im Personalstand des Ministeriums des Äußeren stehend geführt zu werden. Dies hatte vor allem einen finanziellen Hintergrund. Erstens sicherte sich Kremer damit Pensionsansprüche für die fünf Jahre, in denen er als Beamter des Khediven tätig war, andererseits erlaubte ihm der Kaiser, zusätzlich zu seinem beträchtlichen Gehalt als Kommissar von £ 3.000<sup>291</sup>, seine österreichische Gehaltsfortzahlung in der Höhe von 5.000 Gulden, ab 1878 durch die automatische Gehaltserhöhung 6.000 Gulden jährlich.<sup>292</sup> Die europäischen Direktoren waren allerdings nur auf dem Papier unabhängige ägyptische Beamte, in erster Linie waren sie die Vertreter der Großmächte und ihrer Interessen, wie folgender Machtkampf zwischen den Großmächten beweist, in dem auf der einen Seite Großbritannien und Frankreich, auf der anderen Seite das Habsburgerreich, Deutschland und Italien, unter österreich-ungarischer Federführung um Einfluss in Ägypten rangen.

Kremers Amtszeit (1876-1881) als einer von vier europäischen Direktoren der *Caisse de la Dette* fiel genau in eine der wichtigsten Perioden der ägyptischen Geschichte. Stellte das Jahr 1876 für das Land doch eine Zäsur dar, indem es zunächst unter die Kontrolle eines gemeinsamen europäischen Schuldenprotektorats gestellt und ab 1882 zu einem britischen Protektorat wurde. Kremer trat seinen Posten als Direktor der *Caisse* und als Mitglied des *Conseil Suprême du Trésor* im Juni 1876 an.<sup>293</sup> Die Berichte des österreich-ungarischen Delegierten geben einen guten Einblick in die komplexen Vorkommnisse, die komplizierte Finanzlage, die oftmals schwierigen Verhandlungen und die diversen Machtkämpfe wieder. So bemühte sich zum Beispiel die anglo-französische „Allianz“ in Ägypten, repräsentiert durch Baring und Blignières, um den Ausschluss der beiden anderen Mächte, Österreich-Ungarn und Italien, von den ägyptischen Finanzangelegenheiten. Aus Kremers Sicht leistete die Schuldenkommission jedoch in seiner ursprünglichen Zusammensetzung aus hohen Beamten, mit Blignières, Baravelli, Kremer und später Baring, gute Arbeit:

---

<sup>290</sup> KAUFMANN Wilhelm, *Die Kommissare der Kasse der ägyptischen Staatsschuld und das internationale Recht*. (Berlin 1896), S. 11.

<sup>291</sup> Später im Zuge der Erweiterung der *Caisse de la Dette* um je einen Kommissar aus Deutschland und Russland wurden die jährlichen Bezüge auf £ 2.000 reduziert, siehe HCPP, Egypt. No.6 (1887), Despatches from Sir E. Baring respecting the employment of Europeans in the Egyptian public service.

<sup>292</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 4, Kt. 177, Kremer, 8028. Beim Dienstantritt Kremers am 15. Juni 1876 notierte der Wechselkurs bei 10 Pfund Sterling = 120,90 Gulden österreichischer Währung. Umgerechnet betrug sein Gehalt als Kommissar der *Caisse* damit mehr als das 7-fache seines österreichischen Jahresgehaltes. Siehe „*Wechselkurs*“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 15. Juni 1876: S. 10. ANNO (27. August 2016).

<sup>293</sup> HHStA, MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4: HP 4-20/3-40.

*„In dieser Zusammensetzung erzielten wir bedeutende Erfolge und als wir die Enquête-Commission bildeten, waren wir die höchste Behörde des Landes und beherrschten durch ein Jahr Aegypten.“*<sup>294</sup>

Nach und nach schieden jedoch 1879 der französische und der britische Direktor der Caisse aus, um andere Aufgaben im Sinne der Dual-Control zu übernehmen.<sup>295</sup> Anstelle für eine hochrangige Nachbesetzung zu sorgen, entschieden sich diese jedoch, die frei werdenden Posten mit niedrigeren Beamten als Strohmännern zu besetzen. Für Blignières, einen ehemaligen französischen Präfekten und *Inspecteur des Finances* in Paris, kam mit V. Bellaigue de Bughas<sup>296</sup> ein einfacher französischer Rechnungsbeamter und Baring wurde durch (Sir) Auckland Colvin<sup>297</sup>, einen Beamten des indischen Zivildienstes ersetzt. Für Kremer schien es als würden Blignières und Baring alles unternehmen, um die Schuldenkommission lahm zu legen und ihren dominierenden Einfluss zu beenden.<sup>298</sup>

Mit ihrem Vorgehen lösten die beiden einen Machtkampf zwischen Wien und den Westmächten aus. Eine interne Korrespondenz des Bankhauses Rothschild bezeichnete Blignières und Baring gar als „Diktatoren“, die ihre Befugnisse überschritten hatten und sich durch die Eingriffe in den Kompetenzbereiche der *Caisse de la Dette* Feinde geschaffen haben:

*„Nous sommes parfaitement de votre avis que Messieurs Blignières et Baring, dans leur zèle et leur ambition, ont déjà dépassé la limite de leurs fonctions, et que par leurs dernières mesures dans les questions d'impôt et du remaniement des attributions de la "Caisse de la Dette", ils se sont créé des ennemis qui pourraient mettre une fin assez subite à leur rôle de Dictateurs en Egypte.“*<sup>299</sup>

Die österreichische Regierung machte es sich zur Aufgabe, die Stellung der Schuldenkommission zu verteidigen und hatte damit bis zu einem gewissen Grad auch Erfolg. Österreich-Ungarn war im Zuge der Rothschild-Anleihe sehr darauf bedacht gewesen, allen Gläubigern der Daira und Domäne Darlehen die gleichen Rechte zu sichern, ganz besonders jenen deren Anleihen vor dem 3. Februar 1878 datierten. Sir Henry Elliot war über diesen Schritt der kaiserlichen Regierung allerdings sehr verwundert, denn seinen Informationen

<sup>294</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 4, Kt. 177, Kremer, ad I 7476.

<sup>295</sup> MARLOWE, Cromer in Egypt, S. 42.

<sup>296</sup> Bellaigue de Bughas Unterschrift taucht erstmals im Bericht der Caisse von 1879 auf, siehe: *Compte Rendu des Travaux de la Commission de la Caisse Spéciale de la Dette Publique d'Égypte. Pendant l'année 1879* (Kairo, 1880), S. 81.

<sup>297</sup> TOMLINSON B. R., „*Colvin, Sir Auckland (1838-1908)*“, Oxford Dictionary of National Biography (Oxford, 2004), online unter: <http://www.oxforddnb.com/view/article/32516> (28. August 2016).

MARLOWE, Cromer in Egypt, S. 52.

<sup>298</sup> HHSTA, MdÄ, AR, F 4, Kt. 177, Kremer, ad I 7476.

<sup>299</sup> RA, ELB 0, Londres le 6 Février 1880. Für die autokratische Führung durch Baring und Blignières beziehungsweise ihre Pläne siehe MARLOWE, Cromer in Egypt, S. 45-52.

nach befand sich kein einziger österreich-ungarischer Untertan im Besitz solcher Schuldtitel. Dennoch war man am Ballhausplatz bereit, sich gegen die anderen Großmächte zu stellen und die Angelegenheit zu einer „*conditio sine qua non*“ zu erklären. Weder das Deutsche Kaiserreich, noch das Königreich Italien hatten prinzipiell Einwände gegen den Plan des Bankhauses Rothschild; sie waren jedoch bereit, den Entscheidungen der Wiener Regierung zu folgen. Ihre Unterstützung für das Habsburgerreich war jedoch nicht unbegrenzt. So befürchtete Bismarck durch die Wiener Pläne eines dritten Generalkontrolleurs eine unerfreuliche Stärkung der britischen Position, da er Frankreich als Juniorpartner im anglo-französischen Kondominium der Dual Control betrachtete. Der deutsche Kanzler war sich bewusst, dass Großbritanniens und Frankreichs Interessen viel höher waren als jene der anderen Mächte.<sup>300</sup> Letzten Endes verzögerte die österreichische Regierung die Ausgabe der Anleihe immerhin um sechs Monate und bereitete dem Bankhaus Rothschild damit gleichzeitig empfindliche „Kopfschmerzen“. Mit mäßigem Erfolg, wie sich herausstellte. Dennoch war es Österreich-Ungarn zusammen mit Deutschland und Italien gelungen allen Inhabern von Daira Schuldtiteln die gleichen Rechte zu sichern, die Zuweisung des Anleihens zur Tilgung der Schwebenden Schuld durchzusetzen und den Westmächten das Versprechen abzurufen die Zuständigkeit bei der *Caisse* anzusiedeln. Die Stärkung der anglo-französischen Dual-Control konnte allerdings nicht verhindert werden. Doch warum war man in Wien augenscheinlich bereit sich auf ein Kräftemessen mit Paris und London einzulassen?<sup>301</sup>

Im Juli 1879 herrschte bei Rothschild zunächst durchaus noch Zuversicht, der österreichische Widerstand würde nur von kurzer Dauer sein. Immerhin hatten bereits drei Hauptmächte ihre Zustimmung zur Kreditaufnahme signalisiert. Die britische Bank vermutete hinter der Weigerung Österreich-Ungarns nicht nur die Befürchtung der Regierung, die für die Verminderung der Schwebenden Schuld geplante Anleihe könnte für andere Zwecke missbraucht werden, sondern ganz explizit auch eine Anstiftung durch Alois von Lapenna, dem österreich-ungarischen Delegierten bei den *Tribunaux Mixtes d'Egypte* und Vizepräsidenten des internationalen Berufungsgerichtes in Alexandrien.<sup>302</sup> Ein Verdacht, der wie nachfolgende Darstellung zeigt, durchaus im Rahmen des Möglichen lag.

---

<sup>300</sup> KRÖGER, *Le bâton égyptien*, S. 51.

<sup>301</sup> HCPP, Egypt. No. 2 (1880). Further correspondence respecting the affairs of Egypt, S. 57, 70, 104, 136f. RA, ELB 0, 21. November 1879.

<sup>302</sup> RA, ELB 0, London 25. Juli 1879; London 8. August 1879.

Tatsächlich hatte der österreichische Richter einen Plan entwickelt, um die noch ungeklärte Kompetenzfrage zwischen den mit Jänner 1876 etablierten Gemischten Gerichtshöfen und den weiterhin aktiven Konsulargerichten im Falle des Konkurses einer ägyptischen Aktiengesellschaft mit ausländischer Beteiligung zu beenden. Nachdem Kapitalgesellschaften fast ausschließlich in den Bereich der Kapitulationen fielen, gehörten die Investoren in der Regel den verschiedensten Nationalitäten an, sei es als Staatsbürger oder als Schutzgenossen. Als solche konnten sie sich nicht nur auf die Zuständigkeit der jeweiligen nationalen Rechtsnormen, sondern auch auf die Konsulargerichtsbarkeit ihres Herkunftsbeziehungsweise Schutzlandes berufen. Eine Insolvenz beschäftigte daher auch meist nicht nur ein Konsulargericht. Lapenna war sich der Schwierigkeiten bewusst und empfahl alle Konkursverfahren zukünftig in die Jurisdiktion der Gemischten Gerichtshöfe zu legen. Er ging sogar so weit, seine Anregung auf alle Rechtsfälle in Ägypten auszuweiten, unabhängig von der Herkunft der Prozessparteien, sprich ohne Unterschied ob Ägypter oder Fremder. Um das größere Pensum zu bewerkstelligen, sollten einfach ein paar europäische Richter mehr für zusätzliche Sitzungen auf individueller Vertragsbasis eingestellt werden. Obwohl es durchaus einige positive Stimmen für eine großzügigere Auslegung der Zuständigkeiten der Gemischten Gerichtshöfe gab, scheiterte Lapenna durch seine eigenen Kollegen beim Berufungsgericht. Während Ismails Berater den Vorschlag des österreichischen Richters als einen ersten Schritt in Richtung einer Vereinheitlichung der ägyptischen Justizbehörden begrüßten, beharrten die Richter der anderen Nationen, in Bezug auf alle die Gemischten Gerichte betreffenden Gesetzesänderungen, auf die Zustimmungspflicht durch die Konsulate. Zu gefährlich erschien es vielen Ausländern in Ägypten, wenn die Gemischten Gerichtshöfe ihre Kompetenzen selbst, ohne Rücksicht auf die Kapitulationen verändern könnten. Da im Gegenteil aber der ägyptische Justizminister und spätere Premier Muhammad Sharif Pascha<sup>303</sup> nicht gewillt war, den Vertretern der vierzehn Kapitulationsmächte ein solches Vetorecht zuzugestehen, wurde die Debatte um die von Lapenna geforderte bevorzugte Stellung der Gemischten Tribunale schließlich beendet.<sup>304</sup>

Einen eindeutigeren Hinweis auf den Ursprung für die vom Ballhausplatz ausgehende Gegenwehr zur Rothschild-Anleihe liefern hingegen britische Akten zu den „Affaires of Egypt“.<sup>305</sup> Hier zeigt sich, die k. u. k. Regierung unternahm offensichtlich auf Anregung von

---

<sup>303</sup> GOLDSCHMIDT Arthur, *Biographical Dictionary of Modern Egypt* (Boulder CO, 2000), S. 191.

<sup>304</sup> CANNON Byron, *Politics of Law and the Courts in Nineteenth-Century Egypt* (Salt Lake City, 1988), S. 72, 80f.

<sup>305</sup> HCPP, Egypt. No. 2 (1880).

Kremer einen Vorstoß, um sich dem anglo-französischen Machtzuwachs durch die Dual Control entgegenzustellen, beziehungsweise die Gründung einer Kommission zur Überwachung der dringend notwendigen Liquidation voranzutreiben. Ausgehend von einem Memorandum des österreich-ungarischen Mitglieds in der *Caisse de la Dette* präsentierte man sich 1879 in Wien wenig erfreut von den Geschehnissen in Ägypten. Kremers Kritik betraf vor allem die Entwicklung der beiden Ämter des britischen und französischen Generalkontrollleurs und die Kontrolle der ägyptischen Finanzen, deren Fortsetzung er in der bestehenden Form nicht für ratsam hielt. Seiner Meinung nach hatte sich das System als fehlerhaft erwiesen, indem es den Generalkontrollleuren innerhalb der Finanzkontrolle durch die vier europäischen Großmächte zu einer exponierten Lage verhalf. Ausgestattet mit besonderen administrativen Befugnissen erlaubte ihnen diese Entwicklung nicht nur eine Vermischung mit der ägyptischen Exekutive, sondern auch eine größere Bandbreite von Einflussmöglichkeiten auf die Regierung des Khediven, im Vergleich zu den Direktoren der *Caisse*. Diese Sonderstellung brachte die beiden Kontrolleure wiederum in einen Konflikt zur Schuldenkommission, offensichtlich vorrangig mit dem österreichischen Vertreter, der in der ungenauen Definition und Verteilung der Kompetenzen zwischen den Kontrolleuren einerseits und der Kommission andererseits eine Quelle für Spannungen sah. Der österreich-ungarische Direktor der Schuldenkommission sah für eine effektive Lösung der ägyptischen Finanzprobleme daher nur eine Möglichkeit, nämlich, eine stabile und gleichberechtigte Kooperation aller beteiligten Parteien – womit er allerdings nur die europäischen Großmächte meinte.<sup>306</sup>

Zu diesem Zweck empfahl Kremer die sofortige Etablierung einer „unabhängigen“ europäischen Kontrolle der ägyptischen Finanzen und Administration, sowie einen entschiedenen Abschluss der Schuldenkrise durch die geplante Liquidation. Ausgehend von der bereits bestehenden Institution der europäischen Staatsschuldenkommission, sollte diese in eine Oberste Kontrollkommission umgewandelt werden. Neben den vier Kommissären der *Caisse* hätte dieses projektierte Kontrollgremium auch die beiden von Frankreich und Großbritannien delegierten Generalkontrollleure sowie ein neu dazugekommenes deutsches Mitglied umfasst. Die Amtszeit dieser Obersten Kommission sollte zunächst auf fünf Jahre begrenzt werden, vergleichbar mit den Gemischten Gerichtshöfen. Auf keinen Fall durfte Ägypten auf unbestimmte Zeit unter die Vormundschaft der Großmächte gestellt werden. Eine Kontrolle sollte nur so lange dauern, bis die Reorganisation der Verwaltung des Landes

---

<sup>306</sup> HCPP, Egypt. No. 2 (1880), S. 31, 45f.

abgeschlossen war und die Ägypter selbst die Sicherheit der europäischen Gläubigerinteressen gewährleisten konnten. Mit der Zusicherung von je zwei Vertretern für die Westmächte erkannte Kremer gewissermaßen deren vorrangige Stellung an und den Umstand, dass diese Länder die größten Gläubiger waren. Gleichzeitig war er jedoch sichtlich bemüht, eine zu große Einflussnahme durch die beiden Westmächte zu verhindern. So sollte sich die Oberste Kontrollkommission unter keinen Umständen in die Exekutive einmischen; sie durfte jedoch die Regierung in allen finanziellen und administrativen Belangen untersuchen, dies beinhaltete auch das Budget, und gegebenenfalls ihre Meinung und Gegenvorschläge dem Khediven oder seinem Premierminister mitteilen. Damit stand Kremers Forderung in eindeutiger Opposition zu Baring und Blignières, die von ihm und der österreichischen Regierung verdächtigt wurden, mit ihren persönlichen Ambitionen eine entscheidende Stimme im ägyptischen Ministerrat anzustreben, sowie das Recht nach beliebigen Beamten aus der ägyptischen Verwaltung und Regierung entlassen zu können. Gleichzeitig bekannte sich Kremer aber auf jeden Fall zur übergeordneten Autorität der Kontrollkommission gegenüber den ägyptischen Ministern.<sup>307</sup>

Die britische Regierung gab jedoch zu verstehen, dass sie die Sichtweise des österreichischen Kommissars nicht teilte und auch nicht bereit war, die Kontrolle auszuweiten. Kremers Vorschlag zu akzeptieren, hätte für Großbritannien und Frankreich die Aufgabe seiner Vorrangstellung in Ägypten bedeutet, worauf man aufgrund seiner beachtlichen Interessen jedoch nicht verzichten konnte. Der Machtkampf zwischen Kremer und seinen früheren Kollegen Blignières und Baring erreichte im Herbst 1879 eine neue Stufe, unter anderem auch durch ihre Reise in die europäischen Hauptstädte, um für ihre Pläne zu werben. Österreich-Ungarn bemühte sich weiterhin, damit die anglo-französischen Generalkontrolleuren nicht zu viel Macht erhielten.<sup>308</sup> Im Ministerium des Äußeren modifizierte man deshalb Kremers Vorschläge und brachte nun statt einer Obersten Kontrollkommission, die von Großbritannien abgelehnt worden war, den Posten eines dritten Generalkontrolleurs ins Rennen. Dessen Stelle sollte entweder vom italienischen, deutschen oder österreich-ungarischen Delegierten bei der Liquidationskommission, zur Wahrung der kollektiven Interessen der drei Großmächte übernehmen werden. Die drei Generalkontrolleure hätten somit eine Art Exekutivkomitee innerhalb der Liquidationskommission gebildet. Frankreich und Großbritannien wollten allerdings keinen allzu großen Machtzuwachs der drei anderen Mächte hinnehmen. Im Falle eines dritten Generalkontrolleurs sollten daher die

---

<sup>307</sup> HCPP, Egypt. No. 2 (1880), S. 31f, 126. HHSTA, MdÄ, AR, F 4, Kt. 177, Kremer, ad I 7476.

<sup>308</sup> MARLOWE, Cromer in Egypt, S. 46.

Kompetenzen der Liquidationskommission eingeschränkt werden. Im zweiten Vorschlag würden die Positionen der Kontrolleure vollständig in den Händen der Westmächte bleiben, da aber bei dieser Variante nun die drei anderen Mächte nur in der Liquidationskommission vertreten waren und keine annähernd gleichberechtigte Position zu den Westmächten einnehmen würden, musste wiederum die Frage ihres Handlungsspielraums geklärt werden.<sup>309</sup>

Für Österreich-Ungarn war es angesichts der zunehmenden Machtakkumulation durch Frankreich und Großbritannien, repräsentiert durch Baring und Blignières, die scheinbar ein gewisses Eigenleben zu entwickeln begannen, nicht schwer in Italien und Deutschland Verbündete für die eigene Sache zu finden. Nach und nach schwenkten nun auch die Regierungen in Rom und Berlin auf die österreichische Position ein, und als dann auch noch Griechenland die Auszahlung der Juni und Dezember Coupons verzögerte, war an einen raschen Abschluss der Rothschild-Anleihe, die mittlerweile zu einem Schauplatz europäischen Kräftemessens geworden war, nicht mehr zu denken.<sup>310</sup> Italien präsentierte sich in Ägypten als natürlicher Verbündeter der Habsburgermonarchie, zwar hatten beide keine mit den Westmächten vergleichbaren politischen Interessen, dafür allerdings eine große Zahl an Personen, deren Handels- und Wirtschaftsinteressen, es zu schützen galt. Als ein mögliches Schutzinstrument schlugen Österreich-Ungarn und Italien vor die Liquidationskommission weiterzuführen, auch wenn sie ihren Zweck, die Liquidation bereits erfüllt hätte.<sup>311</sup>

Der britische Außenminister Lord Salisbury gab jedoch der Regierung in Wien eindeutig zu verstehen, dass weder die britische noch die französische Regierung jemals der Ernennung eines dritten Generalkontrolleurs zustimmen werden. Auch in Bezug auf die Forderung zur Fortsetzung der Liquidationskommission über ihren Ursprungszweck hinaus sahen die Briten keinen Sinn.<sup>312</sup> Am Ballhausplatz schwenkte man schließlich auf die Linie der britischen Regierung ein und öffnete damit im Herbst 1878 den Weg für die Rothschild Anleihe und 1880 zur Gründung der Liquidationskommission. Baron Haymerle informierte Salisbury, dass die Habsburgermonarchie nicht nur auf die Ernennung eines dritten Generalkontrolleurs verzichtete, sondern auch die Sichtweise Londons teilte, der Liquidationskommission keine führende Rolle in der ägyptischen Administration einzuräumen, diese Rolle sollte

---

<sup>309</sup> HCCP, Egypt. No. 2 (1880), S. 112-115, 120-123, 125f.

<sup>310</sup> RA, ELB 0, London 12. Dezember 1879. HCCP, Egypt. No. 2 (1880). MARLOWE, Cromer in Egypt, S. 46-48.

<sup>311</sup> HCCP, Egypt. No. 2 (1880), S. 155.

<sup>312</sup> HCCP, Egypt. No. 2. (1880), S. 131-133.

ausschließlich den beiden anglo-französischen Generalkontrolleuren vorbehalten bleiben.<sup>313</sup> Auch wenn Wien nicht alle seine – zugegeben wohl etwas zu ambitionierten – Ziele erreicht hatte, gelang es dennoch, die Stellung der *Caisse* zu sichern und Österreich-Ungarn am Nil präsent zu halten.

Alfred von Kremer verrichtete seinen Dienst in der ägyptischen Schuldenommission von 1876 bis 1880, als er von Albin Freiherr von Vetsera, dem Vater von Mary Vetsera, abgelöst wurde. Zurückgekehrt nach Wien, übernahm Kremer zunächst von Baron Schwegel die handelspolitischen und volkswirtschaftlichen Agenden im Ministerium des Äußeren und kurze Zeit darauf von 26. Juni 1880 bis Jänner 1881 das Handelsministerium.<sup>314</sup>

---

<sup>313</sup> HCPP, Egypt. No. 2. (1880), S. 144f.

<sup>314</sup> „Privattelegramme. Wien, 31. Mai.“ Prager Tagblatt [Prag, Tschechien] 1. Juni 1880: S. 6. „Amtlicher Theil“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 27. Juni 1880: S. 1. online unter ANNO – AustriaN Newspaper Online (18. September 2016). „Kremer“, ÖBL 1815-1950, Bd. 4, S. 253f.

### III. 9. Im Dienste des Khediven: Österreich-Ungarn in der Verwaltung Ägyptens

Seit der Modernisierung und Europäisierung Ägyptens durch Muhammed Ali gehörten Europäer zum Alltag in der ägyptischen Verwaltung, den Staatsunternehmen und bereits seit dem französischen Feldzug unter Napoleon auch in den ägyptischen Streitkräften.<sup>315</sup> Dabei galt es jedoch, zwischen tatsächlich aus Europa stammende Personen und den so genannten Schutzgenossen (*Protégés*) zu unterscheiden, die in der Regel, auch wenn sie anderer Nationalität oder ägyptische Untertanen waren, der jeweiligen konsularischen Schutzmacht zugerechnet wurden. Der wahre Boom der Europäer im Dienste der Khediven trat allerdings erst durch die Schuldenkrise ein.

Österreich-Ungarn<sup>316</sup> zählte von Anfang an zu den größten Herkunftsländern für das ausländische Personal der ägyptischen Regierung. So stellten österreich-ungarische Staatsbürger und Schutzgenossen im Jahr 1882 mit 96 Beamten das fünftgrößte Kontingent, gleich nach Italien, Frankreich, Großbritannien und Griechenland. In den ersten fünf Jahren der britischen Herrschaft erhöhte sich diese Zahl noch weiter, wodurch die Habsburgermonarchie mit 153 Bürgern und Schutzgenossen an die vierte Stelle aufrückte.<sup>317</sup> Österreich-Ungarn gehörte damit zum Kreis jener ausländischer Staaten mit dem größten Einflusspotential auf die ägyptische Staatsführung und Verwaltung. Die Konzentration auf diese europäischen Mächte ist auch kein Zufall, immerhin zählten alle fünf zu den wichtigsten Handelspartnern Ägyptens. Österreichische Staatsbürger blieben auch nach der britischen Okkupation noch ein wichtiger Bestandteil in der ägyptischen Verwaltung, wie man am Beispiel des Unterstaatssekretärs Julius Blum Pascha und Sir Rudolf Freiherr von Slatin Pascha sehr gut sehen kann, der 1879 zum Finanzinspektor für den südlichen Bezirk im Sudan und 1880 zum Gouverneur von Dara – Provinz Dafur ernannt wurde. Slatin blieb bis

---

<sup>315</sup> DUNN, Khedive Ismail's Army, S. 7.

<sup>316</sup> Für Österreicher in Ägypten und Sudan siehe: ZACH Michael, *Österreicher im Sudan von 1820 bis 1914*. Veröffentlichungen der Institute Afrikanistik und Ägyptologie der Universität Wien 34 sowie Beiträge zur Afrikanistik 24 (Wien, 1985). SPECHT Edith, *Glimpse of Social History: Austrians in Egypt*. In: HOLAUBECK Johanna, NAVRÁTILOVÁ Hana, *Egypt and Austria I – Proceedings of the Symposium, Czech Institute of Egyptology August 31<sup>st</sup> to September 2<sup>nd</sup>, 2004* (Prag, 2005), S. 137-147. AGSTNER Rudolf, *Die Habsburgermonarchie und Ägypten – Eine Bestandsaufnahme*. In: *Österreich und Ägypten. Beiträge zur Geschichte der Beziehungen vom 18. Jahrhundert bis 1918* (Kairo, 1993), S. 8-29, hier S. 23-25.

<sup>317</sup> HCPP, Egypt. No. 4 (1882). Return showing the Number of Foreigners in the Service of the Egyptian Government, S. 2, Inclosure 2 spricht noch von 101 österreich-ungarische Staatsbürger und Schutzgenossen. Bei HCPP, Egypt. No. 6 (1882), Despatch from Sir E. Malet forwarding a list of Europeans in the service of the Egyptian Government. [in continuation of „Egypt No. 4 (1882).“]; und HCPP, Egypt. No. 6 (1887), Despatches from Sir E. Baring respecting the Employment of Europeans in the Egyptian Public Service, S. 1, sind es dagegen nur mehr 96 Österreicher.

zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Dienste der ägyptischen Regierung und bekleidete am Ende von 1900 bis 1914 das Amt des Generalinspektors des Sudan.<sup>318</sup>

Noch bevor Großbritannien im Zuge des anglo-ägyptischen Krieges von Juli bis September 1882 Ägypten besetzten und damit endgültig die Kontrolle im Land übernahmen, erteilte die Regierung in London bereits im März ihren Vertretern vor Ort den Auftrag zur Erstellung einer Liste aller Europäer im Dienste der ägyptischen Regierung. Die dabei erfassten Daten enthielten Angaben zur Nationalität, der aktuellen Funktion, dem Gehalt und dem Jahr des Eintritts in den Staatsdienst für den Zeitraum zwischen 1865 und 1882. Die von Sir Edward B. Malet, dem britischen Generalkonsul, im Mai nach Whitehall übermittelte Namensliste enthielt in Summe 1273 Einträge.<sup>319</sup> In der allgemeinen Übersicht des Diplomaten Sir Charles A. Cookson vom März waren es noch 1325 Europäer beziehungsweise europäischer Schutzgenossen im aktiven Dienste der ägyptischen Regierung gewesen, wovon 355 Beamte in der durch das europäische Schuldenprotektorat und des getrennten Justizwesens geschaffenen Verwaltung der so genannten *Conventions Spéciales* (Caisse de la Dette, Domaines, Daira Sanieh und Gemischte Gerichtshöfe) und 59 als *Sergents de Ville* im Polizeidienst tätig waren.<sup>320</sup> Angesichts der angespannten politischen und finanziellen Lage kann die Anfertigung einer solchen Liste durchaus als eine Vorbereitung zur Machtübernahme angesehen werden. Immerhin galt es zu klären mit wem eine Zusammenarbeit möglich wäre und wo Einsparungspotential vorhanden war.<sup>321</sup> Die nachfolgende Tabelle enthält eine Zusammenstellung nach Nationalität und jährlichem Gehalt der Europäer, wie sie 1886 vom britischen Generalkonsul Sir Evelyn Baring nach London übermittelt wurde. Dabei entfiel 1882 ein Drittel der Kosten für die europäischen Beamten alleine auf die Verwaltungseinrichtungen der *Conventions Spéciales*:

---

<sup>318</sup> BROOK-SHEPHERD Gordon, *Slatin Pascha. Ein abenteuerliches Leben*, 1. Auflage (Wien u.a., 1972). SOMMERAUER Erich, *Slatin Pasha*. In: HOLAUBECK Johanna, NAVRÁTILOVÁ Hana, *Egypt and Austria I – Proceedings of the Symposium, Czech Institute of Egyptology August 31<sup>st</sup> to September 2<sup>nd</sup>*, 2004 (Prag, 2005), S. 127-135.

<sup>319</sup> HCCP, Egypt. No. 6 (1882).

<sup>320</sup> *Egypt. No. 4 (1882)*. HCCP, Egypt. No. 6 (1882).

<sup>321</sup> PORTER Andrew [Hg], *The Oxford History of the British Empire: Volume III: The Nineteenth Century* (Oxford, 2009), S. 634.

Nationalität	1882		1886		Conventions Spéciales 1882	
	Anzahl	jährliches Gehalt [£ E.]	Anzahl	jährliches Gehalt [£ E.]	Anzahl	jährliches Gehalt [£ E.]
Italiener	345	71.902	511	79.164	101	21.180
Franzosen	328	117.650	319	104.592	117	42.036
Briten <sup>a</sup>	272	95.686	427	161.040	35	17.160
Griechen	114	17.544	117	20.220	34	6.780
Österreicher	96	27.771	153	16.248	35	11.388
Deutsche	40	14.673	42	15.912	9	5.208
Andere <sup>b</sup>	68	28.265	93	50.016	24	17.232
Total	1.263	373.491	1.662	447.192	355	120.984

Tabelle 2: Quelle: HCPP, Egypt. No. 6 (1887). Despatches from Sir E. Baring respecting the Employment of Europeans in the Egyptian Public Service, S. 1. Für die Angaben zu den Conventions Spéciales 1882 (zur besseren Vergleichbarkeit, monatliche Gehälter auf das Jahr hochgerechnet) siehe: HCPP, Egypt. No. 4 (1882). Return showing the Number of Foreigners in the Service of the Egyptian Government, S. 3.

<sup>a</sup> inklusive britischer Schutzgenossen und Malteser

<sup>b</sup> 1882: Schweizer (14 Gesamt / davon 2 Conventions Spéciales), Belgier (12/6), Spanier (12/4), Niederländer (9/4), Amerikaner (8/2), Russen (5/3), Rumänen (3/-), Norweger (2/1), Dänen (1/1), Schweden (1/1), siehe Egypt. No. 4 (1882), S. 2f.

Auf der von Malet erstellten Liste befanden sich die Namen von 96, der laut seinen Angaben insgesamt 101 im Jahr 1882 im ägyptischen Dienst befindlichen Österreicher. Auch Baring berief sich in seiner Aufstellung für das Jahr 1882 nur mehr auf die 96 aus Österreich stammenden oder unter österreich-ungarischem Schutz stehenden Personen. Ihre Positionen in der Verwaltung des Khediven reichten vom hochbezahlten stellvertretenden Finanzminister Julius Blum, bis hin zum weniger gut dotierten *Dessinateur* in der *Administration des Domaines de l'État*.<sup>322</sup>

Obwohl es in den späten 1870er und frühen 1880er Jahren, gerade wegen der Schuldenkrise, zu einem Anstieg der Europäer im ägyptischen Staatsdienst kam, fanden nicht alle diese Neuanstellungen auch zwingend in der Finanzverwaltung des Landes statt. Ein wichtiger Bereich, der zwischen 1882 und 1886 hauptverantwortlich für einen weiteren Anstieg sorgte, war der Sicherheitsapparat. Die Wirren rund um den Aufstand des Generals Urabi Pascha und die anschließende Okkupation Ägyptens durch britische Truppen, bewirkten unter anderem auch die Formation eines europäischen Polizeikorps und einer Küstenwache unter starkem Einfluss der europäischen Mächte. Die Aufgabe der europäischen Polizisten, vorwiegend Italiener und Österreicher, war die Ordnung in den größeren Ortschaften und Städten zu gewährleisten. Die Küstenwache wiederum sollte den Schmuggel

<sup>322</sup> siehe Anhang.

mit Tabak unterbinden, der hauptsächlich durch Europäer verübt wurde. Österreich-Ungarn verdankte gerade diesem Ausbau der Sicherheitsbehörden seinen Zuwachs im ägyptischen Verwaltungsapparat. Waren 1882 nur 9 Personen österreich-ungarischer Herkunft in der Polizei, der Armee und der Küstenwache tätig, so stieg ihre Anzahl bis 1886 auf 62. Von den insgesamt 57 österreich-ungarischen Neuanstellungen zwischen 1882 und 1886 entfielen somit 53 auf den Sicherheitsbereich und nur vier auf die übrigen zivilen Verwaltungsdepartments. Im Vergleich dazu waren 1886 nur 19 Beamte im Bereich der Finanzverwaltung, sowie der Verwaltung der Daira Saniah und Staatsdomäne tätig – ein Minus von drei Stellen. Die folgende Tabelle gibt eine genaue Aufteilung aller österreich-ungarischer Bürger beziehungsweise Schutzgenossen auf die einzelnen Departments der ägyptischen Regierung wieder.<sup>323</sup>

---

<sup>323</sup> HCPP, Egypt No. 6 (1887), S. 1-3.

Department	1882		1886	
	Anzahl	Gehalt [£ E.]	Anzahl	Gehalt [£ E.]
Ministère des Finances	11	6.690	12	6.806
Administration du Cadastre	5	1.068	3	558
War	4	2.245	–	–
Public Instruction	2	330	1	360
Administration des Wakfs.	1	144	1	216
Ministère de l'Interieur (Administration Centrale)	2	1.140	–	–
Gendarmerie, Police, Prison (1886: Gouvernorats d'Alexandrie et de Suez, Domaine Commun.)	5	1.127	58	4.879
Conseil de Santé et d'Hygiène Publique	2	240	1	180
Conseil Quaranténaire	2	234	–	–
Ministère de la Justice (Administration Centrale et Tribunaux Indigènes)	–	–	1	1.540
Mixed Tribunals	21	6.522	28	5.765
Railways, Telegraphs, Port of Alexandria	7	1.050	12	1.807
Public Works	6	996	2	456
Customs	6	1.092	4	342
Post Office	5	1.350	6	732
Paquebots-Poste Kedivieh	6	1.656	13	3.060
Gardes-Côte	–	–	4	411
Domaines de l'État	9	1.500	2	240
Daira Saniah	2	387	5	898
<b>Total</b>	<b>96</b>	<b>26.704</b>	<b>153</b>	<b>28.250</b>

Tabelle 3: Quelle: HCPP, Egypt. No. 6 (1887), S. 8-15.

## IV. Conclusio

Die Lösung der ägyptischen Schuldenkrise war keine einfache Angelegenheit. Zu viele Akteure und verschiedene wirtschaftliche und politische Interessen verhinderten einen raschen Ausweg aus der Zahlungsnot. Es dauerte immerhin neun Jahre, von der Etablierung der *Caisse de la Dette* 1876 bis zur Konvention von London 1885, bis die ungeheure Schuldenlast Ägyptens endlich einer geordneten Regelung unterzogen wurde. Auch heute noch bereiten Staatsschuldenkrisen den beteiligten Organisationen und Staaten empfindliche Schwierigkeiten, wie wir am Beispiel von Griechenland sehen, dessen Staatsverschuldung das Land seit 2010 in eine schwere finanzielle Notlage gebracht hatte. Hier sind allerdings die langfristigen Folgen noch nicht absehbar, die sozio-politischen und sozio-ökonomischen Auswirkungen sind jedoch bereits zu spüren. *In puncto* verschiedener Interessen der beteiligten Akteure scheint die Situation Griechenlands, jener von Ägypten nicht unähnlich zu sein, es gilt „zu viele Köche verderben den Brei“. Bei Ägypten kam noch erschwerend hinzu, dass die Großmächte zusätzlich in Konkurrenz zueinander standen. Natürlich traten sie im Sinne ihrer Staatsangehöriger und Protegés, die als Gläubiger des Khediven sehr viel Geld zu verlieren hatten, als äußerst harte Interessensvertreter auf, daneben ging es aber gerade für Frankreich und Großbritannien auch um die Frage der Hegemonie in Ägypten. Immerhin war das Land mit dem Suezkanal auch Ursprungsort einer der wichtigsten Verkehrsader der Welt.

Neben den vier Großmächten der ersten Schuldenkommission Frankreich, Großbritannien, Italien und Österreich-Ungarn, nach der britischen Okkupation von 1882 erweiterte sich dieses Gremium zudem mit einem Vertreter Deutschlands und Russlands, wollten aber auch die kleinen europäischen Mächte, wie zum Beispiel Griechenland, das 1878/79 zusammen mit Österreich-Ungarn die Rothschild Anleihe blockierte, ihre Interessen gesichert wissen. Daneben schienen die Ägypter und der Khedive nahezu auf verlorenem Posten zu stehen. Ismail musste nach 1876 sukzessive die Übernahme der Kontrolle durch die Großmächte hinnehmen, die sich hauptsächlich in der anglo-französischen Dual Control manifestierte. Es waren jedoch nicht nur Briten und Franzosen, die nach und nach Posten in der ägyptischen Verwaltung übernahmen, auch Staatsangehöriger anderer Nationen traten in großer Zahl in den Dienst Ägyptens. Unter ihnen befanden sich ebenfalls zahlreiche Staatsangehörige und Schutzgenossen des Habsburgerreiches, ein paar von ihnen in durchaus einflussreichen Positionen. Zu den höchsten österreich-ungarischen Funktionsträgern im Dienste der Khediven nach 1876 zählten zum Beispiel die fünf von 1876 bis 1914 aktiven Kommissäre der Staatsschuldenkommission, der ab 1877 tätige einflussreiche Staatssekretär im

ägyptischen Finanzministerium Julius Blum Pascha, der auch in der internationalen Finanzwelt ein hohes Ansehen genoss, oder der berühmte Rudolf Freiherr von Slatin Pascha, der es bis zum Generalinspekteur des Sudan brachte.

Mit seinem Hilferuf an die britische Regierung, um die Entsendung kundiger Finanzberater, hatte Ismail Ende 1875 die Türen für die zukünftige europäische Kontrolle und Einflussnahme weit geöffnet. Denn es blieb nicht nur bei der Beratermission des Briten Sir Stephen Cave. Nach und nach entsandten auch die Regierungen Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn ihrerseits Diplomaten nach Kairo, um dort nach dem Rechten zu sehen. Die plötzliche rege Aktivität der Londoner Regierungen in Ägypten, die wenige Monate zuvor bereits die Anteile des Khediven am Suezkanal erworben hatte, und sich nun anschickten in den ägyptischen Finanzangelegenheiten zu beraten, ließen offensichtlich besonders in Paris und Rom das Misstrauen gegenüber Großbritannien erstarken. So trafen im Jänner 1876 nacheinander, zuerst der ehemalige französische Generalkonsul Maxime Outrey und etwas später, der italienische Senator und Ökonom Antonio Scialoja in Ägypten ein. Offiziell versuchten ihre beiden Regierungen die Bedeutung der Entsendungen ihrer Sondergesandten herunterzuspielen. Während Outrey seine Reise gegenüber den anderen Großmächten mit den bereits im Abschluss befindlichen Verhandlungen zu den Gemischten Gerichtshöfen zu rechtfertigen versuchte, hieß es aus Italien, Scialoja würde unter anderem für Verhandlungen zu einem Handelsvertrag und zur Inspektion der italienischen Kolonie an den Nil reisen. Für die zeitgenössischen Beobachter waren die tatsächlichen Beweggründe Frankreichs und Italiens unschwer zu erkennen. Niemand glaubte ernsthaft, dass Paris kurz vor Inkrafttreten der Gemischten Gerichtshöfe noch eine Veränderung bei den Tribunalen anstreben würde, oder dass Rom nur einen Handelsvertrag und die italienische Kolonie im Sinn hatte. Vielmehr wollte Frankreich die Interessen ihrer Staatsbürger und Schutzgenossen wahren, die neben den Briten zur größten Gruppe der ägyptischen Gläubiger zählten. Für Italien wiederum war es wichtig mehr über die britischen Aktivitäten in Erfahrung zu bringen. Es ist unklar, ob der Khedive die Vertreter Frankreichs und Italiens auch wirklich eingeladen hatte. Die offensichtliche Bemühung der beiden Regierungen, ihre wahren Beweggründe zu verschleiern, deuten geradezu auf das Gegenteil hin. Fest steht jedoch, Ismail hatte sich beim diplomatischen Corps über die drastischen Pläne Caves, die ägyptische Finanzverwaltung unter britische Kontrolle zu stellen, entsetzt gezeigt. Die Entsendung anderer Sondergesandter dürfte ihm damit nicht ungelegen gekommen sein, konnte er doch so eine Übermacht einer

Großmacht verhindern. Letzten Endes half ihm das allerdings nur wenig, statt einer Großmacht, hatte er sich nun vier ins Land geholt.

Denn neben Frankreich, Großbritannien und Italien war still und leise auch Österreich-Ungarn in den Kreis der europäischen Kontrollmächte getreten. Im Vergleich zu den anderen Mächten war die Sondermission des österreich-ungarischen Diplomaten Botschaftsrat Ernst von Mayr jedoch medial völlig unbeachtet im Februar 1876 in Ägypten eingetroffen. Für die österreichischen Medien befand sich Mayr offiziell auf einer Erholungsreise. Tatsächlich sollte er für seine Regierung die ägyptische Finanzen untersuchen und den Khediven um finanzielle Unterstützung für Konstantinopel bitten. Im November 1875 hatte Baron Schwegel, der Leiter der Handelspolitischen Sektion am Ballhausplatz, in einem ausführlichen Exposé zur finanziellen Lage der Türkei, die Bedeutung einer Konsolidierung der osmanischen Schulden unter österreich-ungarischer Beteiligung hervorhob. Es war also weniger die schwierige Lage Ägyptens, die Österreich-Ungarn zu einer Untersuchung der vizeköniglichen Finanzen veranlasste, als vielmehr die Schuldenkrise der Türkei. Am Ballhausplatz bemühte man sich besonders, neues Kapital für seine Interessen am Balkan und im Osmanischen Reich zu organisieren. Mayr musste allerdings rasch erkennen, dass der Khedive nicht in der Lage war, wie von Wien gehofft, an der Wiederherstellung der osmanischen Kreditwürdigkeit und an der Finanzierung der österreich-ungarischen Eisenbahnprojekte am Balkan mitzuwirken. Der österreichische Diplomat entwickelte daraufhin, unterstützt von den habsburgischen Kontakten in der ägyptischen Finanzwelt, wie zum Beispiel Julius Blum und den zahlreichen unter österreich-ungarischem Schutz stehenden ägyptischen Bankiers, einen neuen Plan, um Österreich-Ungarn in der für sie besonders wichtigen Orientfrage, auch weiterhin eine Mitsprache zu sichern.

Auf Vorschlag der französischen Gläubigergruppe und der Pariser Regierung hatte Ismail der Errichtung einer internationalen Finanzkontrolle zugestimmt, die im Mai 1876 als *Caisse de la Dette Publique d'Égypte* ins Leben gerufen wurde. Als Vorbild diente die europäische Finanzkontrolle in der Regentschaft von Tunis, die 1869 durch Frankreich, Großbritannien und Italien eingerichtet wurde. Auch in Ägypten sollten nun diese drei Mächte wieder zusammenarbeiten, um die Interessen der Gläubiger zu schützen. Österreich-Ungarn hatte dagegen im Fall von Tunis noch an einer Teilnahme in der internationalen Schuldenkommission verzichtet; einerseits wegen der zu niedrigen finanziellen Beteiligung ihrer Bürger an den tunesischen Anleihen, andererseits durch die doch geringere Bedeutung der Regentschaft für die habsburgische Außenpolitik. Sieben Jahre später war die Situation in

Ägypten jedoch eine andere. Im Vergleich zu Tunis war dessen wirtschaftliche und politische Bedeutung wesentlich größer. Wie sich zeigte, auch für Österreich-Ungarn, dessen Staatsbürger und Unternehmen sich auch unter den Gläubigern des Khediven befanden. Eines dieser Bankhäuser mit Verbindung zu Wien war die Austro-Ägyptische Bank, eine Tochtergesellschaft der Credit-Anstalt, die von Julius Blum als Direktor geleitet wurde. Jener Blum, der auf Vermittlung von Schwegel, als Berater von Mayr fungierte. Schwegel selbst hatte nicht nur als österreich-ungarischer Regierungsbeamter ein Interesse an den Entwicklungen rund um das Bankhaus in Ägypten, sondern auch ein persönliches. Durch seine Tätigkeit als offizieller Vertreter der österreichischen Regierung in der Austro-Ägyptischen und der Austro-Osmanischen Bank, bezog er von diesen Finanzinstituten auch ein Einkommen. Er hatte somit sicherlich nicht nur ein berufliches Interesse, dass die Gläubiger von Ägypten oder des Osmanischen Reiches so schadlos, wie möglich aus dieser Krise ausstiegen.

Nach Rücksprache mit Wien bat Mayr den Khediven im März um die Erlaubnis einen österreich-ungarischen Delegierten in der *Caisse de la Dette* stellen zu dürfen. Im Habsburgerreich hatte man anscheinend den Nutzen der ägyptischen Schuldenkrise für ihre eigenen politischen Ziele erkannt. Eine Beteiligung an der Finanzkontrolle in Kairo bot Wien nicht nur eine Bestätigung als Großmacht und damit Prestige, sondern auch eine mögliche Verhandlungsbasis für seine Interessen in der Orientfrage.<sup>324</sup> Der Khedive war anfangs allerdings weniger erfreut einer vierten europäischen Großmacht eine Einflussnahme in seinem Land zu ermöglichen, und verwies auf die anderen Mächte der *Caisse*, die darüber entscheiden sollten. Ismail gab erst nach, als sein Wunschkandidat Großbritannien sich nicht sofort an der Schuldenkommission beteiligen wollte, solange es nicht seine Forderungen erfüllt sah.

Das Habsburgerreich hatte nun seinen Platz in der ägyptischen Finanzkontrolle erhalten. Ein erster Schritt in Richtung multilateralem Protektorat über Ägypten war gesetzt, und Österreich-Ungarn hatte einen entscheidenden Anteil daran. In Folge sicherten weitere österreichische Staatsbürger und Schutzgenossen im Dienste des Khediven, wie zum Beispiel Blum und Slatin, den Einfluss Wiens in Ägypten. Auch wenn sich die Habsburgermonarchie im Vergleich zu anderen europäischen Großmächten, wie zum Beispiel Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland, nicht direkt am *Scramble for Africa* beteiligte, so war Österreich-Ungarn dennoch aktiver Teilnehmer am europäischen Imperialismus und

---

<sup>324</sup> Inwiefern dieser Aspekt dann auch tatsächlich in die österreichische Außenpolitik einfluss, könnte ein interessanter Gegenstand einer weiteren Forschung sein.

Kolonialismus. Sein Mitwirken an der ägyptischen Finanzkontrolle am Vorabend des Wettlaufs um Afrika ist der beste Beweis für einen österreichischen Imperialismus. Die Liste lässt sich noch beliebig Fortsetzen, denn auch die Beteiligung an den zahlreichen internationalen Konferenzen mit kolonialistischem Hintergrund, seine Interessen am Balkan und das Agieren in der Orientfrage, sind ein Ausdruck imperialistischer Politik.<sup>325</sup>

Natürlich, Ägyptens Anteil an der eigenen prekären Lage soll mit dieser Arbeit nicht heruntergespielt werden. Es stimmt, die Khediven hatten über Jahrzehnte Geld ausgegeben, dass sie nicht wieder zurückzahlen konnten. Doch neben dem luxuriösen Lebensstil, den Prachtbauten, den zahlreichen militärischen Abenteuern, wie zum Beispiel in den Sudan oder der Feldzug gegen Abessinien, darf nicht vergessen werden, dass sich die ägyptischen Herrscher auch allzu oft von europäischen Geschäftsleuten zu kapitalintensiven Infrastrukturprojekten überreden ließen. Der Bau des Suezkanals und die Eisenbahnprojekte sind rückwirkend betrachtet, mit Abstand die schwerwiegendsten Ursachen der Verschuldung. Dazu kamen dann noch Ausgaben für Ereignisse, wie Seuchen und Epidemien, die nicht im Einflussbereich des Herrschers lagen. Im Namen von „Fortschritt“ und „Europäisierung“ hatten die ägyptischen Eliten, die vielfach eine europäische Ausbildung genossen, nur zu gerne zum Mittel der Aufnahme von Anleihen gegriffen. Allerdings bedachten sie offensichtlich nicht, dass Investition auch eine gewisse Zeit benötigt um sich zu Amortisieren. Diesen Aspekt der zu schnellen Adoption der „westlichen Zivilisation“ kritisierte unter anderem auch der Bericht des britischen Sondergesandten Cave.<sup>326</sup>

Aus heutiger Sicht war der Umgang der europäischen Großmächte mit der ägyptischen Schuldenkrise sicherlich keine Glanzleistung. Natürlich hatte letzten Endes, der Khedive die Entscheidungen zur Aufnahme der Anleihen getroffen und das Geld ausgegeben. Doch wer hat das Geld zur Verfügung gestellt? Ausländische Geldgeber, die in Ägypten ein ideales Spekulationsobjekt mit hohen Zinsen gesehen haben. Der Fall der ägyptischen Schuldenkrise zeigt einmal mehr, wie schwierig es ist mit einem Staat umzugehen, der sich über ein „gesundes Maß“ hinaus verschuldet hat. Die Verknüpfung mit anderen politischen und imperialistischen Interessen war in Ägypten zudem eher kontraproduktiv, verhinderte dies doch immerhin eine rasche Lösung der Situation. Der Wettstreit unter den Großmächten bewirkte eine immer größere Einflussnahme durch die Europäer, die wiederum eine Abwehrreaktion der Ägypter auslöste. Die Folge war das Erstarren des ägyptischen

---

<sup>325</sup> ausführlicher zur Betrachtung des österreichischen Imperialismus und Kolonialismus siehe SAUER, k. u. k. Kolonial.

<sup>326</sup> HCPC, Egypt. No 7 (1876), S. 1.

Nationalismus, der unter dem Slogan „*Ägypten den Ägyptern*“, in einen Aufstand unter General Urabi Pascha, gegen die fremden „Herrscher“ mündete.<sup>327</sup> Großbritannien reagierte daraufhin im Sommer 1882 mit der Bombardierung von Alexandrien und der Okkupation Ägyptens. Die britische Machtdemonstration hatte zwar den europäischen Wettstreit, vor allem mit Frankreich zu Gunsten Londons entschieden, doch verfestigte sie gleichzeitig die Stellung des British Empires, das seine Oberhoheit über Ägypten formal bis 1922 ausübte und darüberhinaus noch bis in die 1950er Jahre einen starken Einfluss behielt. Auch beendete sie nicht die nationalistische Bewegung in Ägypten, im Gegenteil die britische Herrschaft begünstigte sie geradezu. Anbetracht der hohen Verschuldung, des Ende 1875 an Großbritannien gerichteten Hilfsersuchens, der europäischen Finanzkontrolle, des späteren britischen Protektorates und des ägyptischen Nationalismus erhält der Ausspruch in Goethes Zauberlehrling, „*Herr, die Not ist groß! Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los.*“, in vielerlei Hinsicht eine neue Bedeutung.

---

<sup>327</sup> SCHÖLCH, Ägypten den Ägyptern. FAHMY Ziad, *Ordinary Egyptians. Creating the Modern Nation Through Popular Culture* (Stanford CA, 2011).

## Anhang

Liste österreich-ungarischer Staatsangehöriger und Schutzgenossen im Dienste der ägyptischen Regierung; zusammengestellt aus HCPP, Egypt. No. 6 (1882). Despatch from Sir E. Malet forwarding a list of Europeans in the service of the Egyptian government. [In continuation of „Egypt No. 4 (1882).“]:

Noms	Fonctions	Appointements Annuels [£E.]	Date de l'Entrée au Service
<b>Ministère des Finances</b>			
Blum Pacha	Sous-Secrétaire d'État	1999,92	1877
Lichtenstern	Secrétaire Archiviste	163,8	1881
Levy, Isidor	Expéditionnaire	84	1880
Nahman, Matteo	Expéditionnaire	120	1880
Musizza	Au Journal et Grand Livre	292,44	1877
Petrovich, Jean	Chef du Journal et Grand Livre	420	1877
<b>Contrôle Général</b>			
Sanguinetti, Oscar	Commis	120	1881
<b>Direction Générale du Cadastre</b>			
A. Addà	Expéditionnaire	144	1880
R. Addà	Chef de Bureau	300	1879
C. Seiverth	Dessinateur	120	1881
Kral	Aide-Inspecteur	300	1879
E. Münzner	Chef de Brigade	204	1881
<b>Hôtel des Mennaies</b>			
Givovich Rocco	Mécanicien	144	1836
<b>Ministère de la Guerre</b>			
Frédéric Thurneyssen Bey	Détaché au Service de l'Esclavage	552	1873
Charles de Mokeln Bey	Colonel de l'État-Major-General	612,96	1875
<b>Ministère de la Marine</b>			
Bariologio Bey	Colonel de Cavalerie de Danakla	600	1871
Federigo Pacha	Général de Division en Retraite	480	1844
<b>Ministère de l'Instruction Publique</b>			
Dziersanovsky Walberg	Inspecteur des Langues	210	1879
Adda, Henri	Professeur de Calligraphie	120	1881
<b>Administration des Wakfs</b>			
Habartes	Ingénieur	144	1881
<b>Ministère de l'Intérieur</b>			
Jean Edward de Sossick Bey	Maître de Cérémonie	420	1866
Wacif Bey Azmi	Directeur	720	1876

Police d'Alexandrie			
Treves, Emile	Sous-Inspecteur	234	1873
Mikulitx, Eugène	Délégué Seconde Classe	140,4	1874
Stagni, Joseph	Lieutenant	140,4	1873
Geinsino, Prosper	Second Drogman	120	1860
Abolition de la Traite			
Thurneisen, Fritz	Lieutenant-Colonel	492	1873
Conseil Sanitaire Maritime et Quarantenaire			
Joseph Weinzierl	Médecin, Tor	144	1875
Jean Kanzuch	Chef Poste, Aghig	90	1871
Conseil de Santé et d'Hygiène Publique			
Dr. Vinkler, Alexandre	Médecin-en-chef	144	1873
Dr. Klodzianovsky, André	Médecin de la Douane	96	1874
Ministère des Travaux Publics			
M. Adda, Jacques	Commis	180	1880
Laurella, Jean	Aide-Ingénieur	192	1880
Kantilly, Joseph	Opérateur	192	1874
Matulieh, Gerolamo	Jardinier	180	1871
Esterino, Dominique	Second Mécanicien de Drague	108	1881
Menez, Henri	Mécanicien	144	1879
Administration des Chemins de Fer			
Floolio, Joseph	Sous-Inspecteur	168	1855
Giovanelli, Emilio	Mécanicien	234	1875
Alloy, Giovanni	Mécanicien	234	1874
Pupalovich, Marco	Mécanicien	234	1876
Administration des Télégraphes			
John Covacovich	Télégraphiste	60	1881
Michel Tokarski	Télégraphiste	60	1880
Alexandre Enzel	Télégraphiste	60	1879
Administration des Douanes			
Cardaky, Edouard	Inspecteur	300	1877
Moïx de Picciotto	Inspecteur	240	1881
Petracchi, Carlo	Magasinier	144	1857
Cardaky, Albert	Visiteur	120	1877
Selim Petracchi	Magasinier	120	1862
Von Svoboda, Auguste	Brigadier, Première Classe	168	1878
Administration des Postes			
Vascotto, Jean	Chef de Division	600	1868
Moïse Addà	Titulaire	210	1865
Antonio Heisler	Chef de Bureau	210	1865
Aristide Heisler	Commis	210	1869
Benedetto Moïse	Commis	120	1875

Administration des Paquebots-Poste Khédivieh			
Antoine Féderigo Bey	Agent	600	1867
Joseph Pocher	Commandant	300	1873
Louis Chersich	Commandant	300	1869
Joseph Leonardis	Second Mécanicien	240	1870
Antonio Capanna	Pilote	108	1874
Jean Anderlich	Pilote	108	1879
Administration des Domaines de l'État			
Picciotto, Lelio	Chef de Service	540	1877
Delfin, Pierre	Expéditionnaire	144	1880
Mely, Jean	Menuisier	144	1880
Shiberas, Vincenzo	Menuisier	144	1880
Sipas, Georges	Dessinateur	120	1869
Pandex, Giovanni	Menuisier	120	1880
Giovanovitch, Francis	Menuisier	120	1879
Bressehemayer, Giovanni	Menuisier	120	1881
Frishtick, Adolphe	Dessinateur	48	1880
Dairah Sanieh			
A. Ismalun	Ingénieur	195	1879
C. Kuck	Vérificateur	192	1876
Caisse Spéciale de la Dette Publique			
Baron de Vetsera	Commissaire	2925	1880
A. Kockler	Vérificateur	257,4	1875
Guilio Terni	Vérificateur	163,8	1881
Cour d'Appel			
Bargeher, Alfred	Conseiller	1539,96	1876
Ferenzio, Alexandre	Sous-Secrétaire	192,48	1879
Petermüller, Alfred	Commis Greffier	192,48	1878
Lotis, Françoise	Huissier	153,96	1876
Laurich, Mathieu	Expéditionnaire	144	1876
Tribunal de Première Instance du Caire			
Horizmier, Antoine	Juge	1155	1875
Terni, Jules	Expéditionnaire	144	1876
Kantilli, Joseph	Expéditionnaire	144	1877
Fatiea, Ange	Expéditionnaire	144	1879
Pasquali, Albert	Expéditionnaire	120	1878
Yanui, Ange	Huissier	96,24	1880
Tribunal de Première Instance d'Alexandrie			
Gunner	Juge	1155	1881
Smerchinich, R.	Greffier-en-chef	231	1875
Carlusich	Expéditionnaire	144	1876
Chersich, G.	Expéditionnaire	144	1876
Rossano, F.	Expéditionnaire	96	1877
Rossano, V.	Expéditionnaire	72	1878

Tribunal de Première Instance de Mansourah			
Engel, Ernest	Greffier-en-chef p.i.	307,92	1875
De Nichichievich	Secrétaire	153,96	1876
Antonivich, Dominique	Expéditionnaire	96	1880
Bioni, Victor	Huissier	96,24	1879

## **Abstract: English**

At the end of 1875 Egypt was threatened by an enormous debt crisis. The Ottoman Empire suffered from a similar financial catastrophe that same year, and seven years prior, the Regency of Tunis was in a comparably predicament. Each case resulted into the establishment of a financial control by the Great European Powers (Tunisia 1869, Egypt 1876 and the Ottoman Empire 1881). In Egypt, Austria-Hungary joined for the first time one of these international supervisions to control the finances and administration of another state. Along with France, Great Britain and Italy, the former controlling Powers in the Tunisian debt crisis, Austria participated in one of the most important turning points in the modern history of Egypt: with the rise of Egyptian nationalism and the British occupation of 1882.

At first glance, Egypt was only a side issue for the Austrian government, who was much more occupied with finding alternatives to secure their vast interests on the Balkan. On the contrary, the financial situation and the solvency of the Sublime Porte was a much greater concern to the Austrian-Hungarian Empire. Like the other nations, Austria sent out a diplomat to investigate the financial opportunities of the Khedive, but with different motives. While France, Great Britain and Italy were looking for a chance to protect not only the financial interests of their subjects, but also their political interests in Cairo, the foreign ministry in Vienna initially wanted the viceroy's help for the Austrian-Turkish railway projects on the Balkan and to keep the financially struggling Sultan solvent. However, the Austrian investigator soon realised, the financial situation of the Khedivate of Egypt was in a similarly bad condition as the Ottoman Empire, and moreover, Austrian subjects and protégés were amongst the creditors. At this point the Austrian diplomat decided upon recommending to his government to participate in the European control over Egypt. This ended for Austria-Hungary *de facto* with the outbreak of World War I and *de jure* with the Treaty of Saint-Germain-en-Laye.

## **Abstract: Deutsch**

Ende 1875 sah sich Ägypten mit einer gravierenden Schuldenkrise konfrontiert. Es befand sich damit allerdings in bester Gesellschaft. Den Anfang machte die Regentschaft von Tunis bereits sieben Jahre zuvor und das Osmanische Reich selbst war nur wenige Monate vor Ägypten in ernste Zahlungsschwierigkeiten geraten. In allen drei Fällen kam es in Folge zur Errichtung einer internationalen Finanzverwaltung durch die europäischen Großmächte (Tunesien 1869, Ägypten 1876 und Osmanisches Reich 1881). Österreich-Ungarn beteiligte sich allerdings erst mit der ägyptischen Schuldenkrise an den internationalen Kontrollen in Kairo und Konstantinopel. Damit war Österreich-Ungarn, zusammen mit Frankreich, Großbritannien und Italien, den früheren Kontrollmächten in Tunis, zu einem wichtigen Akteur in der modernen ägyptischen Geschichte geworden. Für Ägypten stellte das Eingreifen der Europäer einen Wendepunkt dar und begünstigte schlussendlich das Erstarken des ägyptischen Nationalismus, sowie die britische Okkupation 1882.

Auf den ersten Blick war Ägypten nur ein Nebenschauplatz österreichischer Außenpolitik, denn die Kreditwürdigkeit und Finanzen der Hohen Pforte genossen eine größere Aufmerksamkeit. Zur Untersuchung der ägyptischen Finanzlage entsandte Österreich-Ungarn, wie Frankreich, Großbritannien und Italien, einen Diplomaten, allerdings mit anderen Motiven. Während die anderen Mächte vorrangig ihre finanziellen und politischen Interessen in Ägypten sichern wollten, versuchte die Regierung in Wien ursprünglich den Khediven für die Finanzierung seiner Eisenbahnpläne am Balkan und die Wiederherstellung der osmanischen Kreditwürdigkeit zu gewinnen. Der österreichische Sondergesandte musste allerdings rasch erkennen, dass die finanziellen Möglichkeiten des Vizekönigs dazu nicht in der Lage waren. Da sich auch einige Österreicher unter den ägyptischen Gläubigern befanden, empfahl er seiner Regierung als Alternative schließlich die Beteiligung an der europäischen Finanzkontrolle, die für Österreich-Ungarn *de facto* mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und *de jure* mit dem Vertrag von Saint-Germain-en-Laye endete.

## **Bibliographie**

### **Quellenverzeichnis**

#### **HHStA – Haus-, Hof- und Staatsarchiv:**

HHSTA, MdÄ, HP, F 34 S.R., Kt. 84 r. 36 + 37.

MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 176 r4.

MdÄ, AR, HP F 34 S.R., Kt. 177 r4.

MdÄ, AR, HP, F 34 S.R., Kt. 195 r13.

HHSTA, MdÄ, AR, F 4, Kt. 177, Kremer.

MdÄ, AR, F4, Kt. 210, Ernst v. Mayr.

#### **Archiv der Bank Austria:**

Geschäftsberichte für die Jahre 1868 und 1869.

#### **The National Archives (UK):**

TNA, FO 407/9, *Correspondence respecting the Finances of Egypt. March 1876 to December 1877.*

TNA, T 1/16660, *FOREIGN OFFICE: Egyptian contribution to expenditure: public debt statements; project to regulate debts and expenditure (1879).*

#### **RA – Rothschild Archive:**

Egyptian Letter Book 0.

#### **HCPP – House of Commons Parliamentary Papers:**

HCPP, Egypt. No. 4 (1876). Correspondence Respecting Mr. Cave's Special Mission to Egypt.

HCPP, Egypt. No. 7 (1876). Report by Mr. Cave on the financial condition of Egypt.

HCPP, Egypt. No. 8 (1876), Correspondence respecting the finances of Egypt.

HCPP, Egypt. No. 2 (1880). Further correspondence respecting the affairs of Egypt.

HCPP, Egypt. No. 4 (1882). Return showing the Number of Foreigners in the Service of the Egyptian Government

HCPP, Egypt. No. 6 (1882), Despatch from Sir E. Malet forwarding a list of Europeans in the service of the Egyptian Government. [in continuation of „Egypt No. 4 (1882).“].

HCPP, Egypt. No.6 (1887), Despatches from Sir E. Baring respecting the employment of Europeans in the Egyptian public service.

#### **ANNO – AustriaN Newspapers Online:**

„*Der Economist*“ Neue Freie Presse [Wien, Österreich] 10. März 1869.

„*Austro-orientalische Bank*“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 14. März 1869.

„*Neue Unternehmungen*“ Die Presse [Wien, Österreich] 16. März 1869.

„*Austro-orientalische Gesellschaft*“ Fremden-Blatt [Wien, Österreich] 16. März 1869.

„*Tagesbericht.*“ Wiener Abendpost, Beilage der Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 30. Dezember 1875.

„*Tagesbericht.*“ Wiener Abendpost, Beilage der Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 7. Jän. 1876.

„*Kleine Chronik. Wien, 28. Jänner*“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 29. Jänner 1876.

„*Kairo, 24. März*“ Wiener Abendpost, Beilage der Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 27. März 1876.

„*Telegraphische Coursberichte.*“ Wiener Abendpost 1. April 1876.

„*Banknachrichten*“ Neue Freie Presse [Wien, Österreich] 16. Mai 1876.

„*Kleine Chronik. Wien, 14. Juni*“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 15. Juni 1876.

„*Wechselkurs*“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 15. Juni 1876.

„*Kleine Chronik. Wien, 14. Juni*“ Neue Freie Presse [Wien, Österreich] 16. Juni 1876.

„*Kleine Chronik. Wien, 19. Juni*“ Wiener Zeitung [Wien, Österreich] 20. Juni 1876.

#### **Österreichische Nationalbibliothek:**

„*Finanzinstitute in Aegypten und Betheiligung des europäischen Capitals am Verkehr dieses Landes*“ Austria. Wochenschrift für Volkswirtschaft und Statistik [Wien, Österreich] 21. Mai 1866: S. 162-164.

Deutsches Reichsgesetzblatt Band 1878, Nr. 31.

## **ALEX – Historische Rechts- und Gesetzestexte Online:**

„Mitglieder des Herrenhauses.“, stand 22. April 1885 in: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Herrenhauses des österreichischen Reichsrathes in den Jahren 1879 bis 1885, IX. Session, II. Band – 61. bis 109. Sitzung (Wien, 1885), Index S. 161-165, online unter: ALEX – Historische Rechts- und Gesetzestexte Online, Österreichische Nationalbibliothek alex.onb.ac.at.

## **The Times Digital Archive:**

"News in Brief." The Times [London, England] 28 Dec. 1875.

"News in Brief." The Times [London, England] 11 Jän. 1876.

"Egypt." The Times [London, England] 18 Jan. 1876.

"House Of Commons, Monday, Feb. 14." The Times [London, England] 15 Feb. 1876.

„Austria“ The Times [London, England] 26. Mai 1875.

## **Weitere Quellen:**

Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919, IV. Teil. Außereuropäische Interessen Österreichs. Abschnitt II. Ägypten. Artikel 106. Online unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000044#header>.

Austria. Archiv für Gesetzgebung und Statistik auf den Gebieten der Gewerbe, des Handels und der Schiffahrt, Band 19 (Wien, 1867), online unter: <http://opacplus.bsb-muenchen.de/title/10336941/ft/bsb10358759?page=476>.

„Cessione del monopolio sulla fabbricazione dei tabacchi“, SBA Sistema Bibliotecario di Ateneo, Università Degli Studi Firenze (2012), online unter: <http://www.sba.unifi.it/CMprov-p-578.html>.

„Die Kaiser Franz Joseph-Orientbahn“ Bremer Handelsblatt [Bremen, Deutschland] 15. November 1856: S. 1166f, in: Bremer Handelsblatt. In Verbindung mit Otto Hübner Nachrichten und Mittheilungen aus der Staats- und Volkswirtschaft und dessen Versicherungszeitung, Jahrgang 1856, Nr. 221 bis 272 (Bremen, 1856) online unter: [https://books.google.at/books?id=A8lDAAAacAAJ&dq=editions:xKc0QNth0KsC&hl=de&source=gbs\\_navlinks\\_s](https://books.google.at/books?id=A8lDAAAacAAJ&dq=editions:xKc0QNth0KsC&hl=de&source=gbs_navlinks_s).

Compte Rendu des Travaux de la Commission de la Caisse Spéciale de la Dette Publique d'Égypte. Pendant l'année 1879 (Kairo, 1880).

## Lexika- und Nachschlagewerke

„*Abbas I*“. Encyclopædia Britannica Online, 2016, online unter: <https://www.britannica.com/biography/Abbas-I-viceoy-of-Egypt>.

„*The Board of Trade 1621-1970*“ (snapshot 09/06/2009), online unter: <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20090609003228/http://www.berr.gov.uk/aboutus/corporate/history/outlines/BT-1621-1970/page13919.html>.

BOASE G. C., „*Sir Stephen Cave (1820-1880)*“, Oxford Dictionary of National Biography (Oxford, 2004), online unter: <http://www.oxforddnb.com/view/article/4924>.

DAVIES David Leslie, „*Elliot, Sir George (1815-1893)*“, in: The Dictionary of Welsh Biography (The National Library of Wales, 2009), online unter: <http://yba.llgc.org.uk/en/s3-ELLI-GEO-1815.html>.

„*Scialoja Antonio*“, Archivio Storico, Senato della Repubblica, online unter: <http://notes9.senato.it/Web/senregno.NSF/3b06b7313c966b4dc125711400599aa3/9c72cf43ddf6c77c4125646f00607469?OpenDocument>.

FARNIE D. A., „*Wilson, Sir Charles Rivers (1831 – 1916)*“, in: Oxford Dictionary of National Biography (Oxford, 2004), online unter: <http://www.oxforddnb.com/view/article/36948>.

„*Oppenheim, Henry Maurice William*“ in: RUBINSTEIN William D., JOLLES Michael, RUBINSTEIN Hilary L., The Palgrave Dictionary of Anglo-Jewish History (London, 2011).

„*Kremer, Alfred Frh. von (1828-1889), Orientalist und Diplomat*“, Österreichisches Biographisches Lexikon, ÖBL 1815-1950, Bd. 4 (Wien, 1968).

TOMLINSON B. R., „*Colvin, Sir Auckland (1838-1908)*“, Oxford Dictionary of National Biography (Oxford, 2004), online unter: <http://www.oxforddnb.com/view/article/32516>.

## Literaturverzeichnis

ABDULHAQ Najat, *Jewish and Greek Communities in Egypt. Entrepreneurship and Business before Nasser* (London, 2016).

AGSTNER Rudolf, *Die Habsburgermonarchie und Ägypten – Eine Bestandsaufnahme*. In: Österreich und Ägypten. Beiträge zur Geschichte der Beziehungen vom 18. Jahrhundert bis 1918 (Kairo, 1993), S. 8-29.

AGSTNER Rudolf, *Die österreich-ungarische Kolonie in Kairo vor dem Ersten Weltkrieg. Das Matrikelbuch des k. u. k. Konsulates Kairo 1908 – 1914*. Schriften des Österreichischen Kulturinstituts Kairo, Band 9 (Kairo, 1994).

AGSTNER Rudolf, *Das österreich-ungarische Rudolf-Spital in Kairo*. Schriften des Österreichischen Kulturinstituts Kairo, Band 8 (Kairo, 1995).

ANGERLEHNER Rudolf, *Österreichischer Schiffsverkehr und Seehandel 1815-1838*. Erster Teil (unpubl. Dissertation, Wien, 1968).

BARING Evelyn (Earl of Cromer), *Modern Egypt*. Part I, Reprint der Ausgabe von 1908 (London, 2000).

BATOU Jean, *L'Égypte de Muhammad-'Ali. Pouvoir politique et développement économique*, in *Annales: histoire, sciences sociales*, 46/2 (1991), S. 401 – 428.

BAUMGART Winfried, *Bismarcks Kolonialpolitik* (Berlin, 1992), online unter: <http://ubm.opus.hbz-nrw.de/volltexte/2011/2660/> (09. August 2016).

BDIRA Mezri, *Relations internationales te sous-développement. La Tunisie 1857 – 1864* (Uppsala, 1978).

BENEDIKT Heinrich, *Die wirtschaftliche Entwicklung in der Franz-Joseph-Zeit* (Wien u.a., 1958).

BLASCHEK Angela, *Alfred Ritter von Kremer (13.3.1828 – 27.12.1889). Orientalist – Diplomat – Kulturhistoriker*, in: HOLAUBEK Johanna, NAVRÁTILOVÁ Hana, OERTER Wolf B. [Hg], *Egypt and Austria III. The Danube Monarchy and the Orient Proceedings of the Prague Symposium September 11th to 14th, 2006* (Praha, 2007).

BOOGERT Maurits H., *The Capitulations and the Ottoman Legal System: Qadis, Consuls and Beraths in the 18th Century*. Studies in Islamic Law and Society 21 (Leiden, 2005).

BOUVIER Jean. *Le Crédit Lyonnais, 1863-1882*. 2 vols. (Paris, 1963).

BRIDGE Francis Roy, *Österreich (-Ungarn) unter den Großmächten*. In: WANDRUSZKA Adam, URBANITSCH Peter, *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918*. Band VI/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen (Wien 1989), S. 196-373.

BROOK-SHEPHERD Gordon, *Slatin Pascha. Ein abenteuerliches Leben*, 1. Auflage (Wien u.a., 1972).

BROWN Nathan J., *The Precarious Life and Slow Death of the Mixed Courts of Egypt*. International Journal of Middle East Studies, Vol. 25, No. 1 (Feb., 1993), S. 33-52, online unter: <http://www.jstor.org/stable/164157>.

CANNON Byron, *Politics of Law and the Courts in Nineteenth-Century Egypt* (Salt Lake City, 1988).

CLAY Christopher, *Gold for the Sultan. Western Bankers and Ottoman Finance 1856 – 1881: A Contribution to Ottoman and to International Financial History* (London u.a., 2000).

COTTRELL P.L., *London Financiers and Austria, 1863-1875: The Anglo-Austrian Bank*, Business History 11 (1969).

DUNN John P., *Khedive Ismail's Army* (Abingdon, 2013).

DETTMER Hans Adalbert, MATHIAS Regine, SCHMIDT Vera [Hg], *Acta Sieboldiana VII. Alexander von Siebold, Die Tagebücher* (Wiesbaden, 1999).

DREWES Kai, *Jüdischer Adel: Nobilitierungen von Juden im Europa des 19. Jahrhunderts* (Frankfurt a. M., 2013).

FAHMY Ziad, *Ordinary Egyptians. Creating the Modern Nation Through Popular Culture* (Stanford CA, 2011).

FARNIE Douglas A., *East and West of Suez. The Suez Canal in History 1854 – 1956* (Oxford, 1969).

FISCHER Robert-Tarek, *Österreich im Nahen Osten. Die Großmacht der Habsburgermonarchie im Arabischen Orient 1633 – 1918* (Wien u.a., 2006).

FITZGERALD Percy Hetherington, *The great canal at Suez: its political, engineering, and financial history. With an account of the struggles of its projector, Ferdinand de Lesseps* (London, 1876).

GAULMIER Jean, *Note sur le voyage de Renan en Syrie* (1865), In: GAULMIER Jean, Jean Gaulmier, un orientaliste: Recueil des textes publiés dans le Bulletin d'études orientales (1929-1972). Nouvelle édition (Damaskus, 2006), online unter: <http://books.openedition.org/ifpo/2240>.

GERDING Erik F., *Law, Bubbles, and Financial Regulation* (London, 2014).

GIFFORD Don, SEIDMAN Robert J., *Ulysses Annotated, Notes for James Joyce's Ulysses*. 2. Auflage (Berkeley u.a., 2008).

GILLARD David, BOURNE Kenneth, WATT Donald Cameron [Hg], *British Documents on Foreign Affairs – reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print, Volume 9: The Ottoman Empire in North Africa, intervention in Egypt and the Sudan, 1876 – 1885* (Frederick MD, 1984).

GOLDSCHMIDT Arthur, *Historical Dictionary of Egypt*. 4. Auflage (Plymouth, 2013).

GOLDSCHMIDT Arthur, *Biographical Dictionary of Modern Egypt* (Boulder CO, 2000).

GRANT DUFF Mountstuart Elphinstone, *Notes From a Diary, 1886 – 1888*. Volume I. (London, 1900).

GRUNWALD Kurt, *Türkenhirsch. A Study of Baron Maurice de Hirsch Entrepreneur and Philanthropist* (Jerusalem, 1966).

GRUNWALD Kurt, *On Cairo's Lombard Street*. in: *Tradition: Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie* 17 (Frankfurt a. M., 1972), S. 8-22.

HAMZA Abdel-Maksud, *The Public Debt of Egypt, 1854 – 1958* (Kairo, 1944).

HEIMBECK Lea, *Die Abwicklung von Staatsbankrotten im Völkerrecht. Verrechtlichung und Rechtsvermeidung zwischen 1824 und 1907*, *Studien zur Geschichte des Völkerrechts* Bd. 28 (Baden-Baden, 2013).

HERSHLAG, Zvi Yehuda, *Introduction to the modern economic history of the Middle East* (Leiden, 1964).

HOBBSAWM Eric, *The Age of Capital 1848 – 1875* (New York, 1996).

HOLLER Gerd, *Mayerling. Die Lösung des Rätsels, der Tod des Kronprinzen Rudolf und der Baroness Vetsera aus medizinischer Sicht*, 1. Auflage (Wien u.a., 1980).

HOYLE Mark S. W., *The Origins of the Mixed Courts of Egypt*. In: *Arab Law Quarterly*, Vol. 1, No. 2 (Feb., 1986), S. 220-230, online unter: <http://www.jstor.org/stable/3381481>.

HUNTER Archie, *Power and Passion in Egypt. A Life of Sir Eldon Gorst, 1861 – 1911* (London, 2007).

HUNTER Robert F., *Egypt under the successors of Muhammad 'Ali*, S. 180-197. in: DALY M. W., *The Cambridge History of Egypt. Volume 2, Modern Egypt, from 1517 to the end of the twentieth century* (Cambridge, 1998).

HUNTER F. Robert, *Egypt under the Khedives 1805 – 1879. From Household Government to Modern Bureaucracy* (Kairo, 1999).

IBRAHIM H. A., *The Sudan in the nineteenth century. With a contribution on the Southern Sudan by B. A. OGOT*, in: AJAYI Jacob F. Ade [Hg], *General History of Africa, VI, Africa in the Nineteenth Century until the 1880s* (Oxford, 1995), S. 356-375.

ISSAWI Charles, *Egypt since 1800: A Study in Lop-sided Development*. *The Journal of Economic History*, Vol. 21, No. 1 (März 1961), S. 1-25.

JUDSON Pieter M., *The Habsburg Empire* (Cambridge, London, 2016).

KAIS Firro, *Marseille et les intérêts français en Égypte, 1870 – 1913*. In: *Annales du Midi: revue archéologique, historique et philologique de la France méridionale*, Tome 100, No. 181 (1988), S. 63-80, online unter [http://www.persee.fr/doc/anami\\_0003-4398\\_1988\\_num\\_100\\_181\\_2152](http://www.persee.fr/doc/anami_0003-4398_1988_num_100_181_2152).

KAUFMANN Wilhelm, *Die Kommissare der Kasse der ägyptischen Staatsschuld und das internationale Recht*. (Berlin 1896).

- KRÄMER Gudrun, *The Jews in Modern Egypt, 1914-1952* (London, 1989).
- KROLL Stefan, *Chinas Schulden und internationales Finanzrecht im ausgehenden 19. Jahrhundert. Überlegung zu Weltgesellschaft und Rechtspluralismus*, in: KLUMP Rainer, VEC Miloš [Hg.], *Völkerrecht und Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert, Studien zur Geschichte des Völkerrechts* Band 26 (Baden-Baden, 2012).
- KRÖGER Martin, „*Le bâton égyptien*“ – *Der ägyptische Krüppel. Die Rolle der „ägyptischen Frage“ in der deutschen Außenpolitik von 1875/76 bis zur „Entente Cordiale“* (Frankfurt a. M., 1991).
- LANDAU Jacob M., *Middle Eastern Themes. Papers in History and Politics* (London, 1973).
- LANDES David S., *Bankers and Pashas. International finance and economic imperialism in Egypt* (London u.a., 1958).
- LEE Stephen J., *Aspects of British Political History, 1815 – 1914.* (Abingdon, 1995).
- LIEBESNY Herbert J., *The Law of the Near & Middle East. Readings, Cases, & Materials* (Albany NY, 1975).
- MANSFIELD Peter, *A History of the Middle East* (London u.a., 1991).
- MARAKOVITS Beate, *Die Verbindungen zwischen Österreich(-Ungarn) und Ägypten unter der Ära des Generalkonsuls Gustav Franz Freiherr von Schreiner (1858-1873)* (unpubl. Diplomarbeit, Wien, 2005).
- MARLOWE John, *Anglo-Egyptian Relations.* 2. Auflage (London, 1965).
- MÄRZ Eduard, *Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I. Am Beispiel der k.k. priv. österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe* (Wien, 1968).
- MATSCH Erwin, *Der Auswärtige Dienst von Österreich(-Ungarn) 1720 – 1920* (Wien, 1986).
- MCGREGOR Andrew James, *A Military History of Modern Egypt. From the Ottoman Conquest to the Ramadan War* (London u.a., 2006).
- MOHL Ottmar von, *Ägypten, 2. Band von „Fünfzig Jahre Reichsdienst“* (Leipzig, 1922).
- NEWCOMBE Andrew Paul, PARADELL Lluís, *Law and Practice of Investment Treaties: Standards of Treatment* (Alphen aan den Rijn, 2009).
- OSTERHAMMEL Jürgen, JANSEN Jan C., *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*, 7. Auflage (München, 1995)
- OWEN Roger, *The Middle East in the World Economy 1800 – 1914* (London u.a., 1981).
- PALOTÁS Emil, C. *Die Außenwirtschaftlichen Beziehungen zum Balkan und zu Russland.* In: WANDRUSZKA Adam, URBANITSCH Peter, *Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918.* Band VI/1: *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen* (Wien 1989), S. 584-629.

PALUMBO Patrizia [Hg], *A Place in the Sun. Africa in Italian Colonial Culture from Post-Unification to the Present* (Los Angeles u.a., 2003).

PAMUK Şevket. *The Ottoman Empire and European Capitalism, 1820 – 1913. Trade, investment and production* (Cambridge u.a., 1987).

PANKHURST R., *Ethiopia and Somalia*. With some notes on Somali history supplied by L. V. CASSANELLI, in: AJAYI J. F. Ade [Hg], *General History of Africa, VI, Africa and the Nineteenth Century until the 1880s* (Oxford, 1995).

PLUMPE Werner, *Wirtschaftskrisen: Geschichte und Gegenwart* (München, 2011).

PORTER Andrew [Hg], *The Oxford History of the British Empire: Volume III: The Nineteenth Century* (Oxford, 2009).

PORTER Bernard, *The Lion's Share. A History of British Imperialism 1850 to the present*, 5. Auflage (Abingdon, 2013).

RAHIMI Nasser, *Österreich und der Suezkanal* (unpubl. Dissertation, Wien, 1968).

REID James J., *Crisis of the Ottoman Empire: Prelude to Collapse 1839-1878*. (Stuttgart, 2000).

RICHARDS Alan R., *Primitive Accumulation in Egypt, 1798 – 1882*, in: İSLAMOĞLU-İNAN Huri [Hg], *The Ottoman Empire and the World-Economy* (Cambridge u.a., 1987), S. 203-244.

RONALL Joachim O., *Julius Blum Pasha (1843 – 1919) an Austro-Hungarian Banker in Egypt*. In: *Österreich und Ägypten. Beiträge zur Geschichte der Beziehungen vom 18. Jahrhundert bis 1918* (Kairo, 1993), reprint von: *Tradition – Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie*, 13. Jahrgang Heft 2 (April 1968), S. 79-108.

ROSENBAUM Jürgen, *Frankreich in Tunesien, Die Anfänge des Protektorates 1881 – 1886* (Freiburg i. Br., 1971).

ROZMAN Franc, *Baron Josef Schwegel – Spomini in Pisma / Erinnerungen und Briefe*. *Studia Diplomatica Slovenica – Personae 1* (Ljubljana, 2007).

RUSSELL Mona L., *Egypt* (Santa Barbara CA, 2013).

SAUER Walter, *k. u. k. Kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika*, 2. unveränderte Auflage (Wien, 2007).

SAUL, Samir. *Chapitre premier. Le contexte et la contexture: évolution historique et cadre structurel* In: *La France et l'Égypte de 1882 à 1914: Intérêts économiques et implications politiques [en ligne]*. (Paris, 1997), online unter: <http://books.openedition.org/igpde/763>.

ŠEDIVÝ Miroslav, *Metternich, the Great Powers and the Eastern Question* (Pilsen, 2013).

SCHÖLCH Alexander, *Ägypten den Ägyptern. Die politische und Gesellschaftliche Krise der Jahre 1878 – 1882 in Ägypten* (Zürich u.a., 1972).

SCHÖLCH Alexander, *Wirtschaftliche Durchdringung und politische Kontrolle durch die europäischen Mächte im Osmanischen Reich (Konstantinopel, Kairo, Tunis)*. Geschichte und Gesellschaft, 1. Jahrg., H. 4, Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten (1975), online unter: <http://www.jstor.org/stable/40184996>, S. 404-446.

SHAW Caroline, *Egyptian finances in the nineteenth century: a Rothschild perspective*, in: The Rothschild Archive, Review of the Year April 2005 to March 2006 (London, 2006), S. 34-38, online unter: <https://www.rothschildarchive.org/materials/ar2006.pdf>.

SOMMERAUER Erich, *Slatin Pasha*. In: HOLAUBECK Johanna, NAVRÁTILOVÁ Hana, Egypt and Austria I – Proceedings of the Symposium, Czech Institute of Egyptology August 31<sup>st</sup> to September 2<sup>nd</sup>, 2004 (Prag, 2005), S. 127-135.

SONDHAUS Lawrence, *The Naval Policy of Austria-Hungary, 1867 – 1918. Navalism, Industrial Development, and the Politics of Dualism*. (West Lafayette, Indiana, 1994).

SPECHT Edith, *Glimpse of Social History: Austrians in Egypt*. In: HOLAUBECK Johanna, NAVRÁTILOVÁ Hana, Egypt and Austria I – Proceedings of the Symposium, Czech Institute of Egyptology August 31<sup>st</sup> to September 2<sup>nd</sup>, 2004 (Prag, 2005), S. 137-147.

STEINER Fritz G., *Die Entwicklung des Mobilbankwesens in Österreich. Von den Anfängen bis zur Krise 1873*. Studien zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte VIII. Heft (Wien 1913).

SWEENEY Stuart, *Financing India's Imperial Railways, 1875 – 1914*. (London u.a., 2011).

TOLEDANO Ehud R., *State and Society in Mid-Nineteenth Century Egypt* (Cambridge, 1990).

TUNÇER Ali Coşkun, *Sovereign Debt and international Financial Control* (New York, 2015).

VELAY A. du, *Les Finances de la Turquie* (Paris, 1903).

VOCELKA Karl, *Geschichte Österreichs. Kultur-Gesellschaft-Politik* 4. Auflage (München, 2006).

VOCELKA Karl, *Das Osmanische Reich und die Habsburgermonarchie 1848 – 1918*, in: WANDRUSZKA Adam, URBANITSCH Peter, Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Band VI/2: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen (Wien 1989), S. 247-278.

WESSELING Hendrik L., *Teile und Herrsche: die Aufteilung Afrikas, 1880 – 1914* (Stuttgart, 1999).

WYNNE William H., *State Insolvency and Foreign Bondholders. Selected CASE HISTORIES of Governmental Foreign Bond Defaults and Debt Readjustments*, Yale Law School Studies Vol. II (New Haven u.a., 1951).

ZACH Michael, *Österreicher im Sudan von 1820 bis 1914*. Veröffentlichungen der Institute Afrikanistik und Ägyptologie der Universität Wien 34 sowie Beiträge zur Afrikanistik 24 (Wien, 1985).